

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



15. August 1981
Jg. 2 Nr. 17

G 7756 D Preis:
2 DM



Anti-Kriegstag: Die Reaktion fürchtet den wachsenden Einfluß der politischen Opposition gegen die Aufrüstung der BRD zum Krieg Seite 3



US-Getreidemonopol: Mit billigem Weizen die Bauern der Dritten Welt niederkonkurriert Seite 10

Ausländerpolitik: Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zur Regelung des Arbeitsmarktes Seite 36

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,00 DM

Inhalt

Anti-Kriegstag: Die Reaktion fürchtet den wachsenden Einfluß der politischen Opposition gegen die Aufrüstung der BRD zum Krieg	Seite 3	Obdachlose: Stuttgarter Stadtverwaltung gegen Obdachlosenkongreß	Seite 21
Rüstungspolitik: Parlamentsautorität contra politische Bewegung	Seite 4	Niedersachsen: ÖTV: „Sozialpolitischer Skandal“	Seite 21
Westintegration und Wiederbewaffnung – Reaktion auf ganzem Kurs	Seite 5	Gefängnisse: Drei Urteile gegen Helga Rosenbaum in Be schwerdeinstanz aufgehoben	Seite 22
Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet Seite 6		JVA Vechta: Frauenstrafvollzug in Niedersachsen	Seite 23
Bundesarbeitsgericht: Schwere Angriffe auf Gewerkschaftsrechte	Seite 7	NRW: Neue CDU-Initiative gegen Gesamtschule	Seite 23
Saisonarbeit: Zuwenig zum Leben – aber nötiges Zubrot	Seite 7	Schweinfurt: Gegen „Schichtarbeit an der Schule“	Seite 24
Arbeitslosigkeit: Gespaltener Arbeitsmarkt macht Kapitalisten frech	Seite 8	Hessen: CDU spielt sich als Umweltschutzpartei auf	Seite 24
Kreditgeschäft: Sparkassen melden „plötzlichen Einbruch“	Seite 9	Wohnungsnot: Sanierungspläne für Kiels Innenstadt: Spekulationsprojekte. Wohnraum ist nicht vorgesehen	Seite 25
US-Getreidemonopol: Mit billigem Weizen die Bauern der Dritten Welt niederkonkurriert	Seite 10	Die Neue Heimat soll mit Spekulationsprojekten aufhören!	Seite 26
Lernmittel: Bundesländer erhöhen Kosten für die Eltern	Seite 11	Stichwort: Mietrechtsänderungsgesetz	Seite 27
Spanien, PCE: Eurokommunismus ersetzt keine Korrektur	Seite 12	Internationale Nachrichten Seite 28	
Niederlande: Nachgeben der PvdA ermutigt die Reaktion	Seite 12	Indien: Sechsmonatiges Streikverbot, Streik der Jutearbeiter	Seite 29
Haushaltsgesetzgebung 1982: Regierung geht auf Versicherungsleistungen und Beamtengehälter los. Kapitalisten begeistert: „Weitermachen!“	Seite 13	Tunesien: Gewerkschaft gegen Investitions-Eldorado ... Seite 29	
„Grundsatzbeschuß der Bundesregierung zum Haushalt 1982“	Seite 14	Australien: Lohnpakt an Streikbewegung zerbrochen ... Seite 30	
DGB für Vorverlegung des Rentenalters: Argumente schützen vor Feinden nicht	Seite 16	VR Polen: Zweifache Verluste im Außenhandel	Seite 30
Lohnsenkungsprogramm öffentlicher Dienst: Kommt der Dienstherr durch?	Seite 17	Ägypten: VW baut Montagewerk: 80 DM Mindestlohn Seite 31	
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18		Zimbabwe: Maßnahmen gegen ausländisches Kapital ... Seite 31	
Baden-Württemberg: Wirkung intensiver Arbeit auf die Sterblichkeit	Seite 19	Türkei: Die SU nutzt die Unterdrückung durch die Nato für eigene imperialistische Ziele	Seite 32
Niedersachsen: Minister Cassens gegen wissenschaftliche Mitarbeiter	Seite 19	Beziehungen SU—Türkei vor dem zweiten Weltkrieg ... Seite 33	
Tankerunfall: Billigflaggen müssen verboten werden! Seite 20		Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34	
Landgericht Traunstein: Zollbeamte aus Kiefersfelden abgeurteilt	Seite 20	„Oi-Musik“: Reaktionäres aus der englischen Punkmusik-Scene, Faschisten suchen Zugang zur Jugendkultur .. Seite 34	
		Kiplings „Kim“ neu aufgelegt	Seite 34
		BRD-Botschafter schreibt China-Roman	Seite 34
		André Hellers FLIC FLAC	Seite 35
		Strategiediskussion der SPD: Epplers wertkonservative Position soll die SPD stärken	Seite 35
		Ausländerpolitik: Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zur Regelung des Arbeitsmarktes	Seite 36
		Kampfgas CS: CSU-Vorstoß zwecks geschärfter Polizeiausrüstung	Seite 37
		Änderungen bei Beschäftigten und Arbeitslosengeldempfängern	Seite 38

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 3 – 12): Christiane Schneider; für Spezialberichte (S. 13 – 17) und Auslandsberichterstattung (S. 28 – 33): Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 18 – 27): Angela Lux; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 34 – 37): Ulrich Grothus; für Sozialstatistik (S. 38/39): Hans Jungcurt. Druck: Grafischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.



1. Mai 1981



Evangelischer Kirchentag 1981

Anti-Kriegstag

Die Reaktion fürchtet den wachsenden Einfluß der politischen Opposition gegen die Aufrüstung der BRD zum Krieg

Am 1. September 1939 überfielen die Truppen des faschistischen Deutschland Polen. In ihrem rasenden Versuch, die Welt neu aufzuteilen, stürzten die deutschen Imperialisten die Welt in einen Krieg von bis dahin ungekannter Vernichtung. Der zweite Weltkrieg forderte über 55 Mio. Tote.

Heute, 42 Jahre nach Kriegsbeginn, steht der Anti-Kriegstag am 1. September, die bittere Erinnerung an die Niederlage der Arbeiterbewegung, mehr denn je im Zeichen der Vorbereitung eines weiteren imperialistischen Weltkrieges und des Kampfes dagegen. Im Bundestag hat sich, rund um den Beschuß zur Stationierung der nuklearen Mittelstreckenraketen in der BRD, bei nur schwacher und zudem oft wanckelmütiger Opposition eine Altparteien-Rüstungskoalition herausgebildet. Doch seitdem die Arbeiterbewegung auf mehreren Gewerkschaftstagen und mit dem neuen DGB-Grundsatzprogramm ihre Position gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung absteckte, formiert sich aus den verschiedensten sozialen, politischen und ideologischen Kräften eine politische Opposition gegen die Rüstungskoalition. Diese hat bislang die offene Unterdrückung vermieden, doch muß man sich auf ihren Angriff vorbereiten.

Dafür spricht nicht nur die Brutalität, mit der jede Kritik, die bis ins Parlament selbst vordringt, niedergewalzt wird, wobei Schmidt und Wehner leider gemeinsames Vorgehen mit der CDU/CSU nicht scheuen. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung hat ein Schreiben „Aspekte der Friedenspolitik“ ausgeschickt; die öffentliche Meinung ist durch das Wirken der Aufrüstungsgegner gespalten, und die Journalisten müssen vielfach

erst auf den Kurs gebracht werden, der ihren Interessen nicht entspricht. Tenor des Regierungsschreibens, das zu zahlreichen Positionen der Friedensbewegung die „Gegenargumente“ liefert: Frieden nur durch Sicherheit, Sicherheit nur durch Aufrüstung, Aufrüstung hat ihren Preis.

Das klingt schon anders als die „konkrete(n), möglicherweise nur kleine(n) Schritte“ zur Abrüstung, die die SPD in ihren „Grundpositionen zur Sicherheit“ anbietet. Die CSU, deren Mitglieder und Wähler der Aufrüstungslogik des Parteivorstandes anscheinend zu nicht unerheblichen Teilen nicht folgen können, sucht ihre Reihen durch Änderung ihres Grundsatzprogrammes zu schließen: Die „Auseinandersetzung mit dem Pazifismus“ soll ausdrücklich geführt werden. Die CDU hat eine Kampagne „Frieden ohne Waffen?“ eingeleitet. „Respekt und Anerkennung“ für den individuellen Pazifismus, wer aber diese „Idee“ auf andere anwende und die „Schutzlosen“ preisgabe, handle verantwortungslos – so versucht die CDU, insbesondere die politische Opposition in den christlichen Kirchen niederzuwerfen.

Denn diese politische Opposition hat die staatstragende Rolle der Kirchen schon nachhaltig erschüttert. Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend z.B. hat in diesem Jahr das Dokument „Frieden und Gerechtigkeit“ verabschiedet. Er stellt damit eine Erklärung von 1969 in Frage, in der er dem westdeutschen Staat noch das „Recht und die Pflicht zu Verteidigung“ zugesteht und den Wehrdienst als Friedensdienst wertet. Davon liest sich heute nichts mehr; stattdessen von „vielfältigen Formen des Unfriedens“

und der Ungerechtigkeit in unserer Leistungsgesellschaft“, von einer ungerechten Weltordnung, von Skepsis, ob die Politiker ihrer Verantwortung gerecht werden, von Zweifeln an der Friedfertigkeit der „Sicherheitspolitik“. Anders als 1969, als der BDKJ seine wehrdienstleistenden Mitglieder dazu aufrief, „sich für die Ziele und Notwendigkeiten unserer freiheitlichen Demokratie einzusetzen“, legt er heute nahe, den Wehrdienst zu verweigern, und den Soldaten rät er, sich der Bundeswehr mit dem „Verteidigungsauftrag“ auseinanderzusetzen.

Zum Teil weitreichender in der Kritik der Aufrüstung und in den Konsequenzen sind einige der in den letzten Jahren entstandenen Gruppen in der evangelischen Kirche, darunter „Christen für die Abrüstung“, „Frieden schaffen ohne Waffen“ und „Ohne Rüstung leben“. Letztere hat einen „Aufruf an alle Christen“ veröffentlicht, mit dem die Unterzeichner – im Mai waren es 14000 – ihre Entschlossenheit zum Ausdruck bringen, „nicht allein die Beteiligung am Krieg zu verweigern, sondern auch seinen Ursachen zu widerstehen“. Zwar herrscht noch die Vorstellung vor, daß die Aufrüstung den Krieg hervortreibt, doch klingt die Ahnung durch, daß die unterdrückten Klassen in den imperialistischen Ländern im Gegensatz zu den herrschenden Klassen überhaupt nichts zu gewinnen haben in einem imperialistischen Krieg. In dem „Lied gegen die Aufrüstung“, das die Theologin D. Sölle propagiert, lautet eine Strophe: „Von Herzensgrund wir mahnen Gott schütze uns vor Krieg vor denen die ihn planen schütze uns vor ihrem Sieg“

Nicht nur die christliche Strömung innerhalb der Friedensbewegung, sondern diese Bewegung selbst ist vor allem eines: defätistisch. (Defätismus: Verweigerung). „Warum wollt ihr sterben?“ greifen die christlichen Aufrüstungsgegner ein Bibelwort auf. „Wir wollen leben“, lautet die übereinstimmende Lösung z.B. der Grünen, der Naturfreundejugend, der Sozialistischen Jugend Deutschlands (Die Falken). Was drücken diese Lösungen anders aus, als für Interessen, die nicht die eigenen sind, nicht kämpfen und nicht sterben zu wollen?

Dieser weitverbreitete Defätismus

schränkt die Möglichkeiten der Reaktion, für den Krieg zu rüsten und zu mobilisieren, beträchtlich ein. Sie tut sich auch schwer, ihn aufzubrechen. Die alte Lösung von „Lieber tot als rot“ ist an der Bewegung abgeprallt. Die CDU versucht mit der feinsinnigen Abwandlung in „Lieber tot als Sklave“ – dem weithin bekannten Refrain einer Ballade über die Erhebung der friesischen Bauern gegen ihre Unterdrücker –, direkt an den gegen jede Unterdrückung gerichteten Bestrebungen anzusetzen. Aber das ist riskant. Denn die Auseinandersetzung mit „Lieber tot als Sklave“ kann recht

schnell die Einsicht in die Unterdrückung in der BRD fördern und die Einsicht verbreiten, die die CDU gerade erstickt will: daß nämlich die ausbeuteten und unterdrückten Klassen hier ein würdiges Leben nicht zu verteidigen, sondern überhaupt erst zu erkämpfen haben.

Jedoch: die CDU/CSU verzeichnet raschen Mitgliederzuwachs und deutliche Wahlerfolge. Die Versuche der Reaktion, die politische Opposition zu zer setzen und niederzuwerfen und ihren Einfluß zu brechen, können durchaus Erfolge zeitigen. Die Reaktion

Rüstungspolitik: Parlamentsautorität contra politische Bewegung

Der politische Protest gegen die Rüstungspolitik der BRD entzündete sich am Versuch der staatstragenden Parlamentsparteien, im Rahmen des NATO-Bündnis neue Massenvernichtungsmittel einzuführen. Schmidt hatte im Winter 1979 versucht, dem Protest durch einen SPD-Parteitagsbeschuß vorzubauen. Die Arbeiterbewegung überwand diesen Damm, seither hat die SPD Kummer mit einem Beschuß, der von ihren Mitgliedern weithin nicht getragen wird und der die Regierung Einfluß auf die Arbeiterbewegung kostet. Da die Arbeiterbewegung die Konfrontation mit der Regierungslinie der SPD nicht scheute, wurden weitere Verstärkungsmittel herangezogen.

Die durch eine Vielzahl von Beschußfassungen kritisierte Rüstungspolitik der BRD ist mittlerweile durch Parlamentsbeschuß gedeckt. Das war zwar zu erwarten, ist aber jetzt eine politische Tatsache. Und wenn auch der politische Protest gegen die Rüstungspolitik inzwischen keineswegs mehr auf die Arbeiterbewegung beschränkt bleibt, sondern aus praktisch allen Verbänden und Organisationen klingt, in denen überhaupt Angehörige der Volksklassen anzutreffen sind, die Tatsache einer fast einmütigen Parlamentsunterstützung der Rüstungspolitik bedeutet eine schroffe Konfrontation dieses politischen Protestes mit dem Ganzen der parlamentarischen Demokratie.

Diese Konfrontation fürchtet der DGB, der mangels einer geeigneten Partei zum Sammelbecken des Protests werden muß, dessen Mitgliedschaft aber zu einem gewiß beachtlichen Prozentsatz den Rüstungspositionen der Parlamentsparteien politisch anhängt. Die Kompromißformel von der „Abrüstung in Ost und West“ pfeift deswegen aus allerhand Löchern, die man durch die Be-

schlußfassung der Gewerkschaftsbewegung eigentlich für abgedichtet halten konnte. Der parlamentarische Druck ist eben gewaltig.

Nunmehr wird niemand erspart bleiben, sich mit der Theorie vom Abrüsten, aber in Ost und West, auseinanderzusetzen. Nach dieser ist der Grund jeder Rüstung das Sicherheitsbedürfnis der Staaten. Dieses ist in einer Welt voll Unrecht und Gewalt erst befriedigt, wenn eine Militärkraft besteht oder auf dem Bündnisweg zusammengefudelt ist, ausreichend, um jeder Militärbedrohung durch andere begegnen zu können. Sobald aber ein Staat in diese Zone äußerster Sicherheit eintritt, stellt seine Militärmacht eine Bedrohung für andere dar. Interessant an dieser Auffassung ist, daß durch die Anwendung die Erklärung äußerster Rüstungsanstrengungen aus einer Summe von Sicherheitsbedürfnissen und Friedensbemühungen sich bequem machen läßt. Prompt folgt daraus der bauernschlaue Ausweg, ein Wettabrüsten zu verlangen. Würden alle abrüsten, könnten alle abrüsten. Aber: Wenn nicht – na dann eben leider geht nichts, jedenfalls nicht, bis die Menschheit allgemein besser geworden ist. So begründet man die Rüstung aus dem Interesse nach Abrüstung. Die lähmende Wirkung dieser Doktrin liegt auf der Hand. Die Logik ist bestechend, aber wie meist in solchen Fällen durch falsche Voraussetzungen erkauf.

Freilich entsteht durch politische Tatsachen der Eindruck einer ungezügelten, ungehemmten Aufrüstung. Aber dieser Eindruck ist für alle imperialistischen Mächte falsch. Mannigfaltige Umstände begrenzen die Möglichkeit der Rüstung. Die wichtigsten sind: Die volkswirtschaftlichen Belastungen müssen bezahlt werden. Die Steuer ist Gegenstand politischen Kampfes. Soldaten müssen geworben oder gesetzlich verpflichtet werden. Ob sie sich werben

oder ob sie sich dressieren lassen, ist Gegenstand ideologischen Kampfes. Die Klagen der Militärs und der sicherheitsbewußten herrschenden Klassen über diese Grenzen tönen lauthalsig genug, man muß schon ganz schön verstopfte Ohren haben, um vom unbegrenzten Wettrüsten daherreden zu können. Das Wettrüsten ist also praktisch begrenzt durch die Widerstandskraft der ausgebeuteten Bevölkerungsteile eines jeden Landes gegen die Lasten, die ihnen aufgebürdet werden. Der Maßstab der imperialistischen Rüstung ist Gradmesser dieser Widerstandskraft.

Nun weiß ein jeder aus der eigenen Erfahrung, daß der Widerstand gegen die Rüstung in anderen Ländern den Widerstand im eigenen Lande sehr ermutigt. Freilich schäumt die US-Presse gegen die Anti-Rüstungsbewegung in Europa und insbesondere in der BRD. Andere US-Amerikaner freuen sich aber, die Personalprobleme der US-Army sind nach wie vor ungelöst, und dies wiederum freut und ermutigt uns. Und wie sollte nach den leidvollen Erfahrungen der Länder des europäischen Ostens dort eine Bewegung gegen die Rüstungs- und Militärpolitik Platz greifen können anders als gestützt auf den festen und in unübersehbare Tatsachen umgemünzten Willen von uns hier: daß für Rüstung nämlich Geld und Leute nicht zur Verfügung stehen. Obwohl der Satz „ohne Rüstung leben“ illusionär klingt, enthält er doch eine konkrete und praktische Alternative zur Rüstungspolitik. Obwohl der Satz „Abrüstung ja, aber in Ost und West“ so unerhört realistisch und sicherheitsträchtig klingt, enthält er doch eine Illusion. Diese gilt es mit Stumpf und Stiel auszurotten, bis jeder wissen kann: Die Imperialisten rüsten nicht für den Frieden, sondern für den Krieg. Sie rüsten nicht gegen internationale Nötigung und Erpressung, sondern um solche vorzunehmen.

weiß nämlich, was sie will. Die politische Opposition gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung weiß im wesentlichen und hat im wesentlichen gemeinsam, was sie nicht will. Sie will keine Aufrüstung der BRD zum Krieg. Sie will keine Mittelstreckenraketen im Land. Aber nur wenige der vielen Organisationen, die diesen Kampf führen, treten ein für den Austritt der BRD aus der NATO – die Grünen, die Falken, inzwischen auch die Jusos, die meisten kommunistischen Organisationen. Fast niemand tritt ein für die Forderung nach Friedensvertrag mit den Siegermächten des zweiten Weltkrieges und Anerkennung der bestehenden Grenzen. Aber droht nicht die Gefahr, daß die Reaktion politisch an Boden für ihre Vorstöße Richtung „Wiedervereinigung“ gewinnen kann?

Der DGB hat angekündigt, daß er mit seiner zentralen Veranstaltung in Düsseldorf und Demonstrationen, Kundgebungen, Veranstaltungen in zahlreichen Städten am 1. September eine „eigene Friedens-Initiative“ auf der Grundlage seines Grundsatzprogrammes startet. Der Aufruf erscheint Mitte August, bis Ende des Jahres sollen Unterschriften gesammelt und dann in einer gesonderten Veranstaltung Regierung und Parlament übergeben werden. Die Ankündigung in der „Welt der Arbeit“ legt den Schluß nahe, daß der DGB dabei zugunsten der Kompromißformel „Abrüstung in Ost und West“ auf eine klare und eindeutige Frontstellung gegen die Rüstungs-koalition im Bundestag verzichtet, obwohl er diese Frontstellung mit der Forderung im Grundsatzprogramm nach Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung, Weitergabe und Anwendung atomarer Waffen und anderer Massenvernichtungsmittel ja bereits bezogen hat. Ebenso negative Folgen müssen alle Versuche haben, die Beteiligung von Untergliederungen der DGB-Gewerkschaften an anderen Aktivitäten administrativ zu unterbinden; z.B. an der Demonstration am 10.10. in Bonn, die von Aktion Sühnezeichen Friedensdienst und Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden organisiert und von über 150 Organisationen unterstützt wird. Ohne die Unterstützung durch die organisierte Arbeiterbewegung sind die vielfältigen Initiativen aus den anderen Volksklassen von Rückschlägen bedroht.

Dokumente: DGB: Grundsatzprogramm, in: Die Quelle, 4/81; Jungsozialisten: Beschuß des Bundeskongresses „Für eine wirkliche Friedenspolitik – den NATO-Raketenbeschuß verhindern; SJD – die Falken: Praxis und Theorie 22/81; Die Grünen: Entrüstet euch, Analysen zur atomaren Bedrohung, Wege zum Frieden; BDKJ: Dienst für den Frieden, 1969, Frieden und Gerechtigkeit, 1981; „Ohne Rüstung leben“; „An alle Christen“, in: D. Sölle, Im Hause des Menschenfressers, rororo aktuell; weitere Dokumente der christlichen Opposition hat die Junge Union Rheinland zusammengestellt in: Arbeitsmaterialien zum Thema: Frieden ohne Waffen, I und II. In diesen Arbeitsmaterialien finden sich auch Dokumente von CDU, SPD, Bundesregierung und Amtskirchen.

Westintegration und Wiederbewaffnung – Reaktion auf ganzem Kurs

Die im Potsdamer Abkommen vom 02. August 1945 durch die alliierten Siegermächte festgelegten Bestimmungen über die Zukunft Deutschlands wurden durch die deutsche Bourgeoisie aufs schärfste bekämpft. Gestützt auf die Politik der westlichen Alliierten, insbesondere die USA, entwickelte Adenauer bereits Ende 1945 die Vorstellung, die drei Westzonen bundesstaatlich zu organisieren. Die Gründung der BRD im Mai 1949 war die Grundlage, auf der die westdeutsche Bourgeoisie ihre Herrschaft ausbauen und ihre imperialistischen Ziele verfolgen konnte.

Einen „Fetzen Papier“ nannte Adenauer deshalb den Vorschlag der Sowjetunion vom 10. März 1952 an die Westalliierten, in dem der Abschluß eines Friedensvertrages für Deutschland unterbreitet wurde. Der Vorschlag sah vor: „Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als souveräner, demokratischer, friedliebender Staat zu entwickeln ... Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat ... Das Gebiet Deutschlands ist durch die Grenzen bestimmt, die durch die Bestimmungen der Potsdamer Konferenz der Großmächte festgelegt wurden ...“ Gebietsverluste und Neutralität – ein solcher Friedensvertrag hätte die westdeutsche Bourgeoisie zum endgültigen Verzicht auf das „Deutsche Reich“ in den Grenzen von 1937 gezwungen, ihr den Weg in imperialistische Bündnisse und damit eine Basis für eigene imperialistische Politik verbaut.

Von Adenauer wurde ein „westdeutscher Verteidigungsbeitrag“ im Rahmen einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft gefordert. Einem solchen Plan stimmten die westlichen Siegermächte auf einer Außenministerkonferenz im September 1950 zu.

Gegen die Wiederbewaffnung Westdeutschlands entwickelte sich 1950 eine starke spontane Volksbewegung. Sehr unterschiedliche politische Strömungen bildeten diese Bewegung, die unter der Losung „Ohne Mich“ gegen die geplante Wiederbewaffnung antrat. Die Arbeiterbewe-

gung war politisch uneinheitlich. Die KPD führte am entschlossensten den Kampf gegen die Wiederbewaffnung. Ihre Aktionseinheitsangebote an die SPD und die Gewerkschaften blieben aber ergebnislos. Zwar gab es aus der SPD heraus eine Reihe von Beschlüssen, die forderten, die Regierungspolitik auch außerhalb des Parlaments zu bekämpfen, aber der vom Parteivorsitzenden Schumacher formulierte Kurs hieß: „Die deutsche militärische Leistung hat dann einen Sinn, wenn die Weltdemokratie Deutschland offensiv nach dem Osten verteidigt, das heißt, Deutschland vor den schwersten Zerstörungen bewahren und als Antwort auf einen russischen Angriff östlich von Deutschland die Kriegsentscheidung suchen will.“ Damit trug die SPD den reaktionären Plänen Rechnung, auch wenn sie im Parlament gegen die Wiederbewaffnung stimmte. Die Gewerkschaftsbewegung blieb aufgrund des Entschlusses des Vorstands, die Entscheidung der Bundestagsparteien zu überlassen, gelähmt. Die Arbeiterbewegung blieb gespalten, und im wesentlichen behielten die christlich-pazifistischen Kräfte die Initiative. Der zurückgetretene Bundesinnenminister Heinemann und der evangelische Kirchenpräsident Niemöller forderten 1951 die Bundesregierung auf, eine Volksbefragung durchzuführen. Nachdem die Bundesregierung nicht reagierte, riefen die Initiatoren zur selbständigen Durchführung auf. Trotz Verbot, Verfolgungen und Verhaftungen konnte unter maßgeblicher Beteiligung der KPD die Aktion durchgeführt werden. Über 9 Mio. Menschen unterschrieben die Volksbefragung gegen Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag.

Die erste Phase der Kämpfe gegen die Wiederbewaffnung endete erfolglos. In der zweiten Phase, 1954 bis 1955, gegen den Eintritt in die NATO und die Unterzeichnung der Pariser Verträge war die Gewerkschaftsbewegung offensiv tätig. Der DGB-Bundeskongress wandte sich gegen jede Wiederbewaffnung, Landeskongferenzen des DGB forderten Volksabstimmung, Massendemonstrationen fanden im ganzen Land statt. Die Adenauer-Regierung war aber so gefestigt, daß sie diesen Angriffen ohne große Erschütterungen widerstand. Die KPD fand sich bereits unter starkem Verbotsdruck und hatten entscheidend an Einfluß verloren.

Kreditgenossenschaften unter Druck

Mit dem Anstieg des Zinssatzes wächst der Druck auf die Kreditgenossenschaften. Diese Banken – Sparkassen, Volksbanken, Raiffeisenbanken – fallen unter das Genossenschaftsgesetz. Sie sind in ihrem Zweck allgemein festgelegt „auf die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes“. Von ihrer früheren Stellung als gemeinsame Geldunternehmen von Bauern und Gewerbetreibenden haben die heute bestehenden 4225 Kreditgenossenschaften eine Besonderheit erhalten: Kundeneinlagen und Kreditvolumen gleichen sich aus. Infolgedessen ist der Anteil der Spareinlagen der Kreditgenossenschaften mit 25% am gesamten Bestand in der BRD erheblich größer als der Anteil dieser Kassen am Geschäftsvolumen (15%). Da nunmehr durch die Zinshöhe ein deutlicher Wechsel von Spareinlagen zu Schatzbriefen und dergl. mit höherem Zinssatz stattfindet, machen sich die Sparkassen über die Erhaltung ihrer Liquidität Sorgen. Die Großbanken dagegen beherrschen das Anlagegeschäft und machen sich Hoffnungen.

Politische Berichte



Arbeitsheft 5 Die Außenpolitik des BRD-Imperialismus

In der fünfteiligen Reihe Politische Berichte/Arbeitshefte ist neu erschienen: Arbeitsheft 5, Die Außenpolitik des BRD-Imperialismus. Die Reihe versucht, einige Anhaltspunkte für die Beurteilung der Politik der Revolutionären und der Linken seit Mitte der 60er Jahre zu liefern. – Zu beziehen über: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte, 5000 Köln 1, Kamekestr. 19.

Neues Schiff für Polarforschung

Im Herbst 1982 soll das neue Polarforschungsschiff fertig sein, das die Bundesregierung gerade für 184 Mio. DM bauen lässt. Vorher wird das teure Schiff in einem Eistank in Hamburg getestet. Seit 1979 betreiben die westdeutschen Imperialisten eine Forschungsstation mit 115 Mann in der rohstoffreichen Antarktis.

Überschüssiges Obst und Gemüse?

Eine Million Tonnen Obst und Gemüse und damit einen großen Teil der „aus dem Markt genommenen“ Produkte hat die EG im Wirtschaftsjahr 1979/80 vernichten lassen. Angeblich sollen damit die Erzeugerpreise stabilisiert werden. Aber: unter dem Konkurrenzdruck wachsender Einfuhren von billigstem Obst und Gemüse v.a. aus Ländern der Dritten Welt sind die Erzeugerpreise in den letzten zehn Jahren real nur zum Teil und oft nur vorübergehend gestiegen. Die Verbraucherpreise insgesamt stiegen um 60 bis 300%. Aufgrund der dauernden Lohnsenkung sinkt der Obstverbrauch beinahe unablässige seit über zehn und der Verbrauch von Frischgemüse seit zwei bis drei Jahren. – Die Vernichtung der 1 Mio. t kostete 250 Mio. DM.

Kriegsvorbereitung: Anzeige abgelehnt

Der Anzeige der „Grünen“ gegen die Regierungsmitsglieder Schmidt, Genscher und Apel und die Fraktionsvorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien wegen „Vorbereitung eines Angriffskrieges“ (§§80 Strafgesetzbuch) ist von der Generalbundesanwaltschaft nicht Folge gegeben worden: Eine „friedensgefährdende Absicht“ läge nicht vor. Es gäbe keinerlei Anhaltspunkte dafür, „daß die beschuldigten Personen in solcher Absicht am Zustandekommen des NATO-Beschlusses v. 12.12.79 mitgewirkt“ hätten. Außerdem gäbe es ja „Verhandlungswillen“. Die „Grünen“ hatten in der Begründung ihrer Anzeige mehr als genügend Hinweise, Tatsachen und auch Zeugenaussagen zusammengestragen gegen die Lüge von der „Nachrüstung“ und für die Vorbereitung des Angriffskrieges, so u.a. einen Kommentar des Generals Baudissins zur



Nach einer kurzfristigen Erholung, bedingt v.a. durch die Preiserhöhungen bei brasilianischem Kaffee, sind die Rohkaffeepreise wieder stark gefallen. Am 31.7. wurde der Kaffee, der zu November geliefert wird, an der Londoner Börse noch für 1062 £/t gehandelt, am 10.8. nur noch für 980 £. Hauptgrund für den erneuten Fall ist die weitgehend abgeschlossene, gute Kaffeernte 1981. Obwohl ein großer Teil der nächstjährigen Kaffeernte in Brasilien durch Erfrieren der Knospen vernichtet wurde, gehen die Händler eher von weiteren Preissenkungen aus. – In den letzten zwei Jahren waren dem Hamburger Handelshaus Rothfos zufolge die Kaffee Preise so niedrig, daß die Erzeuger nicht in der Lage waren, Dünger und Pflanzenschutzmittel einzusetzen.

US-Politik: „Jetzt rechnet die Sowjetunion mit einem Erstschlag, denn das neue atomare Konzept der USA erfordert Waffen, die für einen Erstschlag einsetzbar sind.“ Die so kommentierte „Direktive 59“ wies im vergangenen Jahr die US-Streitkräfte an, die Atomraketen künftig vorrangig auf militärische Ziele in der UdSSR zu richten. – Die Ablehnung der Anzeige kommt erwartungsgemäß und von einer Bundesanwaltschaft, die funktioniert. Daß gegenwärtig „Anhaltspunkte“ für die Vorbereitung des Angriffskrieges frei Haus geliefert werden – so u.a. die geplante Vorverlegung der US-Truppen in der BRD, der Bau der Neutronenbombe –, bestätigt die Aktualität der Anklage der „Grünen“.

Frankreich: Amnestie beschlossen

Ende Juli beschloß die französische Nationalversammlung für über 4000 zu Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Geldstrafen Verurteilte eine Amnestie. Ausgenommen sind lediglich Vergehen wie Steuerhinterziehung, Verstöße gegen das Arbeitsrecht, Umweltverschmutzung, die überwiegend von Kapitalisten begangen werden. – Erstmals seit der Volksfrontregierung 1937 hat die Regierung aus PS und PCF die Amnestie ausgeweitet auf Sanktionen, die Kapitalisten gegen Arbeiter und Angestellte verhängt haben. Alle Gewerkschaftsfunktionäre, die seit dem 1.1.75 aus nicht-wirtschaftlichen Gründen entlas-

sen worden waren, haben damit Anspruch auf Wiedereinstellung. Man rechnet, daß ca. 1000 diesen Anspruch geltend machen können. Ebenso müssen alle Rügen, Verwarnungen und Rückstufungen aus Disziplinarverfahren rückgängig gemacht werden. Die Kapitalistenverbände und die rechte Parlamentsopposition versuchten vergeblich, diesen „Eingriff in das Privatrecht“ zu verhindern.

Portugal: Streikwelle und Rücktritt

Portugals Premierminister Balsemao, seit Dezember 1980 im Amt, trat am Dienstag zurück, nachdem ihm nur 37 von 74 Vorstandsmitgliedern der Sozialdemokratischen Partei ihr Vertrauen ausgesprochen hatten. Zu der reaktionären Koalitionsregierung gehören noch die Christdemokraten und Monarchisten. Die Opposition in der eigenen Partei wirft Balsemao vor, nicht mit der großen, seit Wochen andauernden Streikbewegung fertigzuwerden. Am letzten Freitag führten die Gewerkschaften bei Post, Überlandbussen und der Handelsflotte erneut einen eintägigen Warnstreik durch, bei der Post der zweite innerhalb von 14 Tagen. Die Streikbewegung richtet sich ausdrücklich gegen die reaktionäre Regierung, die in den Verhandlungen mit dem IWF um eine 1,2 Mrd.-Dollar-Anleihe bereitwillig Forderungen der Imperialisten nach Lohnsenkung im öffentlichen Dienst und Abschaffung von Arbeiterrechten nachkommt.

Schwere Angriffe auf Gewerkschaftsrechte

Das Bundesarbeitsgericht hat am 28. Juli ein Urteil zur Überstundenregelung gefaßt. Seit Jahren konnten die Arbeiter, Angestellten und vor allem die Betriebsräte die Kapitalisten immer wieder auf die bisherige Auslegung von zwei Stunden Mehrarbeit bei 30 Arbeitsstunden hinweisen (§ 4 Arbeitszeitordnung – AZO) und ein Höchstmaß an Überstunden verhindern.

Das Bundesarbeitsgericht hebt diese Regelung jetzt mit dem Hinweis auf, daß gesetzlich immer noch die 48-Stunden-Woche (§ 3 AZO) gilt. Auch wenn der gesetzliche Normalarbeitstag acht Stunden beträgt, muß der Samstag als Werktag mitgerechnet werden. Das Bundesarbeitsgericht hat diese Entscheidung gefällt mit dem Hinweis, daß ihm wohl bekannt sei, daß die 40-Stunden-Woche bei fünf Werktagen „weitgehend üblich“ ist. Dieses Urteil wird die Kampfbedingungen in vielen Betrieben erschüttern. Beschäftigte und Betriebsräte können jetzt viel schwerer die Verlängerung des Arbeitstages verhindern. Die tarifvertraglich geregelte 40-Stunden-Woche und der § 4 AZO haben bewirkt, daß Mehrarbeit verhindert werden konnte und zusätzliche Einstellungen erzwungen werden konnten. Vor allem in Klein- und Mittelbetrieben wird dies Urteil erhebliche Veränderungen mit sich bringen. Nicht mehr „nur 60 Überstunden im Jahr?“, wie das Bundesarbeitsgericht sein Urteil betitelt. Es kommen jetzt jede Woche acht Überstunden dazu. Pro Jahr gerechnet 8 Stunden mal 52 (Wochen) = 416 Stunden plus die 60 Überstunden, die nach der gesetzlichen Bestim-

mung möglich sind; ergibt 476 Überstunden, die der Kapitalist erzwingen kann.

Das sind im Monat über 30 Überstunden, die bisher nur diejenigen machen mußten, deren Lohn niedrig oder deren Schulden z.B. bei der Bausparkasse besonders hoch waren. Steigende Überstunden, weitere Lohnsenkungen und höhere Arbeitslosenzahl werden die Folge des Urteils sein. Die Gewerkschaften kritisieren das Urteil als Folge einer „veralterten Arbeitszeitregelung“ und fordern die Regierung auf, die Gesetze zu ändern. Diese Forderung ist richtig, aber eher verspätet. Ist nicht auch eine solche Forderung vor einiger Zeit mit dem Hinweis belächelt worden, daß jetzt entscheidend die Forderung nach 35-Stunden-Woche ist? Wie will die IG Metall jetzt die Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung weiterführen?

Ein ähnliches „Konjunktururteil“ hat das Bundesarbeitsgericht wenige Tage zuvor gefaßt. Eine Luftfahrtgesellschaft wollte mit der Gewerkschaft nicht verhandeln, weil die Gewerkschaft die Zusammensetzung ihrer Delegation änderte und auch Arbeiter, die im Betrieb der Luftfahrtgesellschaft arbeiten, mit in die Verhandlungsdelegation nahm, wie es auch die Satzung der Gewerkschaft vorschreibt. Das Gericht urteilt:

„Auch das Unternehmen sei frei in der Entscheidung, ob es überhaupt mit der Gewerkschaft Tarifverhandlungen führen wolle.“ (Pressedienst) Der Hinweis des Bundesarbeitsgerichts, daß es sich nicht in die „Tarifautonomie“ der Tarifparteien einmischt, ist lächerlich,

wenn man die Streikurteile kennt. Den Kapitalisten werden mit dem Urteil juristisch Argumente geliefert, daß sie überhaupt nicht verhandeln brauchen. Das ist in ihrem Interesse, denn höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen wollen sie nicht eingehen oder verzögern.

Das Urteil nimmt auch Einfluß auf den Verhandlungsverlauf, denn die Positionen der Gewerkschaft sind fundierter, wenn Beschäftigte des betreffenden Betriebes oder der Branche die Gewerkschaftsinteressen vertreten. Das Urteil richtet sich somit auch gegen den Aufbau der Gewerkschaften in schwach organisierten Branchen. Dort gibt es oft eine Unzahl von Tarifverträgen. Wenn es in diesen Bereichen den Gewerkschaften nicht gelingt, auch Gewerkschaftsmitglieder in die Verhandlungsführung miteinzubeziehen, die die Bedingungen kennen, werden keine Verbesserungen der Rechte der Beschäftigten möglich sein. Dies wissen die Gewerkschaftsvorstände und versuchen teilweise eine Änderung herbeizuführen. Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts erschwert eine Veränderung und stärkt die Interessen der Kapitalisten.

Saisonarbeit

Zuwenig zum Leben – aber nötiges Zubrot

„Wollen Sie an 3 Tagen 4 Stunden oder an 4 Tagen 3 Stunden die Woche arbeiten od. nur samst. od. sonnt. u. dabei bis 390 DM im Monat steuerfrei verdienen? ... Kommen Sie einfach vorbei ... McDonald's.“ Gerade 8 DM in der Stunde verdient, wer gezwungen ist, das Angebot anzunehmen; und das „bis 390“ läßt noch weniger vermuten. „Raumpfleger/innen in mehreren Stadtteilen für Ferienarbeit gesucht“, „Für die Saison stellen wir ein: Packerinnen 15.30 bis 20 Uhr; Bäckerhelfer männl. – Wechselschicht.“ Von den meisten Saisonarbeiten kann man das Leben nicht fristen – aber sie bringen unerlässliches Zubrot: zur Rente, zum Ausbildungsentgelt, zum nicht ausreichenden Jahreslohn. Beim OTTO-Versand in Hamburg kriegen Hausfrauen und Schüler 59 DM für die Schicht von 16.50 bis 22.50 Uhr. 20 Waggons müssen mit je 54 immer verschiedenen Waren, die in einem weitläufigen Regalsystem liegen, pro Schicht gefüllt werden. 1080 pro Schicht, 180 in der Stunde, 3 pro Minute. Wer nach zwei Wochen nicht mindestens 75% der geforderten Leistung bringt, fliegt raus oder bekommt zumindest seinen Kurzzeitvertrag nicht verlängert. Wer sich vergreift und eine



Die IG Druck und Papier ruft zu einer Solidaritätskundgebung am 6. September nach Kassel auf anlässlich des Prozesses vor dem Bundesarbeitsgericht über gleichen Lohn für Frauenarbeit. (Bilder: Frauenarbeit bei Still-Fahrzeugbau)



Schülerarbeit auf dem Bau. 11,40 DM/Std., Preßlufthammerarbeit eingeschlossen.

falsche Ware in den Waggon packt, kriegt 3 DM vom Lohn abgezogen; und zwar für jeden Fehler. – Einer Staubsaugervertreterin bei Electrolux werden 6,50 DM geboten.

Saisonarbeiten und Urlaubsvertretungen zeigen, mit welch dünner Arbeitskräftebedecke die Kapitalisten arbeiten; ein Hinweis auch auf die Arbeitshetze für die Festangestellten. Je nach Schiffsaufkommen stellen Hafenkapitalisten über Sklavenhändler „Wilde“ ein, für ca. 60 DM auf die Hand, ohne Papiere, Arbeits- und Sicherheitskleidung wird nicht gestellt. Der Verdienst für die Kapitalisten ist enorm, aber den Betriebsräten gelingt es zunehmend, diesen Praktiken Einhalt zu gebieten. Schindluder wird getrieben mit den illegalen ausländischen Arbeitern, die in

Hamburg wohl 15% der ausländischen Arbeiter stellen.

Es gibt viele, die gar keine andere Wahl haben, als zu versuchen, in vier oder fünf Monaten Saison das nötige Geld für das ganze Jahr zu verdienen, weil ansonsten keine Arbeit zu haben ist. Das ist mit Arbeitsleistungen verbunden, die über ein ganzes Jahr oder mehr gar nicht gebracht werden könnten. Und trotzdem: Gerade 2000 DM netto hatte 1980 ein Fährarbeiter bei der Wyker Dampfschiffahrtsgesellschaft, bei einer 60-Stunden-Woche. So eine Lage z.B. trifft man in mehreren Kreisen Nordfrieslands an: Die Arbeitslosigkeit betrug im Winter 1979/80 in Tönning 10,3%, im Sommer 1980 3,8%; in Westerland 9,0% und 1,6%; in Wyk/Föhr 6,1% und 0,7%.

ferogramm zwecks Schaffung von Arbeitsplätzen, aber eine Kritik der Ursachen der Arbeitslosigkeit ist auch von dort nicht zu hören. Wie kann eine öffentliche Meinung entstehen und ziemlich stabil dahinöden, die sich weigert, das Unglück einer so großen Zahl von Leuten und die Existenzbedrohung einer ja noch viel größeren Zahl kritisch zur Kenntnis zu nehmen? Daß eine derartige öffentliche Meinung wohltätig stabilisierend auf die Kapitalistenwirtschaft wirkt, liegt ja schon auf der Hand, aber aus welchen Gründen wird der rücksichtslose Umgang mit drängenden Problemen so vieler möglich? Wie kann unter solchen Bedingungen der Unternehmer zum politischen und ideologischen Hätschelkind der Publizistik werden, an dessen Verhalten und Tätigkeit Kritik verboten ist?

Die Kapitalisten fühlen sich sicher. Auf die Julizahlen der Bundesanstalt für Arbeit entgegnet der iwd, der Informationsdienst der Deutschen Wirtschaft, mit triumphierendem Hohn: Facharbeiter: Kaum noch Reserven, Voll- und Überbeschäftigung bei den Facharbeitern! Und das hat, wie der iwd ausführt, ganz schreckliche Konsequenzen:

„Insgesamt herrschte in 70 Prozent der deutschen Arbeitsamtsbezirke auf dem Fachkräftearbeitsmarkt eine Situation, wie sie zuletzt in den Jahren 1968 bis 1973 am Gesamtarbeitsmarkt notiert wurde. Im Unterschied zu damals jedoch – 1970 wurde eine bundesdeutsche Arbeitslosenquote von 0,7% registriert – besteht heute auf dem Gesamtarbeitsmarkt bei einer Arbeitslosenquote von 3,8% (Durchschnitt 1980) deutliche Unterbeschäftigung.“

Und jetzt kommt's:

„Das bedeutet: Weil Facharbeiter die Schlüsselgröße moderner Produktionsverfahren sind, hat der regional verbreitete Facharbeiterengpaß der Beschäftigungsentwicklung im nichtqualifizierten Bereich Grenzen gesetzt. Folge: Die allgemeine Beschäftigung nahm weniger stark zu, als es bei einem ausreichenden Facharbeiterangebot möglich gewesen wäre.“

Wodurch ist also Arbeitslosigkeit (mindestens mit-)verursacht? Wodurch kam ein Überangebot von Arbeitskräften „im nichtqualifizierten Bereich“ zustande? Durch ein Unterangebot bei Facharbeitern. Wodurch dieses Unterangebot? Auch für diese Frage eine kraftvolle Antwort:

„Von den derzeit 8,36 Millionen deutschen Erwerbstätigen mit Facharbeiterausbildung sind nur 3,8 Millionen als Facharbeiter beschäftigt.“

Erklärung: Zahlreiche Facharbeiter (27 Prozent) wechselten in die Gruppe der Angestellten, Beamten und Selb-

Arbeitslosigkeit

Gespaltener Arbeitsmarkt macht Kapitalisten frech

Die Bundesanstalt für Arbeit berichtet, Ende Juli habe der Stand an gemeldeten Arbeitslosen knapp eine und ein Viertel Millionen betragen. Die Zunahme, gegenüber dem Vorjahresmonat vierhunderttausend und gegenüber dem Vormonat Juni hundertzwanzigtausend, sei auf einen deutlichen Rückgang der Beschäftigung zurückzuführen. Der Beschäftigungsrückgang müsse gegenüber dem Vorjahresquartal auf eine Viertelmillion angesetzt werden. Angesichts der ungeheuren Masse gesellschaftlichen Unglücks, das in dieser Zahlenwüste mehr verhüllt als ausgedrückt wird, erstaunt das kunstfertige Drehen und Wenden bürgerlicher Publizistik: Über die wirtschaftlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit breitet sich eine Decke des Schweigens aus, wie sie kaum lückenloser sein könnte, wenn von einer Zensurbehörde erschossen würde, wer darüber zu schrei-

ben wagt. Aber nur keine Bange, das geht alles ganz freiwillig.

Die Unionsparteien haben zu diesem Thema Sendepause befohlen. Der Antrag, den der baden-württembergische Arbeits- und Sozialminister Schlee mit dem Ziel „rascher Überprüfung und Durchforstung“ der Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit vorlegte, wird von den CDU-Dienststellen als kalter Kaffee bezeichnet und ist im übrigen nicht erhältlich. Da sich die Regierungskoalition dasselbe Thema schon vorgenommen hat und die Arbeitslosigkeit ganz und gar unter dem Gesichtspunkt der Kostensenkung für den Unterhalt von Arbeitslosen handelt, verspricht die Schweigetaktik der CDU politisches Stimmengold. Die Mehrheit des Unglücks der Arbeitslosigkeit durch die Regierungspolitik wird dann dieser anzulasten sein. Der DGB allein verlangt ein Regierungshil-

ständigen. Nur 11 Prozent führen heute Hilfsarbeiten oder angelernte Tätigkeiten aus.

Dieser Befund deutet in der Tat auf ein Defizit bei den angestammten Facharbeiterplätzen hin, das zum großen Teil durch die Aufstiegs-Mobilität ehemaliger Facharbeiter zu erklären ist.“

Also: Die Aufstiegsmobilität von Facharbeitern hat in die Reihen dieser „Schlüsselgrößen“ Lücken gerissen. Wird hieran nicht hervorragend die vorteilhafte Lage des Arbeiters kenntlich, wenn sich dieser nur ein bisschen Mühe gibt? Andererseits: Würden die Kapitalisten nicht versucht haben, die fehlenden Kräfte aus dem Heer der Überzähligen nachzubilden, wenn dies nur irgendeine Aussicht auf Erfolg hätte! Hieran wiederum lässt sich doch die Stupidität der breiten Massen im ‚unqualifizierten Bereich‘ erkennen! So schmiedet man Argumente, so lässt sich zu den Ursachen der Arbeitslosigkeit vorstoßen, und zwar ganz konkret.

Tatsächlich fällt bei Untersuchung der gegenwärtigen Beschäftigungskrise auf, daß die Quote der Arbeitslosigkeit bei niedrigen Löhnen wesentlich höher steht als bei höheren Löhnen und Gehältern. Tatsächlich ergibt die Untersuchung der Beschäftigungsentwick-

men Gewinne der letzten Jahre – und sie wurden aus denen erpresst, die jetzt als ‚unqualifizierter Bereich‘ abgetan werden – den Kapitalisten ermöglicht, eine Investitionswelle zu veranstalten, zu deren sachlicher Verwirklichung sie nun auf dem Arbeitsmarkt ‚Fachkräfte‘ nachfragen. Der nach Lohn- bzw. Gehaltseinkommen gespaltene Arbeitsmarkt produziert eine Menge gesellschaftlicher Erscheinungen, die das dumme Vorurteil, wonach jeder seines Glückes eigener Schmied sei, nähren, und zwar gerade in jenen Teilen der Lohnabhängigen, die relativ stärker am öffentlichen Meinungsbildungsprozeß teilnehmen.

Ein bisschen mitverantwortlich für das trostlose Meinungsbild ist auch das Verhalten der DGB-Gewerkschaften in der letzten Lohnbewegung; wenn sich die IG Metall z.B. nicht auf demonstrative Aktionen beschränkt hätte, so wär neben einem besseren Abschluß schon aufgefallen, wer eigentlich die Arbeit macht und was es mit dem ‚unqualifizierten Bereich‘ auf sich hat. Das würde die wissenschaftliche Diskussion ganz schön befruchtet haben. Die öffentliche Treibjagd, die jetzt zur Senkung der Unterhaltskosten jener Arbeiter, die durch die Kapitalvernichtung außer Beschäftigung gesetzt wurden, veranstaltet wird, sie lässt sich

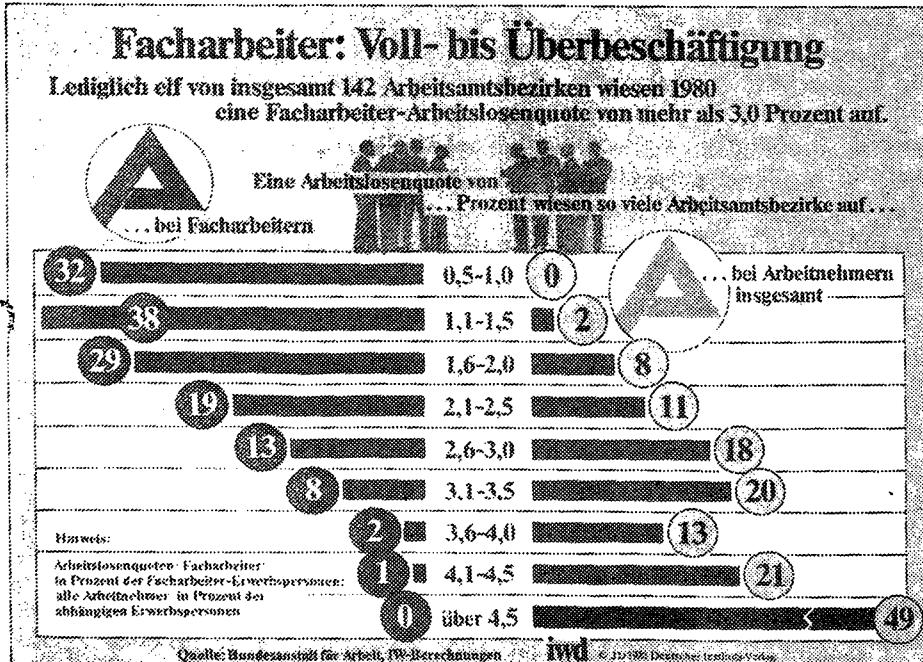
Kreditgeschäft Sparkassen melden „plötzlichen Einbruch“

Mit 131,8 Mrd. DM zum Jahresende 1980 hat die Summe der Konsumentenkredite sich seit dem Jahre 1976 (69,1, Mrd. DM) fast verdoppelt. Damit macht die Verschuldung der privaten Haushalte über Ratenkredite Ende 1980 28% der Nettolohn- und Gehaltssumme aus. 1976 lag dieser Anteil noch bei 19%.

Nach abnehmenden Zuwachsraten der Summe der Ratenkredite in den Jahren seit 1978 (jährlicher Zuwachs 19,3%, 18,6%, 14,6%) melden die Sparkassen für die erste Hälfte dieses Jahres einen „plötzlichen Einbruch“ im Kreditgeschäft insgesamt. Die Unternehmen seien zurückhaltender, und ein immer größer werdender Teil ihres Kreditvolumens müsse für die „Finanzierung ungeplanter Lager“ verwendet werden. Die Verbraucher seien „zunehmend pessimistischer“. Die Württembergischen Sparkassen teilten ebenfalls mit, daß sich Unternehmen wie Privatpersonen in der Neuverschuldung deutlicher zurückhielten als noch 1980. Im ersten Halbjahr 1980 habe die Kreditausweitung 3,9% betragen, in diesem Jahr nurmehr 3,2%. Bei den sechs großen Filialbanken verlief die Entwicklung des gesamten Kreditgeschäftes uneinheitlich: Während insgesamt das Kreditgeschäft noch keine Ermüdungserscheinungen zeige, habe die Berliner Bank eine Zunahme ihres Kreditvolumens in der ersten Jahreshälfte um 12,3% erreicht, bei der Commerzbank dagegen sei eine Abnahme um 1% für die ersten sechs Monate in diesem Jahr zu verzeichnen.

In der monatlichen Zeitschrift des deutschen Sparkassen- und Giroverbandes „Die Sparkasse“ wird diese Entwicklung beurteilt: „Die seit einiger Zeit abnehmende Ersparnisbildung durch kleinere und mittlere Einkommensbezieher bei oft gleichzeitig starker Zunahme des von ihnen nachgefragten Kreditvolumens für konsumtive Zwecke, insbesondere der Inanspruchnahme von Privatgirokonten, läßt auf eine Verschlechterung der Finanzausstattung dieser Bevölkerungsgruppen schließen.“ (Nr. 7/81)

Hinzu kommt, daß mit den steigenden Zinsen sich auch die Ratenkredite spürbar verteuert haben. Für Kredite zwischen 2000 und 5000 DM bei einer Laufzeit von 1 bis 2 Jahren mußten auf den Grundbetrag im Mai 1979 durchschnittlich 4,4% Zinsen aufs Jahr gerechnet werden. Bis Mai 81 hat sich dieser Zinssatz auf 8,3% fast verdoppelt. Bei Ratenkrediten um und über 10000 DM, wie sie für die Beschaffung eines



lung, daß die Kapitalisten die Beschäftigung in den Lohn- und Gehaltszonen oberhalb des Durchschnittslohnes weithin sogar ausgedehnt haben. Tatsächlich trifft weder die Arbeitslosigkeit noch die Drohung der Arbeitslosigkeit die Lohnabhängigen gleichmäßig. Tatsächlich besteht für einen gewissen Teil von Arbeitskräften gegenwärtig quasi eine Beschäftigungskonjunktur. Tatsächlich haben die enor-

nicht anders abstellen als durch eine Kampfführung der Gewerkschaften, die nicht nur klarstellt, daß die kapitalistische Arbeitsorganisation den Arbeiter zum ‚unqualifizierten‘ macht, sondern auch zur Geltung bringt, daß gerade auf diesem ‚unqualifizierten Bereich‘ die Produktionslast ruht, und die vorführt, was alles wackelt, wenn sie abgeworfen wird für ein paar Tage oder Wochen

Autos in der Regel erforderlich werden, ist die Verteuerung einschneidend. Es sind keinswegs wenige Haushalte, die erhebliche Kreditrückzahlungen Monat für Monat wegstecken müssen: 41,7% der Raten liegt oberhalb von 300 DM monatlich. Nach einer Befragung des Beratungsdienstes der Sparkassen von 1980 ergibt sich, daß von 1181 befragten Haushalten 46,9% Ratenkredite aufgenommen hatten. Die Autobeschaffung steht mit 35% an der Spitze der mit diesen Krediten verwirklichten Anschaffungen.

Noch ein weiteres bemerkenswertes Indiz deutet darauf hin, daß sich mit der Stockung im Ratenkreditgeschäft ein deutlicher Einbruch im Konsum, und zwar bei den Anschaffungen vor allem, abzeichnet. Der Bundesverband

Deutscher Versicherungskaufleute teilte mit, daß nach seinen Beobachtungen immer mehr Autofahrer „absichtlich die Haftpflichtversicherung für ihr Auto nicht bezahlen“. Wenn Stillegung des Fahrzeugs drohe, hole man sich schnell bei einem anderen Versicherer Deckung. Tatsächlich werden Haftpflichtprämien – inzwischen je nach Schadensfreiheitsklasse und Größe des Autos zwischen 400 und 1600 DM oder darüber jährlich – zu einer kleinen „Anschaffung“, vor allem wenn sie mit der Kfz-Steuer gleich für das ganze Jahr oder zum halben Jahr entrichtet werden müssen. Der diesem „absichtlich“ zugrunde liegende Zwang wirft jedenfalls ein Licht auf die sich in den Haushalten der Lohnabhängigen abzeichnende Situation.

heimischen Textilgewerbes und Schmiedehandwerks durch billige Importe aus England verstärkte für die Bauern den Zwang, Geld zu besitzen, weshalb sie immer mehr Überschüpproduktion für den Export herstellen mußten, was zwangsläufig zu Lasten der Lebensmittelproduktion ging.

Auch nach der Unabhängigkeit haben die Länder der Dritten Welt die Lebensmittelmonopole weiter im Genick. Unilever betreibt seit 1911 Ölpalmenplantagen in Zaire, wollte aber wegen „politischer Unstabilität“ nach der Unabhängigkeit die Plantagen verrotten lassen. Keinerlei Investitionen nahm der Konzern vor, obwohl er 60 Jahre lang die Profite aus Zaire geholt hatte. 1973 verstaatlichte Zaire die Plantagen, um die dringend benötigten Deviseneinnahmen aus dem Palmölverkauf zu erhalten. Nach einem Kreditboykott durch die Weltbank für die Wiederherstellung der Plantagen und einem Handelsboykott durch die von Unilever beherrschte Pflanzenöl-Herstellervereinigung mußte die Regierung nach zwei Jahren die Plantagen an Unilever zurückgeben. Der britisch-niederländische Konzern erhielt prompt die erforderlichen Kredite.

Zu dem unmittelbaren Einfluß dieser Firmen, ihrem Landbesitz und ihrer Monopolstellung als Aufkäufer auf dem Weltmarkt kommen die Banken und der Internationale Währungsfonds, die vielen Ländern den Ausbau ihrer Exportproduktion vorschreiben

US-Getreidemonopol

Mit billigem Weizen die Bauern der Dritten Welt niederkonkurriert

Vor dem zweiten Weltkrieg waren die Länder der heutigen Dritten Welt bei Getreide Selbstversorger, im Gegenteil, sie lieferten an Westeuropa. Und Massenhungernoten waren nicht, wie heute, die Regel, sondern die Ausnahme. Noch in den fünfziger Jahren waren die meisten Entwicklungsländer bei den Grundnahrungsmitteln autark. Heute nimmt die Welternährungsorganisation FAO an, daß die Entwicklungsländer 1981 mindestens 95 Mio. t Getreide importieren werden, das sind 6 Mio. t mehr als 1979/80. Importieren heißt, für teure Devisen von den USA und Kanada kaufen, die zwar nur 20% der Weltproduktion herstellen, aber als einzige Länder so große Überschüsse haben, so daß sie 80% allen Exportgetreides in der Welt liefern. Dabei haben die Entwicklungsländer zwischen 1955 und 1975 ihre landwirtschaftliche Produktionsfläche um 150 Mio. Hektar ausgeweitet, das sind mehr als die Getreideanbauflächen Westeuropas und Nordamerikas zusammen.

Die Länder der Dritten Welt sind *Netto-Exporteure* landwirtschaftlicher Produkte – aber sie exportieren Kaffee, Kakao, Tee, Palmöl, Rohgummi, Sisal, Jute, sie exportieren also Genußmittel und industrielle Rohstoffe, während fast alle Getreide und andere Grundnahrungsmittel in großen Mengen einführen müssen.

Europäische und amerikanische Lebensmittelmonopole wie Unilever, Nestle, Tate&Lyle usw. entdecken eine neue profitable Nutzung ihrer afrikanischen Ländereien. Sie lassen Blumen und Gemüse anbauen, die per Luftfracht nach Westeuropa und in die USA gebracht werden. Brooke Bond z.B., der englische Teekonzern, produ-

ziert in Kenia Blumen und Gemüse, dort hat er auch die größten Felder der Welt für „Asparagus Plumosus“, auf deutsch: die grünen Halmpflanzen, die bei Blumensträußen eingesteckt werden. Im Sudan bauen ausländische Firmen in hochkompliziert bewässerten Feldern Gemüse für den Export an.

Unter der Kolonialherrschaft setzten die imperialistischen Lebensmittelkonzerne ihre landwirtschaftlichen Pro-



Amerikanischer Weizen wird in Calabar/Nigeria entladen

duktionswünsche mit offener Gewalt (wie durch Zwangsarbeit für Plantagen) und mit anderen Zwangsmethoden durch: Die britische Kolonialverwaltung in Nigeria z.B. zwang die Bauern durch Einführung einer Steuer in Bargeld (statt in Naturalien) zur Produktion von Palmkernen und Palmöl für die Vorläufer des Unilever-Konzerns sowie von Erdnüssen, ebenfalls für den Export. Die Untergrabung des

– nur so können sie Kreditzurückzahlung und Zinsen aufbringen.

Mit solchen Mitteln setzt das imperialistische Kapital in der Dritten Welt durch, daß der größte Teil der landwirtschaftlichen Entwicklung bei den Exportprodukten und nicht bei Lebensmitteln geschieht. Es sorgt aber auch für eine direkte Untergrubung der Lebensmittelproduktion.

Bei etwa gleichbleibendem Getreide-

verbrauch auf heimischen Märkten verfünfachten die US-Farmer in den fünfziger Jahren die Getreideproduktion sowohl durch Ausdehnung der Anbaufläche wie durch Anwendung neuer Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmittel und moderner Maschinerie. Die Regierung kaufte Überschüsse auf. In den folgenden Jahren organisierte die Regierung mit dem Public Law 480 ein großes Programm „kostenloser Getreidelieferungen“ an die „Ärmsten der Welt“. Die Regierung gab Entwicklungsländern billige Kredite für Weizenlieferungen auch in ihrer eigenen Währung, in einigen Fällen auch kostenlose Lieferungen. Im Durchschnitt der Jahre 1964 bis 1967 machten diese sogenannten „nicht-kommerziellen“ Lieferungen 63% aller US-Weizenlieferungen aus.

Ihr Ergebnis für die Landwirtschaft der betreffenden Länder der Dritten Welt war katastrophal. Zwar wurde der unmittelbare Mangel etwas gelindert – dafür aber die Grundlage dauernden Mangels gelegt. Denn die Getreideproduzenten in der Dritten Welt wurden einfach niederkonkurriert.

Daran änderte sich auch nichts, als die USA, nachdem die Überschüsse abgebaut waren, die billigen Lieferungen sehr schnell wieder einstellten. (1973 machten sie nur noch 13% der Gesamtlieferungen aus.) Denn weiterhin konkurriert die US-Landwirtschaft die Bauern in der Dritten Welt über den niedrigen Weltmarktpreis nieder. Gegenüber stehen sich auf der einen Seite die Großfarmen in den USA, wo extensiv der Boden ausgelaugt wird (schon 1933 gab das Landwirtschaftsministerium zu, daß die Hälfte der Ackerfläche der USA durch Bodenerosion verwüstet war); wo das Kapital mit modernsten Maschinen einen hohen Ausbeutungsgrad für die Landarbeiter erreicht hat und wo die Regierung jeden Zentner Weizen für den Export subventioniert – auf der anderen Seite die Produktion in der Dritten Welt, wo für Getreide umfangreiche Bewässerungsprojekte angelegt werden müssen, wo es sowohl an Dünger wie Werkzeugen und Maschinen fehlt, wo die Produktivkraft der Arbeit also niedriger ist, gleichzeitig aber auch kein Raubbau am Boden nach US-Vorbild betrieben wird.

„Für Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen haben Lebensmittelimporte viele Nachteile“, schreibt die Zeitschrift „Far Eastern Economic Review“ in ihrem Jahresband „Asien 1981“. „Trotz Erhöhung der Menge decken sie nie ganz den inländischen Bedarf. Sie ziehen die sowieso beschränkten Devisenbestände ab, die sonst für die Entwicklung genutzt werden könnten. Und die Preise dieser Lebensmittel auf dem Markt sind einer-

seits so hoch, daß die örtlichen Konsumenten ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können, andererseits so niedrig, daß die örtlichen Bauern davon abgehalten werden, mit den ausländischen Lebensmitteln zu konkurrieren und ihre eigene Produktion auszubauen.“ Ist die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten erst einmal hergestellt, müssen die betreffenden Länder dann jeden Preis zahlen, auch wenn er sich kurzfristig vervierfacht wie 1974, als die UdSSR große Mengen Weizen kaufte.

Für die USA bedeuten ihre Überschüsse (während der größte Weizenproduzent der Welt, die Sowjetunion, zusätzlich importieren muß) eine Monopolstellung. Unter der Überschrift



Senegal: Erdnüsse für Westeuropa

„Landwirtschaftliche Exporte als Mittel wirtschaftlicher Kriegsführung“ beschreibt ein William Schneider für das Nationale Strategische Informationszentrum der USA: „Historisch gesehen waren die Nationen Afrikas und Asiens Selbstversorger, aber das änderte sich ... Der herausragendste Aspekt dieser Veränderung ist die beinahe vollständige Abhängigkeit großer Teile der Welt von der nordamerikanischen Getreideproduktion ... Die Natur menschlicher Erfordernisse nach landwirtschaftlichen Produkten macht das zu einem sehr nützlichen Element in der Unterstützung der Außenpolitik.“

Für die Länder der Dritten Welt bleibt nur ein Weg, den verschiedene Länder, z.B. Indien, in den letzten Jahren versucht haben: Die Importe durch hohe Zölle bzw. festgesetzte Preise zu beschränken und die Versorgung der Bauern mit Produktionsmitteln wie Werkzeug zu verbessern. Ohne Landreform bleiben diese Maßnahmen aber auch nur beschränkt erfolgreich. Sie sind schwer gegen die imperialistischen Mächte durchzusetzen. In Nigeria z.B. haben es die USA geschafft, direkt in den Entwicklungsplan verwickelt zu werden, für den Ausbau von Großfarmen nach US-Muster.

Lernmittel Bundesländer erhöhen Kosten für die Eltern

Die Lernmittelfreiheit ist in der BRD noch nie gänzlich durchgesetzt worden. Die Bundesländer nutzen ihre Kulturhoheit, um mit unterschiedlichen Formen zu experimentieren, wie Kosten für Lernmittel auf die Eltern abgewälzt werden können. Die neuesten Versuche laufen darauf hinaus, die Grenze zu finden, bis zu der die Lohnabhängigen Geld aus ihren Haushaltsmitteln abzweigen, um ihre Kinder der Schikane zu entziehen, die regelmäßig über die Kontrolle lehweise zur Verfügung gestellter Bücher und Geräte ausgetüft wird.

In Baden-Württemberg sollen die Eltern erwägen, ob sie nicht lieber, statt sich jeden Schmutzfleck unter die Nase reiben zu lassen, die Bücher zum auf zwei Dritteln ermäßigten Preis kaufen wollen.

In Rheinland-Pfalz ist ein Gutscheinsystem eingeführt, nach dem die Eltern von Kindern der Klassen fünf bis zehn je nach Kinderzahl zur Besteitung der Kosten für Lernmittel herangezogen werden. Bei zwei Kindern werden 60% ersetzt, bei drei Kindern 90%, erst bei mehr Kindern der ganze Betrag.

Neu ist der Vorstoß des Saarlands, die Auseilung der Gutscheine, die an sich schon demütigend ist, an das Einkommen der Eltern zu binden. Schulbücher sollen kostenlos nur sein bei einem Nettoeinkommen unter 1300 DM plus einem Freibetrag von 200 DM pro Kind. Das bedeutet, daß zukünftige Lohnerhöhungen für einen Teil der Eltern schon allein durch die Lernmittelkosten aufgezehrt werden.

Niedersachsen will eine „Lernmittelhilfe“ einführen, in deren Genuss Familien kommen, deren steuerpflichtiges Jahreseinkommen unter 36000 DM liegt. Gerade die Bundesländer, in denen bisher überwiegend keine Lernmittelfreiheit bestand, machen sich an die Erprobung eines Spaltungssystems nach Lohnhöhe, durch das der bürgerliche Staat als Geber von Hilfen für die ärmsten Schichten erscheint.

Breitflächig wird die Methode angewendet, die Grenze, unterhalb derer sogenannte Bagatellen bezahlt werden müssen, nach oben zu verschieben. In Schleswig-Holstein ist sie durch Verordnung auf acht DM angehoben worden. Im neuen Schuljahr bleibt sie nur für Grund- und Sonderschulen bei drei DM.

Der Stadtstaat Hamburg hat seinen Etat für Lehr- und Lernmittel um 20% gekürzt. Bisher gab es keine Mindestbeteiligung der Eltern. In Zukunft sol-

len sie Bleistifte, Radiergummis, Hefte, Zirkelkästen und Rechenstäbe zahlen. Auch Baden-Württemberg will den bisherigen Satz von einer DM „kostendeckender“ machen.

Die Gewerkschaften beginnen sich des Problems anzunehmen. In Offenburg hat die DGB-Jugend an den Kreistag Anträge auf kostenlose Kopien, Lernmittelfreiheit und warmes Mittagessen gestellt. Erreicht wurde, daß die Kopien, die bis jetzt eine DM pro Stück kostete, nicht mehr von den Schülern gezahlt werden müssen. Das ist ein nicht gering zu schätzender Erfolg, denn in vielen Schulen werden noch nicht neu aufgelegte oder sonstwie fehlende Bücher durch ins Geld gehende Kopien ersetzt. Die Ausgabe von Essen wurde abgelehnt.

Spanien, PCE: Eurokommunismus er- setzt keine Korrektur

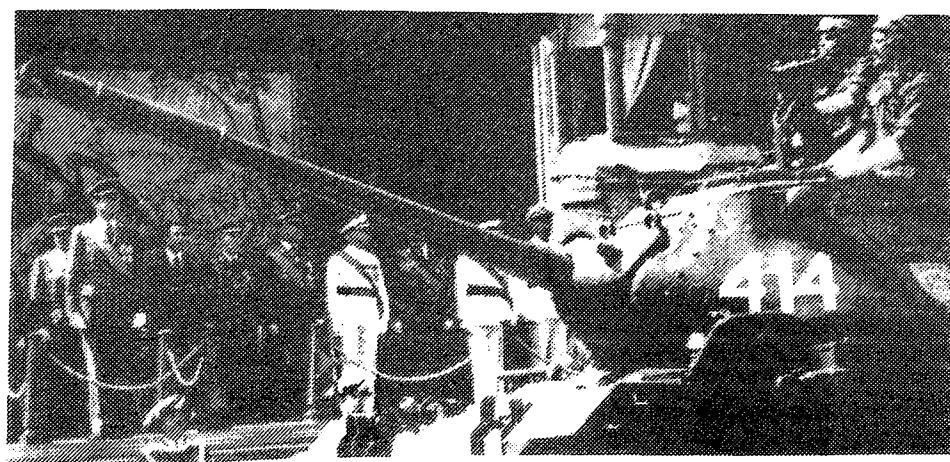
Ende Juli führte die Kommunistische Partei Spaniens (PCE) ihren 10. Parteitag durch. Der Parteitag bestätigte zwar den eurokommunistischen Kurs des Generalsekretärs Carillo (Ablehnung der Diktatur des Proletariats, Regierungsübernahme durch ein demokratisches Parteienbündnis und Umwandlung des Kapitalismus, Ablehnung der Außenpolitik der Sowjetunion), aber Santiago Carillo erhielt für den Rechenschaftsbericht des ZK nur $\frac{2}{3}$ der abgegebenen Stimmen. $\frac{1}{3}$ der Delegierten stimmten dagegen oder enthielten sich der Stimme. Carillo, der anschließend vom neu gewählten ZK wieder zum Generalsekretär gewählt wurde, mußte sich gegen scharfe Kritik aus der Gruppe der „harten Gewerkschaftler“ und der „Prosowjetischen“ sowie aus der Gruppe der „eurokommunistischen Erneuerer“ verteidigen.

Die gegenwärtige innere Krise der PCE ist Folge ihres Verlustes an politi-

schem Einfluß und an Mitgliedern in den letzten Jahren. In einer Selbstkritik am Führungsstil des ZK mußte Carillo zugeben, daß die Mitgliederzahl der PCE seit 1979 um 60000, von 200000 auf 140000 gefallen ist. Der Flügel der „harten Gewerkschaftler“ und der „prosojwetischen Leninisten“ verlangt daher eine Korrektur des Kurses der ständigen Zugeständnisse an die Regierung, der Flügel der „eurokommunistischen Erneuerer“ strebt mehr oder minder offen die Auflösung in einen linken Flügel der Sozialdemokratie an. Der Antrag der „eurokommunistischen Erneuerer“, mehrere organisierte Parteiströmungen zuzulassen, wurde durch den Parteitag abgelehnt.

Die Parlamentspolitik Carillos war darauf angelegt, durch eine Politik der „nationalen Konzentration“ eine Koalition aller Parteien und eine Regierungsbeteiligung der PCE und der Sozialdemokratie zu erreichen. Diese Politik ist gescheitert. Jetzt gibt es zwar eine faktische Koalition der christdemokratischen Regierungspartei und der PSOE in der Opposition, und die PCE hat sich die Zustimmung zur Monarchie, zu den Antiterrorgesetzen und zum Sozialpakt von Moncloa eingehandelt. Deshalb ist die Hauptkritik der „harten Gewerkschaftler“, zu denen auch der Generalsekretär der Commissiones Obreras gehört, Carillo sei zu kompromißbereit und für die Arbeiter seien nur Verschlechterungen bei dieser Politik herausgekommen. Die „prosowjetische“ katalanische PSUC, die den Eurokommunismus aus ihrem Programm gestrichen hat und in den Gemeinden um Barcelona bis zu 30% der Stimmen erhielt, kritisiert die Minderung der Schlagkraft durch die Auflösung der Zellen.

Dagegen ist die Bestätigung des Eurokommunismus keine Lösung für die erforderliche Kurskorrektur der PCE, wenn sie nicht ihr Ansehen aus der Zeit des Kampfes gegen den Franco-Faschismus vollständig verlieren will.



Juan Carlos nimmt Parade der Streitkräfte ab. Der Kurs der „nationalen Konzentration“ hat die Arbeiterbewegung geschwächt.

Niederlande

Nachgeben der PvdA ermutigt die Reaktion

Zweieinhalb Monate nach den niederländischen Parlamentswahlen sind die Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition zwischen dem christdemokratischen CDA, der sozialdemokratischen PvdA und der linksliberalen D'66 noch ohne Ergebnis. Zwar hatten die mit den Verhandlungen beauftragten „Informateure“ Ende Juli eine Regierungsplattform vorgelegt. Doch der CDA, der mit dem früheren Fraktionsvorsitzenden Lubbers selbst an der Ausarbeitung beteiligt war, lehnt das Verhandlungsergebnis ab, nachdem der Präsident der Niederländischen Bank und die beiden Kapitalistenverbände schärfsten Protest angemeldet hatten.

Vor allem zwei Punkte hatten die Kapitalisten zu ihrem Einspruch und den CDA zu ihrem Rückzieher veranlaßt: Erstens reicht ihnen der vereinbarte Rahmen für Lohnsenkungen nicht. Und das, obwohl sich die drei Parteien schon auf eine reale Lohnsenkung von 1% für den gesetzlichen Mindestlohn und entsprechend mehr für die höheren Löhne und Gehälter geeinigt hatten und kräftigere Lohnsenkungen auch nicht ausschließen wollten; obwohl der verschärfte Angriff auf Löhne und Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst zum Regierungsprogramm erhoben waren. Der CDA verlangt nun, daß keine Garantien für die Kaufkraft zu geben, d.h. der realen Senkung keine Grenzen zu ziehen seien. Dabei ist notwendig zu wissen, daß die niederländische Regierung durch gesetzliche Veränderung der Lohnindexierung und durch Einschränkung des Tarifrechts häufig schon direkten Einfluß auf die Löhne und Gehälter genommen hat.

Zweitens will die niederländische Bourgeoisie die Stationierung der Mittelstreckenraketen auch in den Niederlanden durchsetzen. Angesichts einer sehr starken Bewegung gegen die Stationierung hatte die alte Regierung van Agt bisher nicht zugestimmt und hatten sich die drei Parteien auf die Kompromißformel geeinigt, „keinen positiven Beschuß über die Stationierung (zu) fassen“. Nun aber will der CDA einen Entscheidungstermin festlegen.

Insbesondere die PvdA hält an der Plattform fest. Jedes weitere Nachgeben würde sie, nachdem sie bei den Wahlen schon kräftig Stimmen verloren hat, weiteren Einfluß auf die Arbeiterbewegung und die Friedensbewegung kosten. Die Reaktion denkt bereits laut über Neuwahlen nach.

Regierung geht auf Versicherungsleistungen und Beamtengehälter los. Kapitalisten begeistert: „Weitermachen!“

Mit einem Grundsatzbeschuß zur Kürzung hat die Bundesregierung das Gesetzgebungsverfahren zum Haushalt 1982 eingeleitet. Fest steht, daß gekürzt werden soll, und auch ungefähr, wieviel. Auf Einzelheiten, wo und wem wieviel, hat die Regierung keinen Wert gelegt. Mit Absicht. Seitdem streiten sich die Interessenverbände um die Verteilung der „Opfer“ und seitdem redet vom Sparen, wer immer etwas zu sagen hat. Dem Grafen Lambsdorff war die Sache so gut gediehen, daß er selbst Dinge zum Gegenstand der Sparabsichten erklärte, die mit dem Bundeshaushalt noch nicht einmal in entfernter Beziehung stehen: die ersten Tage der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle.

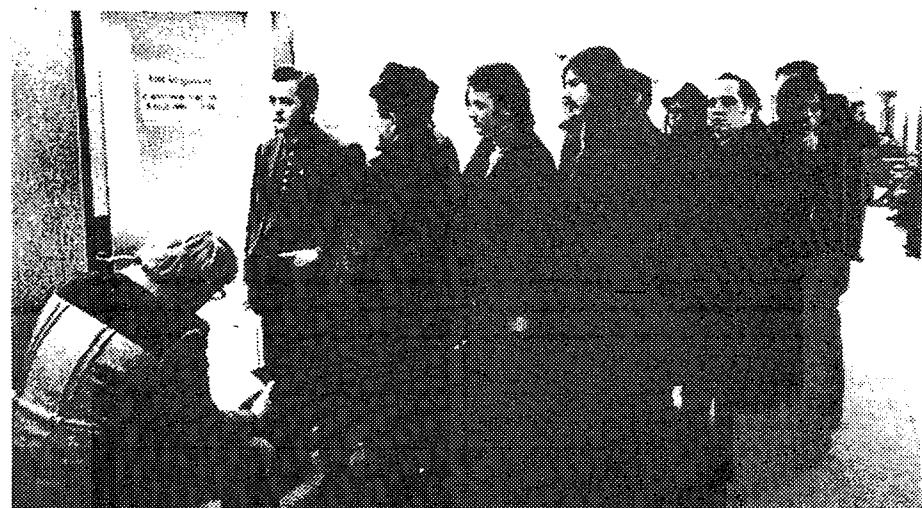
BDI-Chef Rodenstock erklärte, man könne die Regierungsbeschlüsse kaum als „marginal“ betrachten: „Dennoch bleibe das abschätzbare Sparvolumen hinter dem finanzpolitisch und gesamtwirtschaftlich Erforderlichen zurück ... Vor allem aber seien entscheidende strukturelle Haushaltsschwächen im Bereich der Sozialausgaben nicht beseitigt worden.“ Esser, Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, wurde noch deutlicher: Er tadelte die Regierung, daß „eine an sich naheliegende Überprüfung der Höhe des Arbeitslosengeldes auf gewerkschaftlichen Druck von vornherein ausgeklammert worden sei. Das gleiche gelte für die Überlegung, zur Entlastung der Unternehmen Karenztag bei der Lohnfortzahlung wieder einzuführen.“ (Pressemitteilung der BDA v. 31.7.)

Das große Ziel dieses Sparwillens erklärte Rodenstock herausfordernd mit der angeblichen „Problematik“, „daß im vergangenen Jahr 315 Milliarden DM oder fast 45% der Staatsausgaben nur für Transferleistungen verwendet wurden, denen keine unmittelbare Gegenleistung entspricht“. (Informationsdienst des Instituts der Deutschen Wirtschaft v. 23.7.) Die Versicherungsansprüche und -leistungen, um die es bei diesen Transferzahlungen vor allen Dingen geht, stellen für die Absenkung des Lohnstandards eine entscheidende Schranke dar: Auch bei den beschränkten Leistungen der Arbeitslosenversicherung heute hätte z.B. ein Aufruf der Kapitalisten zum Streikbruch keine Aussicht.

Und noch um ein zweites geht es für die Kapitalisten: In den enorm angestiegenen Versicherungskosten drücken sich nichts anders als die Folgen ih-

res Wirtschaftens aus. Gegen heftigen Widerstand hat Grundig seine Werke in Niederbayern dicht gemacht, ebenso stieß AEG-Sanierer Dürr z.B. bei AEG-Kanis in Essen auf erbitterten Widerstand. Kleinere Unternehmen können der Konkurrenz und den Marktpositionen dieser großen Monopole nicht mehr standhalten und verzeichnen Rekordpleiten. Die Antreiberei hat den Gesundheitszustand der Arbeiterbevölkerung derart ramponiert, daß trotz Kostendämpfung die Reparaturkosten der Arbeitskraft weiter stei-

halben Prozents der Bruttolohnsumme zugunsten der Kasse der Arbeitsverwaltung jetzt die Weichen für die Nettoanpassung praktisch gestellt. Und auch die Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung wird ihren Tribut zollen müssen. Ehrenbergs Äußerung, die Rentner hätten ja „Vorleistungen“ bereits erbracht, ist glatter Hohn. Denn direkt trifft das Programm auch die Rentner: Rentnerhaushalte bekommen die Hälfte des Wohngeldes, und fast im gleichen Umfang wie die Kürzung des Wohngeldes um 7,5% trifft



Als „sozial ausgewogen“ geben Schmidt und Genscher das Programm aus, das die Leistungen der Arbeitsämter zusammenstreicht, Gelder aus den Rentenkas-sen zieht und die Beamtengehälter angreift. Bild: Arbeitsamt.

gen. Und aus gleichem Grund steigt die Frühinvalidität. Die Kosten für diese Folgen ihres Wirtschaftens weisen die Kapitalisten jetzt mit erhobenem Spar-Zeigefinger weit von sich. Und die Regierung pariert:

– In der Arbeitslosenversicherung sollen runde 3,6 Mrd. DM gestrichen werden. An erster Stelle des Regierungskatalogs steht: „Konkretisierung der Zumutbarkeitsregelung bei der Arbeitsvermittlung“, an zweiter folgt: „Verlängerung der Sperrzeiten bei selbstverschuldeten Arbeitsaufgabe.“ Dem Kündigungrecht des einzelnen Lohnabhängigen gegenüber der Kapitalistenwillkür wird damit faktisch der Boden entzogen. Sperrzeiten vielleicht von einem Vierteljahr sollen den Anteil der Leistungsempfänger an den Arbeitslosen deutlich unter die Hälfte ab-senken. Die Mobilität, so wie sie die Kapitalisten verstehen, wird Trum pf.

– In der Rentenversicherung wer-den bereits mit der Entnahme eines

auch die Streichung bei der Kriegsop-ferversorgung Rentnerhaushalte.

– Für die Krankenversicherung hat Ehrenberg den Auftrag in der Tasche, ein weiteres „Kostendämpfungs-Ge-setz“ vorzulegen.

Dieser Angriff auf die Versiche-rungsleistungen und -ansprüche bildet das Zentrum des sog. „Sparpro-gramms“. Noch in der gleichen Sit-zung des Kabinetts wurde den Stahl-konzernen die runde Summe von 0,6 Mrd. DM für Forschung zugeschoben und 10% Zulage für Investitionen ein-schließlich Rationalisierung.

Das zweite direkte Anliegen der Kapitalisten ist die Senkung der Kosten für ihren Staatsapparat. Das soll über die Ausnutzung der Sonderstellung der Beamten laufen.

Der Beamtenbund hat die Kürzung des Brutto-Gehalts im mittleren Ein-kommensbereich der Beamten durch die Verschiebung der Gehaltsanhebung und die weiteren Maßnahmen auf bis zu 200 DM monatlich beziffert. Über

,Grundsatzbeschuß der Bundesregierung zum Haushalt 1982“

Kursiv: Regierungsbeschlüsse – Unterlegt: Schätzung der Belastungen

1.1 Den Bruttolohn betrifft:

Verschiebung der Besoldungserhöhung um 3 Monate; Einmalige Verlängerung der Dienstaltersstufen von 2 auf 3 Jahre; Streichung des Verheiratenanteils bei Doppelverdienern im Ortszuschlag; Einschränkung der Beihilfeleistungen; Verringerung der Planstellen um 1% (Erläuterung s. S. 16)

Besoldungskürzung um etwa: 2,39 Mrd. DM

1.2 Den Nettolohn betrifft:

Berücksichtigung des Arbeitslosengeldes, Schlechtwettergeldes, Kurzarbeitergeldes und der Arbeitslosenhilfe im Lohnsteuerjahresausgleich

1977 betrug die durchschnittliche Lohnsteuerlast 15,2% der Bruttolohnsumme. Versteuert man mit diesem Satz die Geldleistungen des Arbeitsamtes, ergibt sich je nach Umfang der Besteuerung eine Summe bis:

Lohnsteuermehreinnahme: bis 1,70 Mrd. DM

Wegfall des Haushaltssreibetrages für Alleinstehende ohne Kinder über 49 Jahre

Steuerklasse II ohne Kinder wird damit genauso besteuert wie die Steuerklasse I. Bei 2000 DM monatlich brutto macht dies 17 DM oder 6% der Steuerschuld mehr aus

Steuermehrbelastung Alleinstehender über 49 Jahre: Mrd. DM

Volle Anrechnung eigener Bezüge und Einkünfte des Kindes auf den Ausbildungsfreibetrag

Bisher wurde diese – z.B. BAFOG-Zuschüsse – nur angerechnet, soweit sie 2400 DM übersteigen.

Volle Anrechnung von Ausbildungszuschüssen: Mrd. DM

Weiteres: Einschränkung der Lohnsteuerpauschalierung bei Teilzeitbeschäftigung auf nur eine Teilzeitarbeit

1.3 Sozialleistungen und Versicherungen betrifft:

Senkung der Beiträge zur Rentenversicherung um einen halben Prozentpunkt zugunsten der Bundesanstalt für Arbeit

Diese Entnahmen fehlen zwangsläufig in der Rentenkasse und müssen in der Folge getragen werden.

Entnahme von Beiträgen aus der Rentenversicherung: 3,10 Mrd. DM

Kürzung der Bundeszuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit um rd. 6 Mrd. DM

Zusammen mit der Umverlagerung der Versicherungsbeiträge soll in den Ausgaben der Bundesanstalt eine Kürzung von rd. 3,6 Mrd. DM erzwungen werden

Kürzung von Leistungen der Arbeitslosenversicherung: 3,60 Mrd. DM

Reduzierung der Kindergeldausgaben um 1,5 Mrd. jährlich (Einzelheiten der gesetzlichen Regelung werden noch erarbeitet) sowie strukturelle Änderungen (200 Mio.)

Kürzung des Kindergeldes

anteilig für Lohnabhängige etwa:

1,40 Mrd. DM

Kürzung der Wohngeldausgaben um 7,5%

Rund die Hälfte der betroffenen Haushalte sind Rentner-Haushalte. Im Durchschnitt ergibt die Kürzung 75 DM weniger pro Jahr

Kürzung des Wohngeldes um:

0,14 Mrd. DM

Herabsetzung der Arbeitnehmersparzulage von 30 auf 20% bzw. bei Familien mit mehr als 2 Kindern von 40 auf 30%

Von den 11,6 Mio. lohnabhängigen Haushalten erhielten 1978 92,8% vermögenswirksame Leistungen. Die als Steuerrückerstattung ausgewiesene Förderungssumme wird für 1980 mit 3,7 Mrd. DM angegeben.

Kürzung der Sparzulage bei der Vermögensbildung um:

1,20 Mrd. DM

Kürzung der Kriegsopfersversorgung um 325 Mio. DM

Über 40% der betroffenen Haushalte sind Haushalte von Rentnern, weitere 23% von Lohnabhängigen.

Kürzung der Kriegsopferversorgung anteilig etwa:

0,22 Mrd. DM

Weitere Maßnahmen: Reduzierung der Kuren im Bereich der Rentenversicherung und der Krankenversicherung

2. Das Einkommen aus der Landwirtschaft betrifft:

Erhöhung der umsatzsteuerlichen Vorsteuerpauschale um 0,5 auf 7,5%

Von den Bauernverbänden wird die Erhöhung um einen ganzen %-Punkt gefordert, weil die Bauern gegenwärtig nach diesen Angaben etwa 500 Mio. DM zuviel an Mehrwertsteuer für ihre Produktionsmittel bezahlen.

Rückerstattung von Mehrwertsteuer an die Landwirte etwa:

0,25 Mrd. DM

Kürzung im Bereich der Unfallversicherung und der Altershilfe für Landwirte um 270 Mio. DM

Die Bundeszuschüsse waren 1980 im Haushaltsentwurf mit 400 Mio. für die Unfallversicherung und 230 Mio. für die Landabgabentrente angesetzt. Die Rente betrug 1979 für Alleinstehende 392 und für Verheiratete 591 DM monatlich. Die Kürzung führt zu höherer Beitragslast der Landwirte.

Streichung von Zuschüssen Unfall- und Altersversicherung

0,27 Mrd. DM

Kürzung des Kindergeldes und der Kriegsopfersversorgung (s.o., 1.3)

Kürzung von Kindergeld und Kriegsopfersversorgung anteilig etwa: 0,20 Mrd. DM

Weitere Maßnahmen: Reduzierung der Kuren im Bereich der Rentenversicherung und der Krankenversicherung

3. Das Einkommen der Selbständigen betrifft:

Verbesserung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter ab 30.07.81

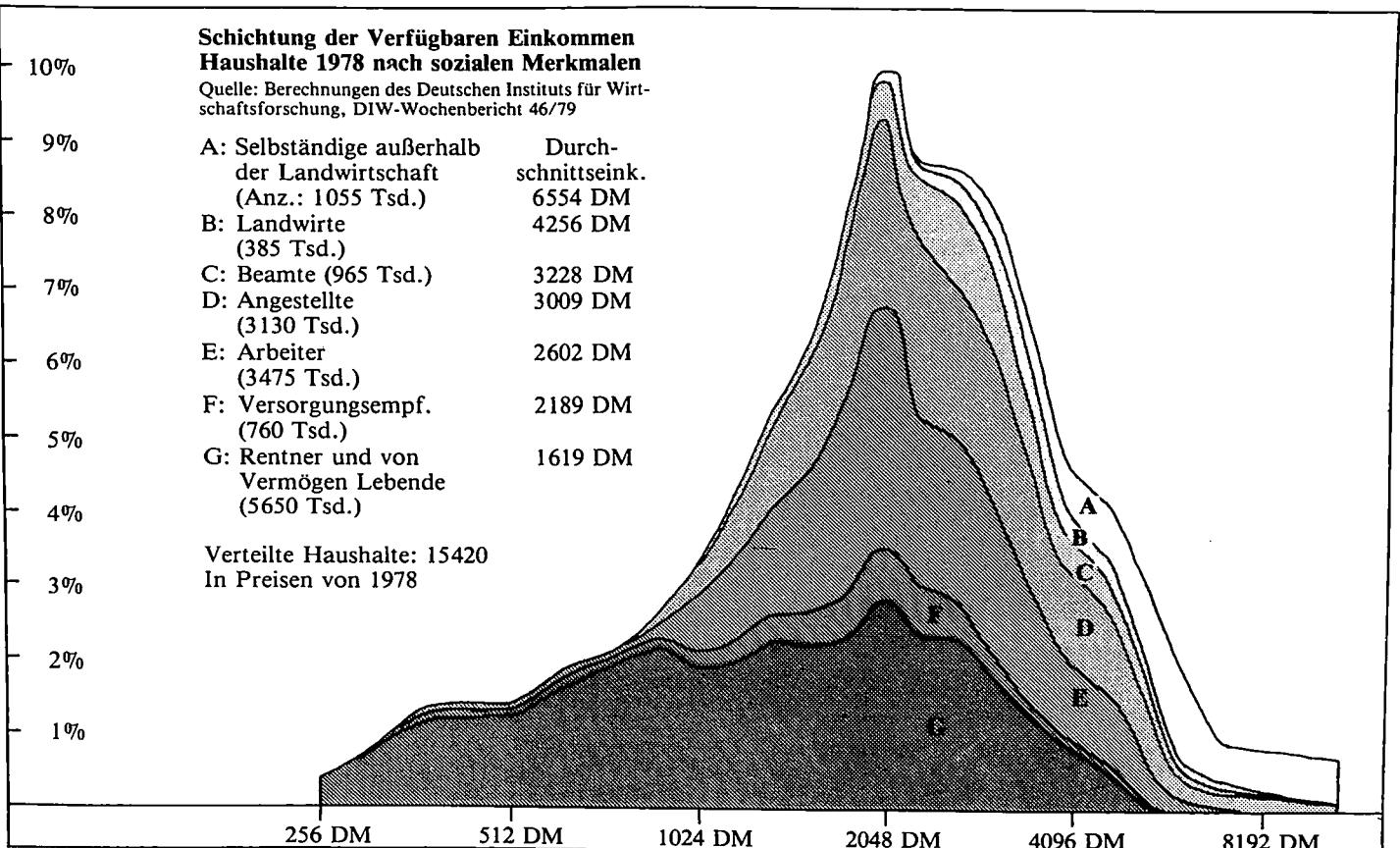
die dem Beamtenrecht angelehnten Regelungen in den Tarifverträgen der Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes sind die Ziele der Regierung weiter gesteckt (s. dazu S. 16).

Die Gewerkschaften sind somit durch dieses Programm direkt herausgefordert und nicht bloß im öffentlichen Dienst. Denn gelingt es in der Haushaltseratung und -gesetzgebung, die bereits im Frühjahr verlangte Ver-

zögerung der Anpassung der Beamtenbesoldung gesetzlich zu erklären, so entsteht für die Lohnbewegung ein Problem: Eine Forderung, die zum Beispiel für die Arbeiter und Angestellten den Anstieg des Preisniveaus einigermaßen decken könnte, würde für die Beamten nicht langen. Um dies für die Beamten zu erreichen, müßte die in den Tarifen zu vereinbarende Forderung erheblich höher liegen. Zu-

dem ist bereits absehbar, daß bei solcher Lage die Kapitalisten alles daran setzen werden, unter Berufung auf „das Opfer der Beamten“ das Regierungsprogramm auf die Lohnabschlüsse auch in der Industrie durchzuschlagen zu lassen.

Somit liefert das Regierungsprogramm unter dem Titel „Sparhaushalt 82“ den von den Kapitalisten gewünschten Nährboden, auf dem sich



Diese Maßnahme bewirkt eine Minderung der Steuer durch höhere Abschreibungssätze in den ersten Jahren. Der Steuerausfall zugunsten der Kapitalisten wird mit 200 Mio. DM angegeben.

Wegfall der Versicherungsfreigrenzen für geringfügige Beschäftigung

Gegenwärtig bleibt versicherungsfrei, wer bei regelmäßiger wöchentlicher Arbeit bis 15 Stunden einen monatlichen Verdienst von 390 DM nicht überschreitet (z.B. Zeitungsasträger, Reinemachdienste). Die Aufhebung der Versicherungsfreiheit geht vorerst zu Lasten der Kapitalisten, da eine andere Bestimmung der RVO festlegt, daß für monatliche Beträge bis 440 DM der Arbeitgeber allein zu zahlen hat.

Halbierung der Steuervergünstigung für Arbeitgeber mit unter 50 Beschäftigten bei Gewährung vermögenswirksamer Leistungen

Der Steuerausfall dafür wurde 1980 mit 750 Mio. DM veranschlagt.

Einschränkung der Übertragungsmöglichkeiten von Veräußerungsgewinnen (§ 6b EStG, § 4 Auslandsinvestitionsgesetz)

Der Steuerausfall dafür wurde für 1980 mit 380 Mio. angesetzt.

Wegfall des Entwicklungsländer-Steuergesetzes

Aufgrund dieses Gesetzes waren Kapitalrückstellungen für Investitionen in diesen Ländern steuerfrei. Der Steuerausfall wurde mit 310 Mio. DM angegeben.

Abschaffung der ermäßigten Umsatzbesteuerung für die Leistungen der freien Berufe

Der Steuerausfall durch erniedrigten Umsatzsteuersatz wurde mit 90 Mio. DM für 1980 angegeben.

Weitere Maßnahmen: Herabsetzung des Umsatzsteuerlichen Vorwegabzugs für Betriebs-PKW auf 50% der Anschaffungskosten; Einschränkung und Umstrukturierung der Steuervergünstigung im Wohnungs- und Städtebau (Steuervergünstigung sozialer Wohnungsbau 1980: 6,2 Mrd. DM)

Einschließlich der Besteuerung der Geldleistungen der Bundesanstalt für Arbeit wird der Gesamtbetrag der Steuermehreinnahmen mit 1 Mrd. DM angegeben.

Kindergeld, Wohngeld und Kriegsopferversorgung, Kürzung anteilig: 0,20 Mrd. DM

4. Die indirekte Steuerlast betrifft:

Erhöhung der Tabaksteuer zum 1.6.82 (bei Zigaretten um durchschnittlich 32%; für die übrigen Tabakwaren differenziert)

Nach den Angaben der Zigarettenhersteller soll damit bei einer Verringerung der Stückzahl der Preis für eine Automatenpackung auf 4 DM steigen.

Verbrauchssteuermehreinnahme durch Tabaksteuererhöhung:

1,50 Mrd. DM

Quellen: Finanznachrichten v. 31. Juli 1981, hrsg. vom Bundesministerium der Finanzen; Bundesarbeitsblatt, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit; 7. Subventionsbericht v. 8.8.79, Bundestagsdrucksache 8/3097. Zu den finanziellen Auswirkungen vergl. Schätzungen des Handelsblatts v. 3.8.81, Seite 5

die sog. „selbstheilenden Kräfte der Marktwirtschaft“ so richtig entfalten könnten. Insoweit die Beseitigung von Steuervergünstigungen für Kapitalisten zur Disposition stehen, hört man keine Klage. Bei einem Volumen von 1 Mrd. DM an Steuermehreinnahmen einschließlich des Ertrags der Besteuerung der Geldleistungen der Bundesanstalt für Arbeit und bei Berücksichtigung, daß über die erhöhte degressive

Abschreibung gleich 200 Mio. DM Steuererleichterung aufgerechnet werden können, kann die Rechnung auf dieser Seite des Programms für die Kapitalisten bloß glatt aufgehen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist in die Auseinandersetzung um diese Haushaltsgesetzgebung mit der zentralen Forderung einer 6prozentigen Ergänzungsabgabe auf die Einkommenssteuer bei Verdienstern oberhalb von

60000/120000 DM (Alleinstehende/Verheiratete) gegangen. Wenn, dann 1. für alle Lohn- und Einkommenssteuerpflichtigen und 2. für die Finanzierung eines „Beschäftigungsprogramms“, erwidert Schmidt.

Die FDP meldet grundsätzliche Vorbehalte an, wo es um die Erhöhung der Einkommenssteuer geht. Sie gibt sich aber nicht abgeneigt, den Monopolen noch weitere Milliarden aus Steuergel-

dern für Anschaffung zur Verfügung zu stellen. Vielleicht liefert einen Hinweis für die Pläne, die jetzt von Matthöfer und Lambsdorff im Auftrage des Kabinetts geschmiedet werden, daß es seitens der Kapitalistenverbände keinerlei Einwand gegen die indirekte Steuererhöhung auf Tabak im Volumen von 1,5 Mrd. DM gegeben hat. Schon vor den Haushaltsberatungen hatte sich Matthöfer über den „Schwund der indirekten Steuern“ beklagt.

Sofern sich die Regierung entschließt, die nötigen Milliarden für ein „Beschäftigungsprogramm“ über Lohnabzug direkt oder Verbrauchsbessteuerung indirekt locker zu machen,

vielleicht abgesehen von kurzfristigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst, würde es keineswegs zur Vollbeschäftigung etwa führen. Die Monopole haben bereits einen Weg beschritten, durch Ersparnis an Rohstoffen in Verbindung mit mikroelektronisch gesteuerter Technologie ihren Konkurrenzvorteil auf dem Weltmarkt zu suchen. VW kaufte sich bei Zeiten in das Computerwerk Triumph in Nürnberg ein, AEG verbindet sich mit dem Bosch-Kapital, um den Bereich der Nachrichtentechnik aufzurollen, und der BASF-Vorstand verweist auf den zügigen Ausbau des mit Datenverarbeitung und Mikroelektronik in Verbindung stehenden Unterneh-

mensbereichs. Für diesen Weg stehen die Anschaffungsprogramme und auch die Forderungen der Kapitalisten.

Bereits in der Debatte um den Jahreswirtschaftsbericht Anfang des Jahres wurden als Zielmarken ins Auge gefaßt: Beseitigung des Autos aus dem Haushalt der Arbeiterbevölkerung, die Verkleinerung des nutzbaren Wohnraums über Verschlechterung und Preisanhebung und die Einschränkung der Urlaubsreisen. Durch das jetzige Regierungsprogramm wird die Abwälzung von Versicherungsleistungen in großem Umfang auf die Haushalte und Familien der Lohnabhängigen als weitere Etappe auf diesem Weg betrieben.

DGB für Vorverlegung des Rentenalters: Argumente schützen vor Feinden nicht

Aus den Reihen des DGB klingt die Forderung nach Vorverlegung des Rentenalters lauter und zwar wegen sozialer Tatbestände, die kaum noch zu vertuschen sind. Bereits jetzt ist die Arbeitsintensität derart hochgeschraubt, daß nur der geringere Teil der Lohnabhängigen die geforderte Arbeitsleistung bis zum 65. bzw. bis zum 60. Lebensjahr erbringen kann. Der von den Kapitalisten angesetzte Gesundheits- und Leistungsstandard spiegelt sich auf dem Arbeitsmarkt wieder: Die Kapitalisten stellen gealterte Arbeitskräfte nicht mehr ein. Gesetzliche Regelungen ermöglichen Rücksicht auf diese Tatsache. Die verschlissene Arbeitskraft kann als invalid anerkannt werden und hat Versicherungsansprüche. Die Autoren der lebenswerten Studie „Untersuchungen der Rentenzugänge im Zeitablauf“ (Deutsche Rentenversicherung 4/81), der auch die beiden Schaubilder entnommen sind, stellen fest: „Es zeigt sich eine hohe Korrelation zwischen der Entwicklung der Invalidierungshäufigkeiten und der Situation auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere bilden sich über einen festen Sockel die Schwankungen am Arbeitsmarkt in den Invalidierungshäufigkeiten ab.“ Unter derartigen Umständen ist die Forderung nach Vorverlegung des Rentenalters und nach Belastung der Kapitalisten mit den entstehenden Kosten überaus naheliegend.

Der liberale „Spiegel“ beginnt die Polemik gegen derartige Forderungen, noch ehe diese genau umschrieben, „differt und erhoben sind. Gegen zu befürchten“. Gewerkschaftseinheit benützbar scheint ihm ein gewisser Terlet (Spiegel 31/81):

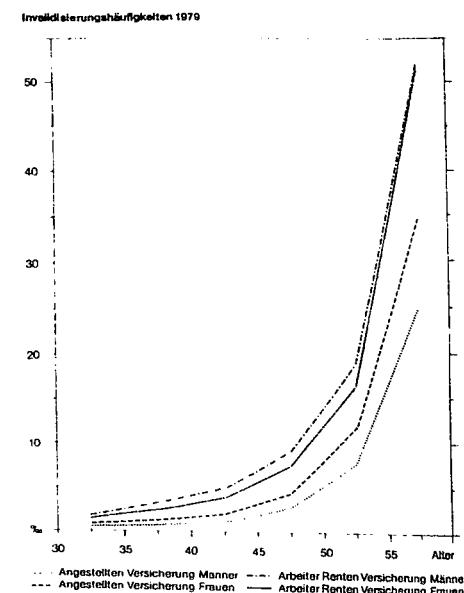
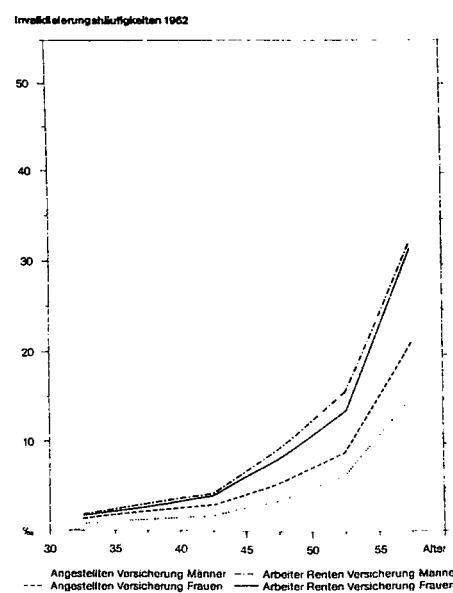
„Da wird erst recht empfohlen, die klassische Trennung zwischen Arbeits- und Ruhepausen aufzuheben. Statt abrupt in den Ruhestand treten zu müssen, sollen die Arbeitnehmer die Gelegenheit bekommen, über mehrere Jahre hinweg ganz sachte aus dem Arbeitsprozeß herauszugleiten.“

Doch die meisten Gewerkschafter haben für solche Gedanken kein Verständnis. Sie halten noch immer daran fest, daß alle Werktätigen sich nach festen Zeitregeln zu richten haben. Schließlich war es schon immer so.“

„Schon immer“? Na ja. Viele Jahrzehnte härtester Kämpfe vergingen, bis die Arbeiterbewegung den Kapitalisten die Freiheit abgenommen hatte, den einzelnen Arbeiter täglich arbeiten zu lassen, solang er irgendwie durchzuhalten imstande war, bis er nach kürzerer oder längerer Zeit umfiel, ein Zeit-

punkt, der durchschnittlich mit dem dreißigsten bis vierzigsten Lebensjahr dann auch gekommen war.

Das liberale Locken mit individuellen Gestaltungsmöglichkeiten der Lebensarbeitszeit deutet auf ein Streben der Kapitalisten hin, die Arbeitsintensität noch weiter hochzutreiben. Der Leistungsstandard ist – grob – durch zwei Faktoren bestimmt: das Arbeitstempo und die Arbeitsdauer. Erreicht bei gleichbleibender Tagesarbeitszeit das Arbeitstempo eine gewisse Höhe, so werden für viele Arbeiten die Lohnabhängigen Zug um Zug unbrauchbar, ein Prozess, der etwa mit dem 35. Lebensjahr gegenwärtig bereits einsetzt. So weit Betriebsräte und Gewerkschaften die Kündigung dieser verhindern, stehen physische Unmöglichkeiten einer weiteren Steigerung des Arbeitstemplos im Wege. Individuell angepasste Verkürzung der Tages-, Wochen- oder Jahresarbeitszeit würde dies Hindernis aus dem Weg räumen, wennigstens ein Stück weit.



Kapitalisten, Regierung und die öffentlichen Dienstherren streben mit diesem Regierungsprogramm eine Entscheidung an. Das gilt für den Lohnstandard, der direkt über den öffentlichen Dienst angegriffen wird. Das gilt für die Versicherungsleistungen. Ihre Gewährleistung ist für die Beschäftigung unterhalb der Facharbeiterlohngruppen von erheblicher Bedeutung. Hier schwankt die Beschäftigung am direktesten mit der Auftragslage; hier ist das Arbeitstempo der einzelnen Verrichtungen enorm hochgeschraubt, infolgedessen ist auch der Gesundheitszustand hier am schlechtesten. Das Interesse der Kapitalisten, den Lohnstandard über den Angriff auf diese Gruppen der Beschäftigten nach unten zu drücken, ist groß. Das Regierungsprogramm zur Streichung der Versicherungsleistungen übt gegenüber diesen Beschäftigten den größten Druck aus.

Die Gewerkschaften können ihre Haltung nicht davon ausgehend bestimmen, daß bei anziehender Beschäftigung alle diese Maßnahmen wieder vom Tisch gewischt werden könnten. Sie müssen den Standard bestimmen, um den sie kämpfen. Das gilt für den Lohn wie für die Versicherungsleistungen. In Bezug auf den Lohn steht inzwischen fest, daß Verlust auf Seiten der Arbeiter angesichts der Teuerung gemacht wird. Daher ist es notwendig, an dem Ergebnis der Tarifbewegung 1980 anzuknüpfen. In bezug auf die Versicherungsleistungen ist nicht nur Verteidigung nötig:

Jeder arbeitslos Gemeldete muß auch Arbeitslosengeld erhalten. Wenn z.B. die Umschulung und Berufsförderung von den Kapitalisten per Umlage finanziert wird, wäre dafür das Geld auch da.

In der Rentenversicherung darf es kein Abrücken von der Bruttolohnbezogenheit geben. Ein Ausbau der Mindestaltersversorgung ist erforderlich.

In der bevorstehenden weiteren Runde der „Kostendämpfung“ in der Krankenversicherung ist schwer absehbar, wie eine Leistungsverringerung mit erheblichen Folgen für die Gesundheit der lohnabhängigen Bevölkerung verhindert werden kann, sofern es nicht gelingt, die Kapitalisten für diese Folgen ihres Wirtschaftens auch finanziell direkt in die Verantwortung zu nehmen. Vielleicht würde das sie auch für die Änderung der Bedingungen interessieren, die die Gesundheit angreifen und vernichten. In der Unfallversicherung, wo sie alles selber bezahlen müssen, haben die Kapitalisten diese Beziehung wohl begriffen. Und nicht zufällig ist die Unfallversicherung *kein* Gegenstand der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die Versicherungsrechte.

Lohnsenkungsprogramm öffentlicher Dienst: Kommt der Dienstherr durch?

Um fast 2,4 Mrd. DM 1982 will der Dienstherr die Arbeiter, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes berauben. Hauptzielpunkte des von der Bundesregierung vorgelegten Angriffsplans: Verschiebung der Besoldungserhöhung für Beamte um drei Monate (820 Mio. DM 1982); Wegfall des Verheiratenanteils im Ortszuschlag bei Doppelverdienern (1,17 Mrd. DM); vorerst einmalige Verlängerung der Dienstaltersstufen für Beamte von zwei auf drei Jahre (85 Mio. DM). Daneben sollen Beihilfeleistungen für die Gesundheitsversorgung der Beamten eingeschränkt und Stellen gestrichen werden. Die Senkung des Lohnstandards, per Gesetz oktoiert, soll sich in den nächsten Jahren fortsetzen und 1985 schon 3,15 Mrd. DM erbringen. Gleichzeitig zur Bekanntgabe dieses Programms hat der oberste Dienstherr Baum den Entwurf eines Gesetzes über die Leistungsbeurteilung im öffentlichen Dienst in den Bundestag eingebracht, das regelmäßige Leistungsbeurteilung durch die Dienstaufsicht und Abgruppierungen bei „ungenügender“ Leistung vorsieht und nach Inkrafttreten alsbald auch auf Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst ausgedehnt werden soll. Der Dienstherr hält die Lage für reif, Lohnsenkungen und Mehrarbeit zu erzwingen.

Eine Täuschung zu glauben, es trafe nur die Beamten. Baum mit seinen Ministerialkollegen Gscheidle (Post) und Hauff (Bahn) hat schon ein Spitzengespräch angesetzt, das die ÖTV für eine Verlängerung der Laufzeit der Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte über den 1.3.1982 hinaus gewinnen soll. Der Beamtenbund sekundiert und warnt vor „Sonderopfern für Beamte“, „ohne daß der notwendige Gleichklang der Belastungen im Verhältnis zum Tarifbereich gesichert wäre.“ Es zeichnet sich ab, daß der Verbund der Lohnbewegung in der Industrie und im öffentlichen Dienst zerstört und daß außerdem der gewerkschaftliche Erfolg der letzten Jahrzehnte, die Übernahme der Tarifabschlüsse für die Beamtenbesoldung, zunichte gemacht wird. Das würde dem Dienstherrn die allgemeine Senkung des Lohnstandards und die Abspaltung der Niedriglöhne und -gehälter erleichtern, die bislang durch Festgeld-, Mindest- und Sockelbeträge wenigstens eingeschränkt wurde.

Mit dem Haushaltsgesetz 1976 wurde Eheleuten, die beide im öffentlichen Dienst arbeiten, der Verheiratenanteil im Ortszuschlag jeweils halbiert. Jetzt will die Regierung allen „Doppelverdienern“, auch wenn nur ein Ehepartner im öffentlichen Dienst arbeitet, den Verheiratenanteil ganz streichen. Ebenso wie 1976 ist das nicht auf Beamte beschränkt. Die Bestimmungen des Bundesangestelltentarifs BAT liefern dem Dienstherrn die tarifrechtlichen Grundlagen: „Der Ortszuschlag wird in sinngemäß Anwendung der für die Beamten jeweils geltenden Bestimmungen gewährt.“ (§29) Derartige Fußangeln im BAT, die den Tarif an die Beamtengesetze binden, erlauben dem Dienstherrn, Angriffe auf die entrichteten Beamten auf Angestellte und Arbeiter auszudehnen.

Mit dem System der Dienstaltersstufen hat der Dienstherr die Gehälter der jüngeren Beamten deutlich unter das Niveau vergleichbarer Tätigkeiten in der Privatwirtschaft gedrückt. Die angekündigte Verlängerung der Dienstaltersstufen von zwei auf drei Jahre verschärft diese Lohndifferenz. Das besonders Perfide ist, daß jetzt 25% „besonders qualifizierte“ Beamte davon ausgenommen werden sollen; damit wird ein Bestandteil des Grundgehalts der völlig Willkür der Dienstaufsicht unterworfen und werden die Weichen für die allgemeine Durchsetzung der Leistungsbeurteilung im öffentlichen Dienst gestellt.

Wirkung der Kürzungen

Fall: Postsekretär (A7), 36 J., verh., o.K.	
Besoldung nach Besoldungsgesetz 81	
Grundvergütung (Dienstaltersst. 8)	1 604,32
Ortszuschlag (Frau nicht im öD)	645,04
Allgemeine Stellenzulage	100,00
brutto	2 349,36
1982 (keine Kürzungen, bei 7% Gehaltserhöhung):	
Grundvergütung (Dienstaltersst. 9)	1 765,69
Ortszuschlag (wie 81)	690,19
Stellenzulage	100,00
brutto	2 555,88
1982 (mit Kürzungen, bei 7% Gehaltserhöhung)	
Grundvergütung (Stufe 8)	1 716,62
Ortszuschlag (Stufe 1)	568,00
Allgemeine Stellenzulage	100,00
brutto	2 384,62

Der Verlust beträgt 151,26 DM monatl. Die Verschiebung der Besoldungserhöhung um 3 Monate kostet, sofern der neue Tarifvertrag überhaupt ab 1.3.82 gilt, weitere 337 DM, monatl. 28 DM (o. Ortszuschlag). Die Auswirkung der Beihilfekürzungen ist unberücksichtigt.

Entlassungen bei den Triumph-Werken

Die Triumph-Kapitalisten werden zum Jahresende ihre Textilfabriken in Passau und Straubing schließen. Entlassen werden 204 Beschäftigte, davon 170 Närerinnen. Wie der Geschäftsführer mitteilte, ist die Schließung „Ausfluß der ,mittelfristigen Kapazitätspolitik‘, die darauf hinausläuft, einerseits die Kapazität in Deutschland zu reduzieren und andererseits mehr Ausgleich durch das Ausnutzen billigerer Fertigungsmöglichkeiten im Ausland zu suchen“ („Bayerische Staatszeitung“, 24.7.). Triumph International hat damit noch zwölf Werke in der BRD, davon sechs in Bayern.

Fichtel & Sachs zahlt erstmals Lärmzulage

Schweinfurt. Mit dem Juni-Lohn ist erstmals bei Fichtel & Sachs für Arbeiter in Lärmzonen die Lärmzulage von 0,20 DM pro Stunde ausbezahlt worden. Bezahlt wurde allerdings nur für die Arbeiter in der Stanzerei rückwirkend zum 1.1.1981. In der Stanzerei erhielten die Arbeiter vorher eine Raumzulage von acht Pfg. Der F&S-Vorstand hatte

In Rheinland-Pfalz begann das neue Schuljahr mit mehreren Schulstreiks. In Idar-Oberstein (Bild) streikten Schüler und Eltern gegen die Streichung des Fahrgeldes durch die CDU-Landesregierung. Nach Angaben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft werden in Rheinland-Pfalz 1800 ausgebildete Lehrer nicht beschäftigt. Um 60 Stellen an den Grund- und Hauptschulen bewarben sich 1600 Lehrer. Im ganzen Bundesgebiet rechnet die GEW mit 20000 nichteingesetzten Junglehrern und mit 30000 Lehrern, die nur Teilzeitverträge erhalten.

die vollständige Anrechnung der Raumzulage auf die Lärmzulage gefordert. Der Betriebsrat hat das abgelehnt und einen Kompromiß ausgehandelt, nach dem bei Kürzung der Raumzulage auf fünf Pfg. insgesamt 0,25 DM Zulagen gezahlt werden. Im Kupplungsnabenbau hatte der Vorstand das Meßergebnis wegen angeblich zu häufiger Spitzenwerte angefochten. Das hatte keinen Erfolg. Jetzt will er neue Messungen durchführen lassen, um innerhalb der Abteilung die Lärmzone einzuzgrenzen. In anderen Abteilungen ist noch nichts gezahlt worden.



Einkommensschwund der Bauern

Nach Schätzungen des baden-württembergischen Landwirtschaftsministeriums nimmt der Abstand des landwirtschaftlichen Einkommens zu dem der in der Industrie Beschäftigten 1980/81 um 15% zu und erreicht damit den Stand von 40% (basierend auf Untersuchungen an 1000 Vollerwerbsbetrieben zwischen 20–30 ha). Ursache dafür ist der starke Preisanstieg bei Kraftstoff, Maschinen und Reparaturen. Hinzu kommt das Sinken der Erzeugerpreise, wobei die diesjährige Erhöhung der EG-Agrarpreise um 9,6% für die westdeutschen Bauern höchstens 4,8% bedeutet und sich kaum auf die tatsächlichen Erzeugerpreise durchschlägt. Weiser, der in diesem Bericht die Bundesregierung wegen der Kürzungen bei den Haushaltssmitteln (23%) angreift, verschweigt, daß genau die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur ...“ die Ruinierung der kleinen Bauern gefördert hat.

Kolumbianische Seeleute streiken weiter

Die Besatzung des drei Wochen lang bestreikten kolumbianischen Frachters „Ciudad de Manizales“ hat den Streik vorerst abgebrochen und nach dem Löschen von 1200 Tonnen Kaffee den Bremer Überseehafen verlassen in Richtung Hamburg. Die Seeleute hatten den Ausstand beendet, nachdem die kolumbianische Regierung die weltweit auf dreizehn Schiffen geführten Streiks als illegal bezeichnet hatte. Die Gewerkschaft hatte daraufhin ihren Mitgliedern freigestellt, weiter zu streiken

oder die Arbeit wieder aufzunehmen. Nur die Besatzung des in Bremen liegenden Schiffes hatte danach den Ausstand beendet. Den Seeleuten wurde von der Reederei versprochen, die Heuer in diesem Jahr um 25% zu erhöhen und 1982 um weitere 5%. Die Forderung der Seeleute hatte auf Lohnerhöhung von 50% gelautet, nachdem die Heuer drei Jahre lang überhaupt nicht erhöht worden war. Die Besatzungen der bestreikten Schiffe der halbstaatlichen Reederei „Flota Mercante Gran Columbia“ blieben nach Auskunft der ÖTV weiter im Ausstand, obwohl ihnen nach kolumbianischem Recht zwischen 30 und 180 Tagen Haft drohen. Möglicherweise nimmt auch die Besatzung in Hamburg den Streik wieder auf.

Demonstration des „Schwarzen Blocks“

Nicht faßbar, aber vorhanden ist die von der Bundesanwaltschaft aus der Taufe gehobene terroristische Vereinigung „Schwarzer Block“. 1200 Menschen demonstrierten am 1.8. gegen die Räumung eines besetzten Bundesbahnausbesserungswerks in Frankfurt-Nied und die Festnahme von sechs Besetzern unter dem Verdacht der Mitgliedschaft im „Schwarzen Block“. Grüne, Jusos, Falken, SDAJ, UniASTA, Häuserrat und Sponti hatten sich unter der plakativen Parole „Wer ist der schwarze Block?“ zusammengetan, um zu zeigen, daß er nichts weniger ist als der demonstrative Ausdruck der demokratischen Bewegung gegen die sich zunehmend verschlechternden Lebensbedingungen in Frankfurt.



Mit Tausenden von Benzinbomben griffen irische Demonstranten in Belfast und anderen nordirischen Städten britische Armee und Polizei an, als letzten Samstag Thomas McElwee als neunter Gefangener im Hungerstreik gegen die Entrechtung der politischen Gefangenen gestorben war. Die Armee erschoß einen 19jährigen Jungen in Belfast, ein 40jähriger starb nach einem Plastikgeschoß-Einsatz. Seit Ostern haben Armee und Polizei sechs Menschen mit dem Einsatz von Plastikmunition umgebracht. – Acht Bombenanschläge führte die IRA am letzten Mittwoch in ganz Nordirland durch, dabei wurden britische Banken, Hotels und die Eisenbahnlinie Belfast-Dublin schwer beschädigt. Zwei Polizisten wurden von IRA-Leuten in Derry angeschossen.

Baden-Württemberg

Wirkung intensiver Arbeit auf die Sterblichkeit

„Die Lebenserwartung hat seit 1969/71 ständig zugenommen: bei den Knaben von 67,25 auf 69,00 Jahre, d.h. um 21 Monate, bei den Mädchen von 73,56 auf 75,64 Jahre, d.h. um 25 Monate“, schreibt das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 1980.

Diese Tatsache scheint der millionenfachen Erfahrung gestiegener Arbeitsintensität zu widersprechen, die sich ja auch in sinkender Lebenserwartung niederschlagen müßte. Die Vermutung liegt daher nahe, daß sich zumindest in den Zentren der Ausbeutung eine deutlich höhere Sterblichkeit als im Durchschnitt nachweisen läßt.

Bei der Überprüfung dieser These am Beispiel Baden-Württembergs stößt man auf das folgende Ergebnis (vgl. *Schaubild 01*): Während die Sterberaten Mannheims in fast allen Altersklassen deutlich über den Landeswerten liegen, liegt Stuttgart – wenn auch weniger deutlich – darunter. Andererseits gleichen sich beide Kurven in ihrem Verlauf auffällig: einem Absinken der Sterblichkeit – immer im Verhältnis zum Land – bis ca. 20 Jahre folgt ein Anstieg von 55 Jahren und sodann ein langsames Absinken bis ins höchste Alter. Es scheinen also die Lebensbedingungen der Arbeiterbevölkerung weniger im *absoluten Niveau*, als vielmehr in der *Form* der Sterbekurve ihren Ausdruck zu finden.

Zur Erläuterung haben wir in *Schaubild 02* die jährlichen Sterberaten in der BRD in Abhängigkeit vom Alter

dargestellt (durchgezogene Linie). Ab etwa 30 Jahren, wenn die „natürlichen Todesursachen“ über Unfälle und Selbstmorde das Übergewicht gewinnen, hat diese Kurve annähernd exponentielle Form; d.h. die Zunahme des körperlichen Verschleisses – eine gegebene Intensität der Arbeit vorausgesetzt – ist immer proportional zum vorhandenen Verschleiß. Wäre die Anstrengung des Körpers für alle Individuen der Gesellschaft die gleiche und über die gesamte Lebensdauer konstant, so würde die Sterberate jedes Jahr mit einem bestimmten Steigerungsfaktor multipliziert. Da diese Voraussetzungen in Wirklichkeit nicht erfüllt sind, zeigen die empirisch gefundenen Steigerungsfaktoren die in der gestrichelten Kurve dargestellte Entwicklung.

Das entscheidende Ergebnis dieser Betrachtung ist das folgende: stärkerer körperlicher Verschleiß, z.B. durch hohe Intensität der Arbeit, drückt sich nicht unmittelbar in höheren Sterberaten, sondern in stärkerem Anstieg der Sterblichkeit aus. Betrachtet man die Kurven von Stuttgart und Mannheim unter diesem Aspekt, so zeigt sich, daß tatsächlich in beiden Städten im Alter zwischen 20 und etwa 50 Jahren die Zunahme der Sterblichkeit weit über dem Landesdurchschnitt liegt: In Mannheim steigen die Sterberaten dieser Periode von 80% der Landeswerte auf 120%, die Steigerung ist also um 50% höher als im Landesdurchschnitt,

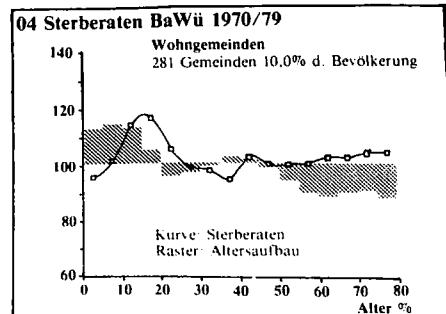
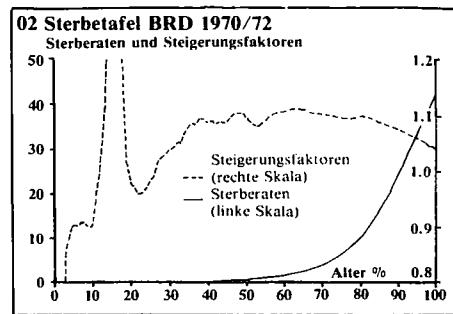
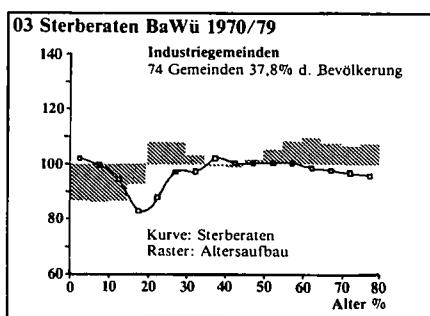
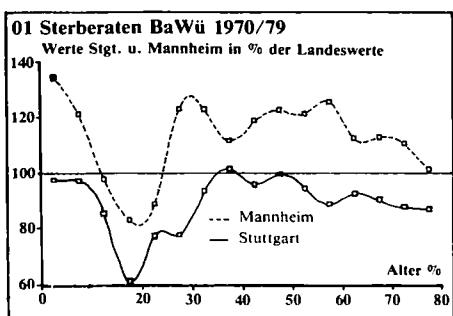
in Stuttgart von 60% auf 100% (+66%).

Um das scheinbare Abflachen der Kurve ab 50 Jahre zu erklären, muß man die Wanderungsbewegung berücksichtigen. Sowieso dürften die meisten Ausländer (in Stuttgart z.B. über 40% der Arbeiter) in ihrer Heimat sterben. Aber auch von den deutschen Arbeitern zieht ein Großteil in die Randgemeinden der Industriestädte und bestimmt die dortigen Sterberaten. In den *Schaubildern 03 und 04* sind die „Industriegemeinden“ den „Wohngemeinden“ gegenübergestellt. Während die Sterberaten der Industriezentren den gleichen Verlauf aufweisen wie Mannheim und Stuttgart, zeigen die Wohngemeinden eine fast spiegelbildliche Entwicklung: In der Altersklasse 30-35 Jahre, ab der die Sterberaten der Industriezentren erst zu stagnieren, dann relativ zu sinken beginnen, steigen die der Randgemeinden deutlich an.

Niedersachsen Minister Cassens gegen wiss. Mitarbeiter

Braunschweig. „Wissenschaftliche Mitarbeiter, die ... in einem befristeten Angestelltenverhältnis eingestellt werden sollen, das zugleich die wissenschaftliche Weiterqualifikation ermöglicht, werden künftig nur noch mit höchstens 28 Stunden in einem Teilzeitarbeitsverhältnis wöchentlich beschäftigt. Ab sofort dürfen freie und frei werdende Stellen wissenschaftlicher Assistenten, die ... in Stellen der Verggr. IIa BAT (zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) umzuwandeln sind ... nicht besetzt werden ...“, so in einem Fernschreiben des neuen Niedersächsischen Ministers für Wissenschaft und Kunst (MWK) Cassens (CDU) vom 19.6.81 an die niedersächsischen Hochschulen. Bisher haben die wissenschaftlichen Mitarbeiter 40-Stundenverträge. Statt 20 sollen ihnen jetzt nur noch acht Stunden zur wissenschaftlichen Weiterqualifikation bleiben, „... sofern dadurch die Erfüllung der Dienstaufgaben ... nicht beeinträchtigt wird.“ Das bedeutet, daß die in vielen Fachbereichen üblichen Doktorarbeiten nicht mehr bezahlt werden, obwohl die Forschungsergebnisse der Hochschule zugute kommen. Faktisch eine Lohnkürzung um 30%.

Insgesamt sollen so bei ca. 500 in nächster Zeit von diesem Erlaß betroffenen Stellen (auslaufende Zeitverträge) 10 Mio. DM eingespart werden. Dieser mit weiteren, notwendigen Sparmaßnahmen begründete Erlaß des MWK reiht sich nahtlos in die Politik



der Umwälzung der Personalstruktur an den Hochschulen durch die CDU-Landesregierung seit Verabschiedung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) am 1.6.1978 ein. Um die Ordinarien-Universität (die Professoren haben in allen Selbstverwaltungsgremien der Hochschulen die absolute Mehrheit) zu stärken und den sog. akademischen Mittelbau fügsamer und flexibler zu gestalten, wurden mehr Stellen auf Zeit geschaffen, z.B. Akademische Räte auf Zeit, die es vorher gar nicht gegeben hat. Der Anteil aus sog. Drittmitteln (Aufträge der Industrie etc.) bezahlten wissenschaftlichen Mitarbeiter nimmt ständig zu.

Mit der 2. NHG-Novelle, die im letzten Monat im nds. Landtag verabschiedet wurde, sind die wissenschaftlichen Mitarbeiter aus der Mitbestimmung der Personalräte durch eine Änderung des Nds. Personalvertretungsgesetzes vollständig ausgenommen worden.

Am 9.7. wurde in Braunschweig eine Demonstration mit 600 Teilnehmern, unterstützt vom AStA der Technischen Universität (TU) Braunschweig, gegen den Erlaß zur am gleichen Tage stattfindenden Konzilssitzung durchgeführt. Die Konzile (höchstes Selbstverwaltungsgremium der Hochschule) der TU Braunschweig sowie der Universitäten Göttingen und Hannover haben in einstimmigen Beschlüssen gegen den Erlaß protestiert, ebenso die Nds. Assistentenkonferenz und Versammlungen der wissenschaftlichen Mitarbeiter an allen Hochschulen in Niedersachsen. Die Bezirksverwaltung der ÖTV Niedersachsen hat Minister Cassens in einem Offenen Brief zur sofortigen Rücknahme des Erlasses aufgefordert. Eine Antwort steht aus.

Tankerunfall Billigflaggen müssen verboten werden!

Hamburg. Nach dem Unfall der „Afran Zenith“, einem in Liberia registrierten Tanker einer US-Reederei, bei dem auf der Elbe etwa 400 Tonnen Rohöl ausgelaufen waren, wird versucht, die Billigflagge aus der Schußrichtung zu nehmen. „Die Patente sind in Ordnung“, „die 24 Seeleute sind ausreichend“, „das hätte auch einem deutschen Tanker passieren können“, so rauscht es im Hamburger Blätterwald. Die Deutsche Shell, Empfänger des Öls, „warnte davor, nach dem Unfall die Schiffe unter Billigflagge zu verteufeln“ („Welt“, 27.7.).

Eine englische Untersuchung weist nach, daß Liberia, Panama, Zypern und Griechenland 1979 ein Drittel der Welthandelsflotte registriert haben, je-



Die Reinigungsarbeiten an der Elbe werden wochenlang dauern.

doch mit drei Viertel an der als Folge von Feuer, Kollision oder Strandung verlorengegangenen Tonnage beteiligt waren.

Selbst technisch einwandfreie Schiffe stellen bei einer unzureichend ausgebildeten Besatzung eine große Gefahrenquelle dar. Die Reeder bringen ihre Schiffe unter die billige Flagge, weil das Billigflaggenland weder die Macht noch den Verwaltungsapparat hat, die Schiffe zu kontrollieren.

Die Reeder bestimmen so über die Sicherheitsmaßnahmen und über die Löhne, Arbeitsbedingungen und Ausbildung. Und da ist das billigste Menschenmaterial gerade gut genug und der niedrigste Sicherheitsstandard, mit dem man durch eventuelle Kontrollen in fremden Häfen durchkommt.

Hätte die „Afran Zenith“ die ab 1983 vorgeschriebenen Sicherheitsmittel bereits gehabt, so wäre der Unfall nicht passiert. Ab 1983 ist für Tanker ab 10000 BRT vorgeschrieben u.a.: Zweites Ruder- und Fernsteuerungssystem sowie für Notfälle eine unabhängige Energiequelle. Die Ölkonzerne steigern lieber über Billigtransporte ihre Profite, anstatt die Sicherheitsauflagen vorfristig zu erfüllen. Eine Reaktion auf den vorhandenen Zorn ist, wenn die SPD-Bürgerschaftsfaktion vom Senat und der Bundesregierung fordert, „daß die Mineralölfirmen, die von den Niedrigpreisen der Billigflaggen profitieren, direkt am Schadensrisiko zu beteiligen sind“.

Die Länder der Dritten Welt haben auf der UNCTAD-Konferenz die Schließung der Offenen Register gefordert im Kampf gegen die Billigflaggen und als Schritt zur Herausbildung einer jeweiligen nationalen Flotte. Die ÖTV unterstützt das und ist gleichzeitig gegen das Zurückflaggen in die Länder, „wo der nutznießende Eigentümer sitzt“, weil das dazu führen würde, „daß die westlichen Industrienationen nach Angaben der UNCTAD 85,6% des Welthandels kontrollieren wür-

den“, jedoch nur 54,9% des Ladungsaufkommens beisteuern. Die Länder der Dritten Welt haben 38,9% des Welt-Ladungsaufkommens und transportieren jedoch nur 6,2% mit eigenen Schiffen. Die Schließung der Offenen Register würde es den Kapitalisten unmöglich machen, völlig rechtlose Seeleute brutal auszubeuten und würde die Meere und Wasserwege sicherer machen.

Landgericht Traunstein Zollbeamte aus Kiefersfelden abgeurteilt

Traunstein. Ende Juli hat die Zweite Strafkammer beim Landgericht Traunstein einen weiteren vorläufigen „Schlußstrich unter die größte Korruptionsaffäre der bayerischen Nachkriegsgeschichte“ gezogen. Im Kernprozeß wurden sechs Zollbeamte zu Haftstrafen zwischen 15 und 26 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Damit ist auch klar, daß alle sechs aus dem Beamtenverhältnis entlassen werden – da die Haftstrafe mehr als zwölf Monate beträgt.

In drei früheren Verfahren wurden bereits neun Zivilangestellte und vier Zollbeamte zu Bewährungsstrafen verurteilt, ein weiterer Prozeß gegen sieben Beamte des Zollamtes Kiefersfelden steht an.

Die Anklagepunkte lauten im wesentlichen: Korruption, Urkundenfälschung und Untreue – für bevorzugte Abfertigung sollen Beträge zwischen zwei und zehn Mark kassiert, Kfz-Steuern nicht an die Staatskasse abgeliefert, Laufzettel an Speditionsangestellte verkauft und Treibstoffausweise mit falschen Mengenangaben abgestempelt worden sein. Nachgewiesen werden konnte lediglich in vier Fällen Steuerhinterziehung und bei allen sechs Angeklagten „Bestechlichkeit“.

Der Zeuge H., in einem anderen Verfahren bereits zu sechs Jahren Haft wegen Schnapschmuggel verurteilt: „In Kiefersfelden herrschte ein Saustoff. Die Vorgesetzten wollten sich nur auf unsere Kosten profilieren. Die einfachen Beamten, zu denen ich auch unsere Schicht zähle, standen im ständigen Streß. Wichtig war nur, daß die Abwicklung im Lastverkehr zügig voranging und sich keine längeren Staus bildeten. Daß man nicht die nötige Sorgfalt walten ließ, ist nur verständlich. Gab es zudem auch von den Fernfahrern für diese zügige Abwicklung Geld, war uns das nur recht. Wir haben es aber nicht direkt darauf abgesehen.“

Der neue Zollamtsleiter bestätigt: „Innerhalb von zehn Jahren verzehn-

fachte sich das LKW-Aufkommen am Grenzübergang, ohne daß die Zahl der Beamten entsprechend erhöht wurde. Bei einer Abfertigung sind rund zwölf Arbeitsgänge zu verrichten. Klar, daß nicht immer mit der notwendigen Sorgfalt gearbeitet werden konnte.“

1978 fertigten 60 Grenzschutzbeamte in Kiefersfelden rund 20 Mio. Reisende, 6 Mio. Fahrzeuge und rund 750000 LKWs ab, alle zwei Minuten verlassen drei abgefertigte LKWs den Grenzübergang. Vorgabezeiten – z.B. bei einem Milchwagen eine Stunde – konnten nicht eingehalten werden. Nur so waren Staus zu vermeiden. Die Abfertigungsgeschäfte werden nach einem vereinfachten Verfahren direkt an Ort und Stelle erledigt. Es wird rund um die Uhr gearbeitet, am Samstag bis 18

Uhr, so daß der Warenfluß der Kapitalisten möglichst nicht ins Stocken gerät. Am Brenner (Italien) wird die Einfuhr lediglich an der Grenze erfaßt und auf Zollstationen im Landesinneren in Tagschicht abgefertigt.

Neubauer vom Bayerischen Staatsministerium hat gerade zum Zeitpunkt des Prozesses dem Landtag einen Bericht vorgelegt: „Überlegungen, die Ein- und Ausreisekontrollen zu beschleunigen und den Einsatz der Beamten so rationell wie möglich zu gestalten“. Der Grenzübergang soll weiter ausgebaut werden. Das vom Landgericht Traunstein gefällte Urteil liefert zudem die nötige Munition, um verschärzte Arbeitsbedingungen gegen die Beschäftigten durchzusetzen.

Tag arbeiten müssen. Den Rest ihres Lohns behält die EVA für Miete und „Rücklagen“ ein. Lohnzettel gibt es nicht, Zinsen auf die „Rücklagen“ auch nicht. Wer länger als vier Wochen krank ist, wird gefeuert. Wer aus diesem oder anderen Gründen gekündigt wurde, verliert damit zugleich seinen Schlafplatz, da die EVA in vielen Heimen Belegungsrecht für eine bestimmte Anzahl Betten hat. 200 Arbeitsplätze stellt sie auf diese Weise „zur Verfügung“.

Mit dem Berber-Kongreß wollen die Obdachlosen sich gegen solche Zumutungen wehren. Die täglichen Schikanen auf dem Sozialamt, die Bevormundung durch Sozialarbeiter und Polizeiwillkür in der Berber-Szene sollen dort enthüllt werden. Als Beobachter haben zugesagt: Süddeutscher Rundfunk, Fernsehen, Stuttgarter Zeitung und andere regionale Zeitungen.

Die Berber haben einen weiteren Grund, ihren Kongreß in Stuttgart – unter freiem Himmel – durchzuführen. Dort wird sich der Gemeinderat bald mit einer Vorlage befassen, in der es heißt: „Sozialhilfe an Personen mit besonderen Schwierigkeiten, die im Biwak, im Obdachlosenasyl, in der Notunterkunft oder im Wohnheim wohnen, soll grundsätzlich als Sachleistung gewährt werden ... Den Nichtseßhaften soll Gelegenheit gegeben werden zu gemeinnütziger Arbeit“. Also Zwangsarbeit für ein Taschengeld und einmal Erbsensuppe. Per Beschuß vom 25.6. holte sich der Gemeinderat einen Teil der Sozialhilfe durch die Erhöhung der Übernachtungsgebühren und Essenspreise in zwei Wohnheimen zurück.

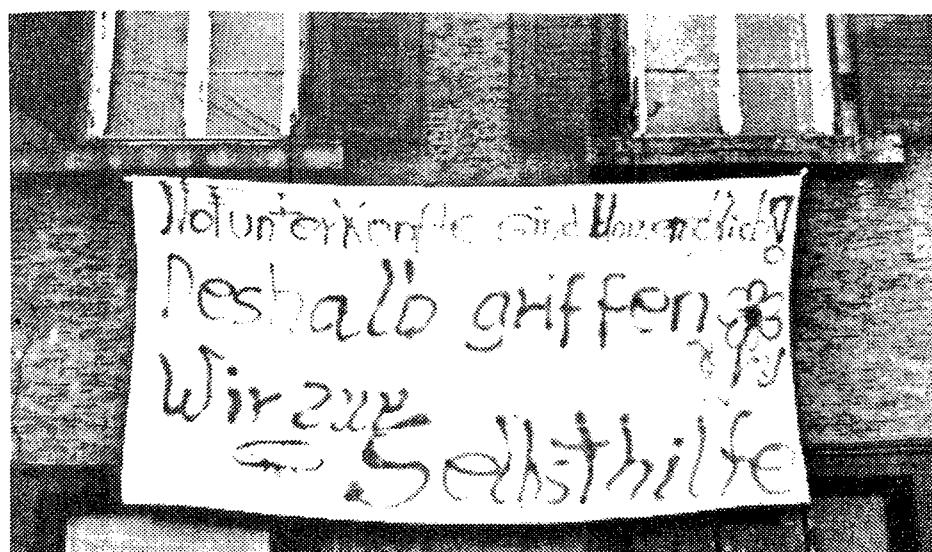
Obdachlose

Stuttgarter Stadtverwaltung gegen Obdachlosenkongreß

Stuttgart. „Notfalls mit Verbot“ will OB Rommel gegen den von der Berber-Initiative vorbereiteten Kongreß der Berber (Nichtseßhafte oder Wohnsitzlose im Amtsdeutsch) vorgehen. Die Veranstalter wollten nur Spektakel machen und benützten die Wohnsitzlosen als „nützliche Idioten.“

„Der Berber-Kongreß soll offenbar das System der sozialen Sicherheit für Wohnsitzlose in der Stadt Stuttgart mutwillig auf den Prüfstand stellen“, erklärte OB Rommel im Amtsblatt. Wie dieses „System“ in Stuttgart aussieht, schreiben die Berber in ihrer gleichnamigen Zeitung: Zunächst stehen jedem von ihnen nach dem Bun-

dessozialhilfegesetz 13 DM täglich zu, außerdem nach §72, Abs. 2 Hilfen bei der „Beschaffung und Erhaltung einer Wohnung“. In vielen Städten wird ihnen beides verweigert, in Stuttgart nicht. Dort gibt es 292 Wohnheim-Plätze (6-Bett-Zimmer) und ca. 1 400 Schlafplätze in Notunterkünften, Gaststätten oder Hotels. Um einen Platz zu bekommen, werden die Berber oft unter Druck gesetzt, in der „Büchse“ zu arbeiten. So wird die Arbeitsfürsorge der Evangelischen Gesellschaft (EVA) genannt. Die Arbeitsfürsorge vermittelt die Berber an Betriebe, an die Stadt oder die Wilhelma (Zoo), wo sie 8 Stunden für ca. 20 DM pro



Im Februar besetzten Berber ein von der „Ambulanten Hilfe“ gekauftes Haus und forderten Mietverträge und Selbstverwaltung.

Niedersachsen ÖTV: „Sozial-politischer Skandal“

Hannover. Im Dezember 1979 zogen die Stationen 3, 4 und 5 (Allgemeinstationen) des Nordstadtkrankenhauses aus dem renovierungsbedürftigen sogenannten Infektionshaus in ein ehemaliges Schwesternhaus – ohne Fahrstuhl, außerhalb des Klinikgeländes – mit der festen Zusage, daß alle drei Stationen nach Abschluß der Renovierungsarbeiten wieder zurückverlegt werden.

Als einen „sozialpolitischen Skandal“ bezeichnet die ÖTV die jetzt von der Krankenhausverwaltung getroffene Entscheidung, nur die Stationen drei und vier zurückzuverlegen, die Station fünf in dem Provisorium Schwesternhaus zu belassen und die dritte renovierte Station mit Privatpatienten zu belegen.

Diese Bezeichnung der ÖTV betrachtet der Vorsitzende des Gesund-

heitsausschusses der Stadt, CDU-Rats-herr Dr. König, Kandidat für die nächste Oberbürgermeisterwahl in Hannover und ehemaliger Betriebsarzt bei Conti, als den Versuch, „mit ideologischen Aussagen Angriffe auf den Staat zu starten“.

Der Gesundheitsdezernent der Stadt Klaus Beste weist die Kritik der ÖTV, „hier solle eine Privatstation auf Kosten von Kassenpatienten saniert werden“, zurück und spricht von Sach-zwängen.

Der Leiter des Amts für Krankenanstalten Eichsleider ist da schon offener. Auf den Vorschlag der Gewerkschaft ÖTV, die Privatpatienten doch in das Schwesternhaus zu verlegen, antwortete er, man müsse Privatpatienten, die pro Tag „um mehr als 80 DM“ zusätzlich zahlten, auch annehmbare Räume bieten.

Die Empörung der ÖTV und der Beschäftigten ist heftig, weil von beiden seit mehreren Jahren die Zustände im

Krankenhaus angeprangert werden. In einem Schreiben der ÖTV an die zuständigen Politiker werden diese aufgefordert, sofort eine Entscheidung im Interesse der Patienten und der Beschäftigten zu treffen.

Die Aussparung der Fragen, wer das Gesundheitswesen finanziert, als auch zur Selbstverwaltung der Versicherungskassen, hat den Politikern auf der Podiumsdiskussion in der Aktionswoche „Humanes Krankenhaus“ der ÖTV im Juni Raum zur Spaltung, durch die Gegenüberstellung der Forderungen der Beschäftigten, z.B. nach mehr Stellen, und der Bezahlung dieser Forderungen durch die Versicherungsmitglieder, gelassen.

Auf der anstehenden Podiumsdiskussion mit Kommunalpolitikern vor den Kommunalwahlen im September 1981 kann die jetzige Auseinandersetzung praktisch zur Aufwerfung dieser Fragen genutzt werden.

nicht zerschlagen werden.

Einen Tag vor einer Pressekonferenz im Zusammenhang mit der Mißhandlung der beiden Gefangenen wurde Helga Rosenbaum, die Vorsitzende der GMV war, am 12. Oktober 1980, einem Sonntag, gewaltsam in eine andere Anstalt abtransportiert. Zwei Wochen später, am 28. Oktober, teilte das Niedersächsische Justizministerium mit, daß die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen über die Vorkommisse Ende Juli in der JVA Vechta/Frauen eingestellt worden seien. U.a. hat der befaßte Staatsanwalt festgestellt, die oben beschriebene Fesselung sei „schulmäßig“, und Schläge ins Gesicht seien die natürliche Therapie bei Schreikrampf.

Die Vorsitzende der GMV Helga Rosenbaum ist seit dem 15. Oktober 1980 in Isolationshaft in der JVA Hannover, Transportabteilung Frauen, inhaftiert. Ihr Anwalt H. Plähn aus Hannover verlangte gerichtlichen Entscheid 1. gegen die unrechtmäßige Verlegung aus der JVA Vechta, 2. gegen den rechtswidrigen Vollzug unter Isolationshaftbedingungen in der JVA Hannover und 3. gegen Absetzung der GMV, Wahlmanipulation und Verstoß gegen die Satzung der GMV. In erster Instanz ergingen Gerichtsbeschlüsse in allen drei Angelegenheiten gegen Helga Rosenbaum. In der Beschwerdeinstanz mußte das OLG Celle alle drei Gerichtsbeschlüsse jetzt aufheben.

Am 25. März 1981 hat das OLG Celle das Urteil des Amtsgerichts Vechta vom 12. Februar 1981 zur „rechtmäßigen“ Verlegung aus der JVA Vechta aufgehoben. Das erstinstanzliche Urteil stützte sich auf Erklärungen des Anstaltsleiters und auch auf Erklärungen von Mitgefängenen, die das Gericht als Tatsachen würdigte. Weder Helga Rosenbaum noch ihr Anwalt erhielten Einsicht in diese Erklärungen. Eine Stellungnahme zu diesen Erklärungen war damit ausgeschlossen, so daß das OLG Celle ausdrücklich feststellen mußte: „Bei der neuen Entscheidung wird die Strafvollstreckungskammer darauf zu achten haben, daß nur solche Tatsachen und Umstände verwertet werden, zu denen die Antragstellerin sich vorher erklären konnte“. Obwohl das erstinstanzliche Urteil seit Ende März aufgehoben ist und die Sache zur neuen Verhandlung ansteht, hat der Anwalt Helga Rosenbaums nach Anmahnung erst jetzt teilweise Akteureinsicht in die Erklärungen erhalten.

Am 30. April 1981 hat das OLG Celle das Urteil des Landgerichts Hannover vom 19. Februar 1981 zum „rechtmäßigen“ Vollzug in der JVA Hannover – Transportabteilung Frauen – aufgehoben. Das erstinstanzliche Urteil befaßte sich erst gar nicht mit dem

Gefängnis

Drei Urteile gegen Helga Rosenbaum in Beschwerdeinstanz aufgehoben

Ende Juli 1980 protestierten die Gefangenen der JVA Vechta gemeinsam gegen die brutale Absonderungshaft zweier gefangener Frauen. Die beiden Frauen waren u.a. an Händen und Füßen gefesselt worden, und Hand- und Fußfesseln waren durch eine weitere Fessel im Rücken zusammengeschchnürt worden. Bewegungsloses und blutabschnürendes Festschnallen auf einem Bett, Schläge ins Gesicht der Gefesselten, gewaltsame Entkleidung unter Mithilfe männlicher Bediensteter, keine Abnahme der Fesseln zur Verrichtung der Notdurft, sondern Windeln zwischen die Beine, Verweigerung eines ärztlichen Attests nach diesen Mißhandlungen veranlaßten die Gefange-

nenmitverantwortung (GMV), in einer Resolution gegenüber der Anstaltsleitung zu protestieren, eine unabhängige Untersuchung zu fordern, die Öffentlichkeit zu informieren und solche Verbesserungen der Haftbedingungen zu fordern, die eine derartige Mißhandlung von inhaftierten Frauen verbieten. Presse, Rundfunk und Fernsehen mußten z.T. wochenlang und ausführlich darüber berichten. Trotz massiven Drucks auf die gefangenen Frauen, z.B. wochenlange Streichung der „offenen Tür“, Absetzung der Gefangenensprecher und Wahlmanipulation bei den sogenannten Neuwahlen von Gefangenensprechern, konnte der Zusammenhalt der gefangenen Frauen



Justizvollzugsanstalt für Frauen in Vechta

JVA Vechta: Frauenstrafvollzug in Niedersachsen

Zellen

Die Größe eines Haftraumes beträgt ca. 8,9 qm. Bei Einzelbelegung bleiben einer Frau 5 qm, sonst nur 3 qm. Der Raum ist durch Einrichtungen zerstückelt, die alt und z.T. verrottet sind. Der Rauminhalt beträgt etwa 27,6 m³. Die Einrichtung abgezogen, beträgt er pro Frau 12,5 m³. Nach früheren, durch das Strafvollzugsgesetz abgeschafften Bestimmungen sollten mindestens 16 m³ Luftraum vorhanden sein. Sarkastisch bezeichnete der Niedersächsische Justizminister Schwind am 13.10. 1980 auf einer Pressekonferenz diese Löcher als "Puppenstuben".

Arbeit

Näharbeiten für ca. 25 Frauen; ca. 10 Frauen stanzen für die Autoindustrie Gummiteile; maximal 15 Freigängerinnen; der Rest, ca. 50 Frauen, macht Sortier- und Faltarbeiten oder arbeitet in der Wasch- oder Schälküche der Anstalt. Hausarbeit rundet die Möglichkeiten ab. Es „sind bauliche Verbesserungen ... vorgesehen. U.a. ... größere Arbeitsräume, die auch noch die Durchführung qualifizierter Arbeit zulassen.“ (Anstaltsleitung, AL)

Besuch

Sonderbesuche nur bei außergewöhnlichen Problemen. Allgemeine Familienprobleme sind Folgen des Vollzugs und kein Grund für die Gewährung von Sonderbesuchen. (AL)

Bezahlung

Tagesverdienst im Durchschnitt 5,25 DM, aufgesplittet in ca. 8 Lohngruppen.

Freizeit

Einmal in der Woche Schwimmen, wenn die zuständige Beamtin nicht im Urlaub ist; ca. 5,5 Std. offene Tür und 7,5 Std. Zusammenschluß mit

anderen Gefangenen in der Woche; an bestimmten Tagen Fernsehen, Bißelstunde, Handarbeiten, Kosmetik und Tanzabend – alles natürlich abhängig vom Wohlverhalten.

Gesundheit

Wenn eine Frau krank ist, hat sie aus „Gründen der Gesundheitsfürsorge keine Freizeit“ (AL). Im Klartext: Isolation auf der Zelle.

Kontakte

Daß Gefangene mit ihren Angehörigen telefonieren, ist die Ausnahme. Der Weg des Kontaktes ist der Schriftverkehr! (AL). Briefkontrolle besteht nach dem Strafvollzugsgesetz.

Der Frauenvollzug in Vechta ist normaler Strafvollzug, nur eben doch etwas anders: „Die Besonderheit der weiblichen Kriminalität, die Rolle der Frau in der Gesellschaft und die Notwendigkeit, Frauen auf ihr künftiges Dasein vorzubereiten, bedingen allerdings eine Reihe von Abweichungen in Bezug auf die Organisation der Anstalt und die Behandlung der Bewohnerinnen“, (Justizminister Schwind, Hrsg., Strafvollzug in der Praxis, 1976, S. 88).

Eine solche Besonderheit in Vechta sind die Kinder von Frauen. Sie können dort gleich mit in ein Kindergefängnis gesperrt werden: Mutter-Kind-Station nennt sich das.

In Schwinds Buch steht zu lesen: „Die kleinen Frauenanstalten mit ihrer höchst behandlungsbedürftigen Klientel (haben) Pionierfunktion für Behandlungsmethoden...“. Welche Methoden, das kam im Juli 1980 ans Licht: Schläge, Fesselungen und Isolation. Das ist notwendig, denn „insbesondere (unter) inhaftierten Frauen scheint der Prozentsatz von abnormen Persönlichkeiten besonders groß zu sein“. (Schwind a.a.O.)

Vollzug unter Isolationshaftbedingungen, sondern bemängelte, daß kein Verwaltungsvorverfahren durchgeführt worden sei. Das OLG Celle mußte dazu feststellen: „Die angefochtene Entscheidung kann schon deshalb keinen Bestand haben, weil sie mit dieser Begründung einer *Rechtsverweigerung* gleichkommt.“ Obwohl das erinstanzliche Urteil seit Ende April aufgehoben ist, hat das zuständige Gericht erst am 29. Juli eine Ortsbesichtigung in der JVA Hannover durchgeführt, um die Haftbedingungen zu prüfen.

Am 15. Juni 1981 hat das OLG Celle das Urteil des Amtsgerichts Vechta vom 27. März 1981 zur Abwahl und

setzung der GMV-Mitglieder, die die Protestresolution einstimmig verabschiedet hatten, b) über die Nichtigkeit der Abwahl Helga Rosenbaums als Gruppensprecherin und c) über die Verletzung bzw. Nichtachtung der geltenden Satzung der GMV. Zu letzterem stellt das OLG Celle ausdrücklich fest: „Eine derartige „Satzung“ ist nämlich nicht unverbindlich ... Es handelt sich um eine Verwaltungsvorschrift, mit der der Anstaltsleiter sich für die Ausübung des ihm zustehenden Ermessens gewissen Regeln unterwirft, an die er sich selbst bindet, solange diese Regeln bestehen“. Ein neuer Verhandlungstermin ist allerdings nicht in Sicht.

Die Aufhebung der Urteile bedeutet nicht, daß den Beschwerden wirklich nachgegeben wird. Die Justiz wird versuchen, die erforderlichen neuen gerichtlichen Verhandlungen über den Zeitpunkt der Haftentlassung Helga Rosenbaums hinauszögern. Mangels eines „schutzwürdigen Rechtsbedürfnisses“ wird es dann keine neuen Verhandlungen geben, eine endgültige gerichtliche Entscheidung darüber, ob die Absetzung der GMV in der JVA Vechta, die Verlegung H. Rosenbaums in die JVA Hannover und ihre dortige Inhaftierung unter Isolationshaftbedingungen rechtswidrig waren, soll verhindert werden.

NRW

Neue CDU-Initiative gegen Gesamtschule

Essen. Am 16.7. ist im Landtag NRW gegen die Stimmen der CDU der Gesetzentwurf der Landesregierung „Zur Änderung des Schulverwaltungsgesetzes“ verabschiedet worden, mit dem die Gesamtschulen nach 12 Jahren aus dem Versuchsstadium entlassen und als „gleichberechtigte Angebotsschule neben das dreigliedrige Schulsystem“ gestellt werden. Das Gesetz ist am 1.8. in Kraft getreten. Durch den SPD-Gesetzentwurf, der 1. eine Bestandsgarantie für Realschulen und Gymnasien enthält, 2. die Sekundarstufe II „in der Regel als gymnasiale Oberstufe“ vorsieht, 3. die Ganztagschulform keineswegs sichert, sondern unter bestimmten Voraussetzungen vorsieht, war es für die CDU ein Leichtes, grundsätzlich der Entlassung der Gesamtschulen aus dem Schulversuch zuzustimmen. Waren mit dem SPD-Gesetzentwurf wesentliche Ansätze einer einheitlichen und umfassenden Ausbildung bestätigt, blieb es gar nicht aus, daß die CDU zum weiteren Angriff blies.

Weil nach dem Gesetz die Verpflichtung, Hauptschulen zu errichten und fortzuführen, auch durch die Errich-

Absetzung der GMV sowie rechtswidriger Einflußnahme auf die Zusammensetzung der GMV aufgehoben. Das erinstanzliche Urteil stellte fest, daß die GMV keine eigenen Rechte besitzt, die sie gerichtlich geltend machen könnte, Art und Umfang der Mitverantwortung festzulegen, obliege dem Anstaltsleiter. Dem Anstaltsleiter wird in dem Urteil ausdrücklich bestätigt: „Daraus ergibt sich, daß fehlerhaftes Handeln der JVA in Bezug auf die GMV als solche gerichtlich nicht nachprüfbar ist.“ Das OLG Celle mußte in seinem Entscheid zugestehen, daß über alle drei vorgetragenen Punkte neu verhandelt werden muß: a) über die Ab-

tung einer Gesamtschule erfüllt ist, stimmte die CDU dagegen, weil schon damit der Fortbestand des dreigliedrigen Schulsystems gefährdet sei.

Über die strikte Trennung der Ausbildungsgänge hinaus beabsichtigt die CDU, die Ausbildung an den Hauptschulen zu verschlechtern. Kleine, einzügige Hauptschulen mit entsprechend reaktionären Lernzielen als Vorbereitung auf das Lohnarbeiterdasein. Die „spezifische Begabungsrichtung“ der Hauptschüler soll gefördert werden durch eine „Aktualisierung“ der Erziehungsziele „Erfurcht vor Gott, Achtung vor der Würde des Menschen, Bereitschaft zum sozialen Handeln“ und die Folgeziele „Duldsamkeit, Achtung vor der Überzeugung des anderen, Völkergemeinschaft, Friedensgesinnung“. Das sind die Vorschläge zur „Bestandssicherung“ der Hauptschule. Keineswegs Verbesserung der materiellen Bedingungen, sonst könnte die CDU auch nicht dagegen auftreten, daß der Hauptschulausbildungsgang in die „privilegierte“ Gesamtschule integriert wird. Diese „Privilegien“ abzbauen, ist erklärtes Ziel der CDU und mit dem Gesetz teilweise schon durchgesetzt, wie es auch erklärtes Ziel ist, die inhaltlichen Bestimmungen für die Hauptschulen in den Landtagsberatungen nach der Sommerpause durchzusetzen. Die Kompromißbereitschaft der SPD hat dazu günstige Bedingungen geschaffen – und die Reaktion formiert sich. In fast allen Städten an Rhein und Ruhr und auch in ländlichen Gebieten haben sich „Bürgeraktionen Schule“ gebildet, die schon das Volksbegehren gegen die kooperative Schule organisiert haben, um nach den Ferien die Errichtung neuer Gesamtschulen zu verhindern.

Schweinfurt Gegen „Schichtarbeit an der Schule“

Schweinfurt. „Wir protestieren auf allen Vieren, Schichtarbeit – Schweinerei, Rathenau ist nicht dabei.“ 3000 Schüler, Eltern und Lehrer des Walter-Rathenau-Gymnasiums (WRG), der Realschule und der Fachoberschule (FOS) demonstrierten am 21.7. in Schweinfurt gegen die räumlichen Verhältnisse an ihren Schulen. Mit „Unterricht im Freien“ wurde die Aktion am 23.7. von Schülern und Lehrern der FOS fortgesetzt. „Schulraumnot – im Sonderangebot“ hieß es auf einem Schild am Eingangstor zur FOS. Innerhalb weniger Tage hätten die Schüler 16000 Unterschriften zur Unterstützung ihrer Forderungen gesammelt.

Gefordert wurden die sofortige Bereitstellung von Unterrichtsräumen für WRG und FOS, Realisierung des Neubaus des WRG, zusätzliche Einstellung von sechs bis sieben Lehrern an der FOS. Ohne zusätzliche Räume drohten im WRG für bis zu 26 Klassen schichtweiser Unterricht an Vor- und Nachmittagen. Bereits heute sind die Schüler des WRG auf vier Gebäude aufge-



teilt und gibt es für die Kollegstufe Schichtunterricht. An der FOS wurde vielen Bewerbern wegen formaler Fehler die Aufnahme für das nächste Schuljahr verweigert.

Auf der Kundgebung vor dem Rathaus griff ein Schülersprecher den Schichtunterricht an, weil er die Belastung der Schüler erhöht, familiäre Schwierigkeiten und Transportprobleme aufwirft. Bei Nachmittagsunterricht bis 18 Uhr sind Schüler aus dem Landkreis wegen fehlender Busverbindungen oftmals gezwungen, bis zu 40 km nach Hause zu trampen. Dem Stadtrat warfen die Schüler vor, bewußt Schichtunterricht einzukalkulieren, bis sich die Schülerzahlen in einigen Jahren verringern. Ein Elternvertreter warf dem Stadtrat vor, seit fünf bis sechs Jahren herumzurenden und irgendwelche Pläne von einer Dienststelle zur anderen zu schicken. Vom Landkreis wurde gefordert, sich an der Finanzierung des Neubaus des WRG zu beteiligen, weil 60% der Schüler des WRG aus dem Landkreis stammen. OB Petzold (SPD) wurde mit Pfiffen empfangen und sagte die Erfüllung der Forderungen zu.

Am 28.7. mußte der Stadtrat einstimmig beschließen, der FOS zusätzlich sechs Räume zu geben und für das WRG über die Ferien im Schulhof der FOS ein in Raumzellenbauweise konstruiertes neues Schulgebäude mit 15 Klassenzimmern zu errichten. OB Petzold: Bereits Anfang Juli habe die Verwaltung gesucht, keineswegs habe sie sich dem Druck der Straße gebeugt.

Hessen

CDU spielt sich als Umweltschutzpartei auf

Frankfurt. Am 20. August wird sich der Umweltausschuß des hessischen Landtages wahrscheinlich mit dem sogenannten Kerosin-Unfall auf dem Rhein-Main-Flughafen befassen. Zwischen 2,5 und 4 Mio. Liter Flugbenzin sind aus dem unterirdischen Rohrleitungssystem auf dem Vorfeld ausgelaufen und versickert. Das Benzin schwimmt auf dem Grundwasser. 1,2 Mio. l Benzin sind bisher in 16 Abschöpfbrunnen abgepumpt worden. In etwa 2 km Entfernung befinden sich Brunnen zur Trinkwassergewinnung. Ein Liter Benzin kann Millionen Liter Wasser ungenießbar machen.

Das Rohrleitungssystem ist etwa 30 Jahre alt und korrodiert. Es gibt keine doppelwandigen Rohre, wodurch man ausgelaufenes Benzin feststellen könnte, noch gibt es bei der Anlage Meßgeräte, die Undichtigkeiten von mehreren Tausend Litern pro Tag feststellen. Schon 1977 waren größere Mengen Benzin ausgelaufen. Der jetzige „Unfall“ ist seit Dezember 1980 bekannt. Die Betriebsgesellschaft der Anlage und das Umweltministerium haben die Sache heruntergespielt. Im März 1981 berichtete die „Hessenschau“ noch einmal ausführlich. Weder von SPD, noch von CDU, noch von FDP war etwas zu hören.

Erst als die Grünen im Frankfurter Stadtparlament eine Debatte über das Frankfurter Trinkwasser erzwangen und dabei auch Maßnahmen gegen die Gefährdung des Trinkwassers durch das ausgelaufene Benzin auf dem Flughafen verlangten, begann sich die CDU als Umweltschutzpartei aufzuspielen. Eine Abgeordnetengruppe informierte sich mitten in den Ferien auf dem Flughafen. Danach Vorwürfe gegen das Umweltministerium, aber keine Forderung nach Einstellung des Betriebs der Anlage. Daraufhin macht sich das Umweltministerium stark und verlangt von der Betriebsgesellschaft die Erneuerung der Rohrleitungen, andernfalls würde die Anlage gesperrt, auch wenn das den Flugverkehr stark beeinträchtigen würde. Man weiß, wie das ausgeht: Auch der Hoechst AG wurde so gedroht; sie leitet weiter Salzsäure in großer Menge in den Main.

An sich muß die Debatte über die Gefährdung des Grundwassers den Betreibern des Ausbaus des Rhein-Main-Flughafens sehr ungelegen kommen, weil sie den Widerstand dagegen nur verstärken kann. Die Landesregierung hat die Räumung des Hütendorfes für „einen geeigneten Zeitpunkt“ angekündigt.

Wohnungsnot

Sanierungspläne für Kiels Innenstadt: Spekulationsprojekte. Wohnraum ist nicht vorgesehen

Kiel. 500 Leute demonstrierten am 1.8.81 in Kiels Innenstadt gegen Wohnungsnot und Häuserabriß unter der Parole: „Demonstranten besuchen Spekulanten“, nachdem kurz vorher ein Haus im Sanierungsgebiet I gegenüber vom Hauptbahnhof abgerissen worden war und die Reaktion den ideologischen Angriff vorbereitete, um ihre Sanierungspläne durchführen zu können. So ließ Innenminister Barschel von seinem Landhaus aus verbreiten, in Kiel gebe es keine Wohnungsnot, nur einige Engpässe. Für den Hausabriß stellte er 300 Landpolizisten bereit, ließ die besetzten Häuser an der Vorderseite (Sophienblatt) mit Hubschrauber observieren, setzte gegen die Demonstration 500 Polizisten ein, wovon 300 die besseren Wohnviertel abriegelten. Die SPD dagegen setzt auf Spaltung in friedliche und gewalttätige Hausbesetzer und hofft auf friedliche Räumung der Häuser.

Mit der Hausbesetzung im Oktober 80 und März 81 sowie dem jetzt geplanten Abriß aller Häuser am Sophienblatt hat sich die Auseinandersetzung um die Wohnungsbau- und Sa-

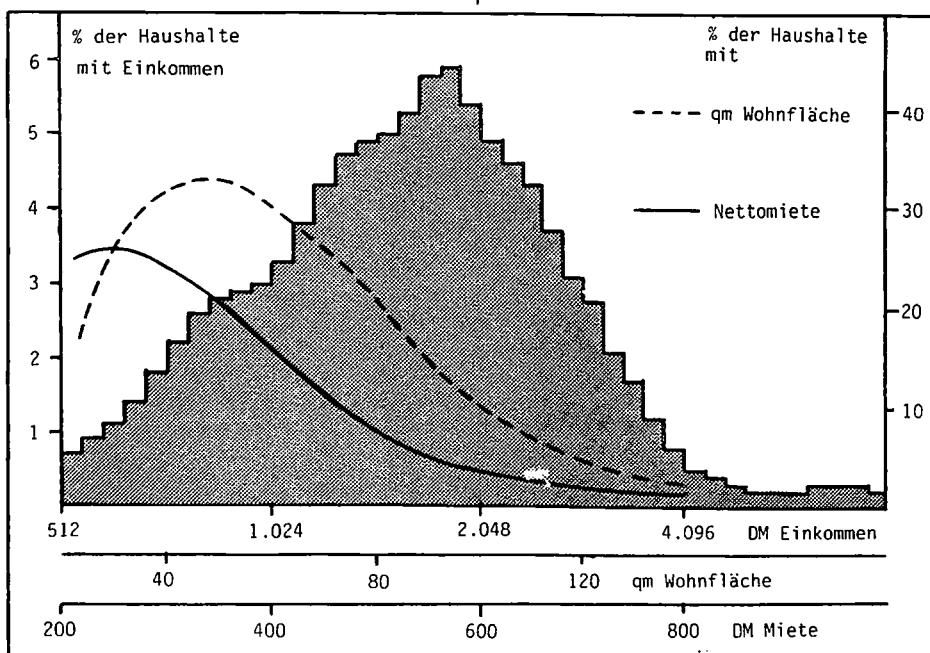
nierungspolitik der Stadt Kiel (SPD-Mehrheit, die CDU stellt u.a. den Wirtschaftsdezernenten) zugespielt.

Durch den Krieg wurden in Kiel 36000 Wohnungen zerstört, d.h. 44% des Vorkriegsbestandes, 32420 beschädigt. Nach dem Krieg wurde der Wiederaufbau zügig betrieben, wobei der Generalbebauungsplan von 1946 davon ausging, keine Ausweitung in die Vororte, sondern den Wiederaufbau im Stadtinneren vorzunehmen. Die Gegend am Bahnhof war wie auch noch 1952 als Wohnfläche ausgewiesen. Die Wohnungsnot war damit nicht beseitigt. Noch 1961 waren 12000 Wohnungssuchende gemeldet, die in 4400 Notunterkünften, Obdachlosenlagern und Gartenbuden lebten. 1970 standen für 113644 Haushalte in Kiel nur 102982 Wohnungen zur Verfügung, noch 1975 lebten 357 Menschen in Obdachlosenlagern. Heute sind 5000 Wohnungssuchende gemeldet.

Im Rahmen der Investitionsplanung für Kiel änderte sich in den 60er Jahren auch die Wohnungspolitik: Ein Ring von Industriebetrieben, verbunden mit Wohnsiedlungen, sollte Kiel umgeben,

ein Generalverkehrsplan den billigen Transport für die Kapitalisten sicherstellen. Zu diesen Projekten gehört die Trabantenstadt Mettenhof mit inzwischen 17500 Einwohnern, die binnen kürzester Zeit aus dem Boden gestampft wurde. Offenbar hoffte die SPD-Mehrheit im Magistrat, sich auf diese Weise des Wohnungsproblems mit einem Schlag entledigen zu können. Einige der Industrieansiedlungen sind verwirklicht, mit anderen hat sich die Stadt vollständig verspekuliert, wie z.B. mit dem Industriegebiet Wellsee, einem 145 ha großen Areal, das 7000 Arbeitsplätze bieten sollte. 45 Mio. DM hat die Stadt aus dem Haushalt dafür aufgewendet, Straßen zu bauen, Strom- und Wasserleitungen und eine eigene Gleisanlage zu legen. Nach der Krise 73 fand sich kein Kapitalist dafür, so daß das Gelände bis auf den städtischen Schlachthof brach liegt.

Ähnliche Großprojekte plante die Stadt für den Innenstadtbereich, den sie vollständig für Kaufhäuser, Banken, Versicherungen freigab und bis zum Bahnhof hin für diese ausweiten will. Unter diese Planung fällt auch das 10 ha große Gelände gegenüber dem Bahnhof, das 1968 zum Sanierungsgebiet I erklärt wurde. Büros, ein Kaufhaus, Geschäfte und einige Wohnungen sollten dort gebaut werden, die Fußgängerstraße durch das Gebiet zum Bahnhof führen. Stadt und Neue Heimat kauften den ehemaligen Besitzern (Ladenbesitzern, Handwerkern u.ä.) die Grundstücke ab. Bis auf die Häuserfront am Sophienblatt wurden die restlichen Häuser abgerissen, die Fläche planiert, sie ist seitdem eine Matschwüste. Fünf Jahre lang ließen die Hausbesitzer mehrere Wohnungen am Sophienblatt verrotten, bis sie Ende letzten Jahres besetzt und instandgesetzt wurden. In den zwölf Jahren seit 68 wurden Pläne geschmiedet, verworfen, weil Interessenten wie Kaufhof und Quelle abwinkten, neben Herbie ein weiteres Kaufhaus zu errichten. 50 Mio. DM sind aus dem Stadthaushalt für Grundstückskauf und Planungsarbeiten verpulvert worden, ohne daß dort irgendeine Bebauung, geschweige denn Wohnungsbau, stattgefunden hätte. Nach den Hausbesetzungen im Winter fanden Stadt Kiel und Neue Heimat plötzlich schnell zwei Investoren und entschieden sich im Juni für die bundeseigene Stinnes-AG, die dort Büros, Fußgängerbrücke und „Geschäfte für den gehobenen Bedarf“ errichten will mit einem Ge-



Das Schaubild zeigt, daß 33% der Kieler Haushalte 1978 mit 45 qm Wohnfläche auskommen mußten, nur 10% der Haushalte konnten sich Nettomieten von 600 DM leisten. Unterlegt ist das Haushaltsnettoeinkommen 1978. 56% der Haushalte sind abhängig beschäftigt, 30,9% Rentenempfänger, 0,3% lebt von Vermögen. Seit 1978 sind die Mieten kräftig angestiegen: der qm-Preis für Wohnungen mit mittlerem Wert, Fertigstellung bis 1948, stieg von 1977 bis 1981 von 4,60 DM auf 6,50 DM; bei Fertigstellung nach 1949 von 5,50 DM auf 7,60 DM und bei Fertigstellung im Berichtsjahr von 7,25 DM auf 9,50 DM. 1979 lag Kiel bei den Neubauten mit einem qm-Preis von 8 DM an dritter Stelle nach Hamburg und München.

samtvolumen von 150 bis 180 Mio. DM. Die Hausbesetzer sollen jetzt nach zwölf Jahren das Hindernis für 175 Sozialwohnungen sein, die von der Neuen Heimat „zugesichert“ wurden, obwohl sie an einer Ladenzelle baut. Schon jetzt ist abzusehen, daß sich das Projekt mit der Hoffnung auf höhere Gewerbesteuereinnahmen als Spekulations- und Bauruine entpuppen wird, weil nur wenige dort werden kaufen können – die gleiche Politik, die schon seit 1968 1400 Wohnungen in der Innenstadt zum Opfer gefallen sind, während Neubau nur in Außenrandstadtteilen vorgenommen wurde.

Hatte die Stadt im Entwicklungsplan von 1974/78 noch einen Neubau von 2500 Wohnungen jährlich für nötig erachtet, so wurde diese Zahl bereits 1975 auf 1300 korrigiert und gleichzeitig festgestellt, daß faktisch nur 900 gebaut würden, also ein Fehlbestand von 400 einkalkuliert. Bei einer Haushaltsbefragung der Stadt 1978 gaben 35,5% an, umziehen zu wollen; ein Großteil der übrigen Haushalte hatte sich diesen Wunsch schon mangels Geld abgeschrieben. Der hauptsächliche Umzugsgrund lag im Zustand der Wohnungen: zu klein, zu schlecht ausge-



Abriß der Lerchenstr. 4, um „einer weiteren Besetzung vorzubeugen“. 300 Polizisten zur Einschüchterung der Hausbesetzer im Vorderhaus.

stattet und zu teuer. Die Mehrheit der Befragten gab als Zielort die Zentrumssiedlungen an. Wenn die CDU-Landesregierung jetzt die Wohnungsnott abstreitet, besteht ihr Ziel offensichtlich darin, diesen schlechten Wohnstandard festzuschreiben und ansonsten die Mieten steigen zu lassen. Außer verkehrsberuhigenden Maßnahmen hat die Stadt aus der Umfrage keine Schritte folgen lassen, im Gegenteil, im Nachtragshaushalt 1981 kürzt sie noch die Wohnungsbauzuschüsse. Die Forderung lautet, das Sanierungsvorhaben aufzugeben und stattdessen unter Einbeziehung der besetzten Häuser preiswerte Neubauwohnungen auf dem Gelände errichten zu lassen.

Die Neue Heimat soll mit Spekulationsprojekten aufhören!

Die Neue Heimat Schleswig-Holstein ist durch ihre Beteiligung am Sanierungsprojekt I in Kiel/Bahnhof ins Schußfeld der Kritik geraten. Zum einen, weil sie dort zusammen mit der Stadt seit 13 Jahren Grundstücke aufgekauft hat, ohne dort Wohnungen zu bauen, zum zweiten, weil sie sich an einem Spekulationsprojekt für Kapitalinteressen beteiligen will.

Eine direkt reaktionäre Rolle spielt sie gegen die Hausbesetzer, indem ihr Geschäftsführer Jaenicke diese als Leute beschimpfte, die gar keine Wohnungssuchenden seien, für den Abriß des Hauses Lerchenstraße sorgte, vorher schon die Wohnungen unbrauchbar machen ließ. Gegenüber der Stadt Kiel trat er als Erpresser auf, als beim SPD-Parteitag Stimmen gegen das Sanierungskonzept laut wurden und eine Änderung zugunsten von Wohnungen forderten. Die Neue Heimat drohte für diesen Fall mit Regreßforderungen von ca. 40 Mio DM.

Die wesentlichen Wohnungsbautätigkeiten hat die Neue Heimat in den Randstadtteilen Mettenhof vorgenommen und Schilksee, das eigens für die Segelolympiade 1972 ausgebaut wurde. Die Wohnungen in Schilksee waren von Anfang an reine Spekulationsprojekte, konzipiert offenbar als Zweitwohnung für reiche Leute. Seit 1978 ist die Neue Heimat vermehrt dazu übergegangen, die Appartements zum Stückpreis von 125000 DM aufwärts zu verkaufen. Auch bei ihrer sonstigen Bautätigkeit sowohl in Kiel wie auch in Schleswig-Holstein ist die Neue Heimat vermehrt zum Eigenheimbau übergegangen:

Bautätigkeit der NH in Kiel
(Baubeginn im Berichtsjahr)

Jahr	Mieteinheiten	Verkaufseinheiten
1971	—	55
1972	209	84
1973	295	—
1974	263	—
1976	1	80
1977	—	82

Nicht nur wegen dieser Sorte Wohnungsbaupolitik und den Spekulationsgeschäften steht die Neue Heimat bei vielen Leuten in schlechtem Ruf, sondern v.a. auch wegen der hohen Mieten, die im sozialen Wohnungsbau wesentlich höher liegen als bei privaten Wohnungskapitalisten. So muß man in Mettenhof z.B. für eine Wohnung mit 2 ganzen und 2 halben Zimmern 780 DM warm zahlen, ein Großteil der Wohnungen steht daher leer und ist trotz der Wohnungsnot nicht zu vermitteln, bzw. drückt sich diese gerade darin aus, daß solche gut ausgestatteten Wohnungen kaum zu bezahlen sind. Gleichzeitig machte die Neue Heimat jedoch beachtliche Gewinne aus der Hausbewirtschaftung, wie die Tabelle zeigt.

Vorzuwerfen ist dem Gewerkschaftsunternehmen Neue Heimat, daß es sich mit Milliardengeldern in nationale und internationale Spekulationsgeschäfte einmischt, zum anderen, daß es keine Verbilligung im sozialen Wohnungsbau erzwingt, was durch staatliche Zuschüsse bei höherer Besteuerung der Kapitalisten möglich wäre. In diese Richtung sollten die Gewerkschaftsfunktionäre im Aufsichtsrat ihren Einfluß wahrnehmen.

Neue Heimat Schleswig-Holstein / Geschäftsbereich (in Mio. DM)

	1971	1972	1973	1974	1976	1977
Umsatzerlöse aus Hausbewirtschaftung	49,8	55,6	62,4	70,1	89,4	95,0
Aufwendungen für Betriebs- und Instandhaltungskosten sowie Sach- u. Dienstleist.	21,7	24,9	31,4	37,1	44,7	47,4
Gewinn	28,1	20,7	31,0	33,0	44,7	47,6
Umsatzerlös aus Verkauf v. bebauten, unbebauten Grundst.	131,8	14,3	14,2	18,2	19,5	39,2
Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	14,6	21,7	33,9	19,1	16,1	15,7
Gewinn/Verlust	+ 127,2	- 7,4	- 19,7	- 0,9	+ 3,4	+ 23,5

§ 541 b Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

(1) Maßnahmen zur Verbesserung der gemieteten Räume oder sonstiger Teile des Gebäudes oder zur Einsparung von Heizenergie hat der Mieter zu dulden, es sei denn, daß die Maßnahme insbesondere unter Berücksichtigung der vorzunehmenden Arbeiten, der baulichen Folgen, vorausgegangener Verwendungen des Mieters oder der zu erwartenden Erhöhung des Mietzinses für den Mieter oder seine Familie eine Härte bedeuten würde, die auch unter Würdigung der berechtigten Interessen des Vermieters und anderer Mieter in dem Gebäude nicht zu rechtfertigen ist; gegenüber der zu erwartenden Erhöhung des Mietzinses ist auch zu berücksichtigen, ob die gemieteten Räume ... lediglich in einen Zustand versetzt werden, wie er allgemein üblich ist ...

(2) Der Vermieter hat dem Mieter zwei Monate vor dem Beginn der Maßnahme deren Art, Umfang, Beginn und voraussichtliche Dauer sowie die zu erwartende Erhöhung des Mietzinses mitzuteilen. Der Mieter ist berechtigt, bis zum Ablauf des Monats, der auf den Zugang der Mitteilung folgt, für den Ablauf des nächsten Monats zu kündigen. Hat der Mieter gekündigt, ist die Maßnahme bis zum Ablauf der Mietzeit zu unterlassen. Diese Vorschriften gelten nicht bei Maßnahmen, die mit keiner oder nur mit einer unerheblichen Einwirkung auf die vermieteten Räume verbunden

sind und zu keiner oder nur zu einer unerheblichen Erhöhung des Mietzinses führen.

§10 MHG

Bei der Vermietung von Wohnraum, der ab 1. Januar 1981 bezugsfertig geworden ist, (kann) vereinbart werden, daß sich der Mietzins innerhalb eines bestimmten Zeitraums, der zehn Jahre seit dem Beginn des ersten Mietverhältnisses nicht überschreiten darf, in betragsmäßig festgelegten Stufen, zwischen denen ein Zeitabstand von mindestens einem Jahr liegen muß, auf einen bestimmten Betrag erhöht (Staffelmiete) ...

§2 Gesetz zur Regelung der Miethöhe (MHG)

(2) ... (Bei der Mieterhöhung) kann insbesondere Bezug genommen werden auf eine Übersicht über die üblichen Entgelte ... in der Gemeinde oder in einer vergleichbaren Gemeinde, soweit die Übersicht von der Gemeinde oder von Interessensvertretern der Vermieter und der Mieter gemeinsam erstellt oder anerkannt worden ist; enthält die Übersicht Mietzinsspannen, so genügt es, wenn der verlangte Mietzins innerhalb der Spanne liegt ...

(3) ... Ist die Klage erhoben worden, jedoch kein wirksames Erhöhungsverlangen vorausgegangen, so kann der Vermieter das Erhöhungsverlangen im Rechtsstreit nachholen ...

Anstieg der Miet- und Lebenshaltungskosten (1970 = 100)

	1964	1966	1968	1970	1972	1974	1976	1978
Anstieg der Lebenshaltungskosten	84	92	96	100	113	130	140	152
Anstieg der Mieten	66	77	90	100	115	126	138	150

Bis 1971 waren Staffelmietvereinbarungen zulässig, ferner war die Kündigung durch den Vermieter als Druckmittel zur Durchsetzung von Mieterhöhungen zulässig. Die Tabelle zeigt, daß der überproportional rasche Anstieg des Mietpreisniveaus ab Anfang der 70er Jahre durch die Auswirkungen der Wohnraumkündigungsschutzgesetze gebremst worden ist. Zugleich wird deutlich, wie sich die Mietpreise nach den Plänen der Regierung entwickeln sollen.

Quelle: Bundestagsdrucksache 8/2610: Bericht der Bundesregierung über die Auswirkungen des Zweiten Wohnraumkündigungsschutzgesetzes.

Aus der Begründung

... So erweist sich eine Belebung des zurückgegangenen Mietwohnungsneubaus als erforderlich. Dies liegt nicht nur im Interesse der Gesamtwirtschaft, sondern auch im Interesse der Mieter selbst. Die Bereitschaft, im Mietwohnungsbau zu investieren, hängt stark von den gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten und deren erwarteter Entwicklung ab. Entscheidungen über Investitionen im Mietwohnungsbau beruhen auf langfristigen Rentenerwägungen. In diesem Zusammenhang ist es auch ein wichtiger Aspekt, wieweit in Zukunft Mieterhöhungen durchsetzbar sind. Der Entwurf sieht in dieser Hinsicht für neu errichtete Wohnungen in der Anfangsphase nach der Bezugsfertigstellung – insoweit als weitere Möglichkeit neben dem Vergleichsmietensystem – die Zulassung der sog. Staffelmiete sowie die Straffung des Mieterhöhungsverfahrens nach dem Vergleichsmietensystem vor. Letzteres wird durch die Verkürzung und den Wegfall von Fristen, eine Vereinfachung der Begründung des sog. Mieterhöhungsverlangens im Falle der Bezugnahme auf einen sog. Mietspiegel und die Ermöglichung des Nachholens eines zuvor unwirksamen Mieternahmeverlangens im späteren Rechtsstreit bewirkt ...

Als Beitrag des Mietrechts zur Verstärkung der Investitionsbereitschaft privater Anleger im freifinanzierten Mietwohnungsbau läßt der Entwurf für neu errichteten Wohnraum die zeitlich begrenzte sog. Staffelmiete zu. Die Bundesregierung greift damit einen Vorschlag der Kapitalanlegerseite auf, die Investitionen im Mietwohnungsbau teilweise von einer besseren Überschaubarkeit der Renditeentwicklung abhängig macht ... Die Investitionsentscheidung ist naturgemäß leichter, wenn für jene Anfangsphase Mieterhöhungen zu bestimmten Zeitpunkten und zu bestimmten Beträgen in die Kalkulation eingestellt werden können. Diesem Bedürfnis will die Staffelmiete Rechnung tragen ... Der Vermieter erhält für die ersten Jahre nach Fertigstellung des Wohnraums klare Zahlen für seine Rentabilitätsberechnungen ... Die Möglichkeit von Staffelmietvereinbarungen erscheint auch

aus der Sicht des Mieters hinnehmbar. Die vorgeschlagene Regelung läßt eine Bindung des Mieters nur für einen übersehbaren Zeitraum zu und ist so ausgestaltet, daß dem Mieter die jeweils zu zahlenden Beträge und die schließlich zu zahlende „Endmiete“ klar vor Augen stehen ... Letztlich hat die Staffelmiete auch aus der Sicht des Mieters den Vorzug der Klarheit. Während der Mieter normalerweise nicht übersehen kann, wie sich der Mietzins in einigen Jahren entwickelt haben wird, weiß er dies bei einer Staffelmietvereinbarung genau ...

Die übrigen Neuregelungen (in § 2 MHG) dienen dem Ziel, Verzögerungen bei der Anpassung der Miete an die ortsübliche Vergleichsmiete entgegenzuwirken und damit die Marktorientierung des Vergleichsmietensystems zu erhöhen ... Die Mietspiegel haben sich in der Praxis als das am besten geeignete Mittel zur Begründung von Erhöhungsverlangen herausgestellt. Schwierigkeiten für die Vermieter haben sich jedoch daraus ergeben, daß in vielen Mietspiegeln die Mieten in der Form von Höchst- und Mindestbeträgen (Mietzinsspannen) angegeben sind. Bezieht sich der Vermieter auf einen solchen Mietspiegel, so verlangt die Rechtssprechung für die Wirksamkeit seines Erhöhungsverlangens, daß Abweichungen vom Mittelwert der einschlägigen Mietzinsspanne zusätzlich begründet werden ... Diese Auffassung ist als überzogen auf Kritik gestoßen ...

Bei der Modernisierung einer Mietwohnung treffen verschiedene Interessen aufeinander. Der Vermieter ist daran interessiert, Modernisierungsmaßnahmen möglichst weitgehend gegebenenfalls auch gegen den Willen des Mieters durchzuführen zu können, um die vermieteten Räume dem sich verbesserten Wohnungsstandard anzupassen und so langfristig vermietbar zu erhalten. Die Modernisierung und energiesparende Herrichtung des Mietwohnungsbestandes liegt zudem im allgemeinen Interesse und ist von beträchtlicher volkswirtschaftlicher und energiepolitischer Bedeutung. Auch von daher besteht Interesse an einer Regelung, die die Modernisierung nicht übermäßig erschwert ...

Israel: Begin stellt Kriegskabinett vor

Mit seiner neuen Regierung hat Begin die Mannschaft für einen fünften Nahostkrieg zusammengestellt. Neuer Verteidigungsminister ist General Sharon, bisher als Landwirtschaftsminister Hauptbetreiber der zionistischen Siedlungsprojekte in den 1967 neu besetzten Gebieten. Als Offizier hatte sich Sharon mehrfach dadurch ausgezeichnet, daß er die Aggressionsbefehle seiner Vorgesetzten auf eigene Faust noch zu „steigern“ verstand. Das Regierungsprogramm sieht die Fortsetzung der Siedlungspolitik vor. Nach der im Camp-David-Abkommen vorgesehenden Übergangsphase der „Autonomie“ will Israel seinen „Souveränitätsanspruch geltend machen“, also annexieren. Das Scheitern der Autonomieverhandlungen mit Ägypten – ohne die PLO ohnehin eine Farce – ist damit vorprogrammiert. Die Zionisten lassen durchblicken, dann würde auch nichts aus dem vollständigen Rückzug vom ägyptischen Sinai. Während Begin sein Programm vortrug, versuchte Sadat in Washington, Reagan für eine Anerkennung der PLO ausgerechnet

US-Gewerkschaften unterstützen Fluglotsen

Im Streik der US-Fluglotsen geht es inzwischen um mehr als die Forderungen der Gewerkschaft PATCO: 32-Stundenwoche, Pensionierung nach 20 Jahren Dienst, Gehaltserhöhung auf 40000 \$/Jahr. Reagan will mit Massenentlassungen, Streikbruch mit Militär, Geldstrafen und Verhaftungen ein Exempel gegen die Gewerkschaften überhaupt statuieren: Kapitalisten und andere Dienstherrn sind zur Nachahmung aufgefordert. Kenneth Blaylock, Vorsitzender der Gewerkschaft der Regierungsangestellten: „Wenn es Präsident Reagan schafft, die-



sen Streik zu brechen und alle Streikenden auf Dauer zu entlassen, könnte er ein schreckliches Muster der Repression gegen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst vorexerzieren,

nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Einzelstaats- und Gemeindeebene.“ Der Gewerkschaftsbund AFL-CIO unterstützt nach anfänglichem Zögern geschlossen den Streik, die Mitglieder seines Exekutivrats beteiligten sich nach einer Sitzung in Chicago an den Streikpostenketten. Der Vorsitzende des AFL-CIO erklärte: „Die einzige Frage, die sich uns stellt, ist, daß die Kolleginnen und Kollegen in der Luft hängen; sie werden von der Regierung brutal unterdrückt, und wir müssen sie unterstützen.“ Der AFL-CIO hat seine Mitglieder aufgerufen, nicht an den Streikposten auf den Flughäfen vorbeizugehen, also nicht zu fliegen.

mit dem Argument zu werben, so ließe sich die Befreiungsfront vielleicht spalten. Reagan ließ ihn einfach abblitzen.

Bank of America: Bolivien vor Staatsbankrott

Der jüngste bolivianische Putsch hat mit der schlichten Ersetzung einer reaktionären Militärjunta durch die andere geendet. Der Putsch war noch im Gang, da teilte die Bank of America, die größte Bank der Welt, den bevorstehenden

Staatsbankrott Boliviens mit. Ihr und den anderen Hauptgläubigern, darunter einer Tochter der Dresdner Bank, sei angekündigt worden, daß Bolivien eine am 6.10. fällige Schuldendienstrate nicht zahlen kann. Außerdem würde Bolivien voraussichtlich nicht – wie von den Gläubigern verlangt – bis Ende September eins der berüchtigten „Sanierungs“-Diktate des Internationalen Währungsfonds unterschreiben. Sinn der Alarmmeldung: Fügt sich Bolivien nicht

dem IWF, nehmen die Banken das Land in Zwangsverwaltung.

Gesetz gegen Gefährdung in Kampuchea

Khieu Samphan, Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea, hat am 24. Juli ein Gesetz verkündet, das die Gefährdung des Lebens von Kampucheanern unter Strafe stellt. Verstößt ein militärischer oder ziviler Kader des Demokratischen Kampuchea gegen das Gesetz, so wird er strenger bestraft als andere. Insbesondere in der Provinz Battambang häufen sich die Desertionen von Kampucheanern aus der vietnamesischen Armee, da sie nicht gegen ihre Landsleute eingesetzt werden wollen. Im Juli schlossen sich über 100 der Armee des Demokratischen Kampuchea an.

Gewerkschafter in Sambia verhaftet

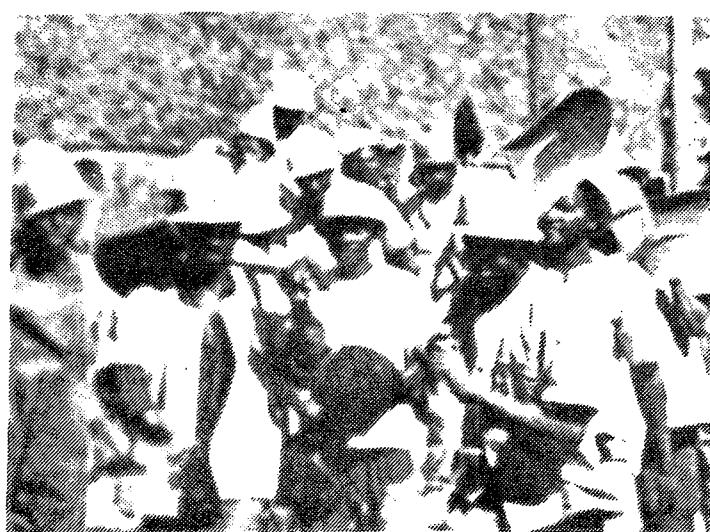
Präsident Kaunda von Sambia ließ am 27. Juli vier führende Mitglieder des Gewerkschaftsbundes ZCTV verhaften. Sie seien für drei wilde Streiks in den Kupferbergwerken und für insgesamt 84 illegale Streiks in Sambia im letzten Jahr verantwortlich. Außerdem konspirierten sie angeblich mit dem CIA. Erst am Freitag vor den Festnahmen beendeten die Bergbau-Facharbeiter einen achttägigen Streik für höheren Lohn, gegen die schlechte Versorgung. Sambia muß einen Großteil seiner Nahrungsmittel importieren. Die Deviseneinnahmen kommen aber zu 95% aus Kupfer- und Koballexport. Der Kupferpreis fällt seit Jahren.

Streiks in südafrikanischen Bergwerken

In fünf südafrikanischen Goldbergwerken streikten die Arbeiter in den letzten Wochen, die Streiks waren verbunden mit der Zerstörung von Firmenbüros und der verhafteten Lager für Bergarbeiter. Anlaß waren neue Lohnabzüge für die Sterbegeldkasse, von der die meisten Arbeiterfamilien wegen ihrer kurzfristigen

Verträge nichts gehabt hätten. Ursache des Streiks ist die Unterdrückung durch die Kapitalisten, die von imperialistischen Banken beherrschten Anglo American und Consolidated Gold Fields. Die 450000 schwarzen Bergarbeiter sind Wanderarbeiter, d.h. sie werden mit Zeitverträgen in den Reservaten und zu 40% in den

Nachbarländern angeworben, müssen ohne ihre Familien in Lagern nach Gefängnisregeln leben, können bei der kleinsten Kleinigkeit fristlos entlassen werden und sehen sich der brutalen Werkspolizei gegenüber, für die das Parlament in Pretoria vor wenigen Wochen den Tränengaseinsatz gegen Arbeiter erneut bestätigte. Während unter den Industriearbeitern die unabhängige Gewerkschaftsbewegung in den letzten zwei Jahren rasch wuchs, geht der Aufbau bei den Bergarbeitern zäh voran – sie sind nur kurze Zeit da, und die Kapitalisten lassen jeden Gewerkschaftsfunktionär auf ihrem Gelände (also in den Lagern) verhaften. Umso wichtiger sind diese Streiks. – Nach offiziellen Statistiken gab es 1980 203 Streiks mit 174000 „verlorenen Arbeitstagen“, mehr als von 1975 bis 1979 zusammen. Die Regierung bereitet ein neues Antistreikgesetz vor, das „illegalen Streiks“ schärfer verfolgt. Bisher waren alle Streiks in Südafrika „illegal“, weil sie gegen die Schlachtungsordnung verstößen.



Sechsmontiges Streikverbot Streik der Jutearbeiter

Die indische Regierung unter Indira Gandhi hat in der vorletzten Woche ein Streikverbot für fast alle Bereiche des öffentlichen Dienstes verhängt. Die Dauer der Maßnahme ist auf sechs Monate befristet. Als Begründung führt die Regierung eine rapide Verschlechterung der Wirtschaftslage an. Die Janata-Partei, die in der Opposition ist, hat sich gegen die Maßnahme ausgesprochen. Betroffen sind insbesondere die Bereiche Post- und Fernmeldewesen, Banken, Eisenbahn, Häfen und Flughäfen, Erdölindustrie, Krankenhäuser, die öffentlichen Verwaltungen und die Rüstungsindustrie.

Staatspräsident Reddy unterzeichnete gleichzeitig ein weiteres Gesetz, wonach die Regierung jederzeit weitere Streikverbote erlassen kann für andere Bereiche. Das Verbot kann jeweils auf Beschuß um weitere sechs Monate verlängert werden. Die Ermächtigungsgrundlage hatte sich Indira Gandhi mit Notstandsgesetzen zwischen 1975 und 1977 geschaffen, die auch, als sie nicht im Amt war, bestehen blieben.

Die Begründung für die Verschlechterung der Wirtschaftslage ist nach Ansicht des indischen Wirtschaftsministers in den steigenden Energiekosten zu suchen, von denen Indien im besonderen Maße betroffen sei. Er bezeichnete in einer Erklärung am 3.8. die Maßnahmen der Regierung als unabdingbar für die Gesundung der indischen Wirtschaft. Außerdem seien v.a. die Exporte zurückgegangen, was in den letzten Monaten zu einer rasanten Verschlechterung der Handelsbilanz geführt habe. Er forderte die Gewerkschaften und Beschäftigten der betroffenen Schlüsselindustriezweige auf, diesen Anordnungen Folge zu leisten.

In der Juteindustrie, bei der Indien ungefähr 35% der Weltproduktion innehat, nehmen die Streiks für Lohnaufbesserungen zu, trotz der staatlichen Anordnung, von der allerdings die Juteindustrie bisher nicht betroffen ist. In sechs Mühlen von insgesamt 64 wird gestreikt.

Die Juteindustrie gehört zu den wichtigsten Exportindustriezweigen Indiens. Ca. 250000 Menschen sind hier beschäftigt. Mit Zulieferbetrieben und Verkauf zählt sie über 1,5 Millionen Beschäftigte. Hauptabnehmer sind die USA und die UdSSR mit 50% der indischen Exporte. Juteartikel werden hauptsächlich als Verpackungsmaterial, aber auch für die Teppichproduktion und als Futter verwendet.

Die Auslandsnachfrage ist in den letzten zwei Jahren gesunken. Gleichzeitig stieg der Preis für Rohjute an, da sich die Herstellungskosten verteuert haben. Nach Angaben der indischen Regierung beliefen sich die Einnahmen aus Juteexporten auf 2,4 Milliarden Rupien, bei einem Exportvolumen von



Neu Dehli, 27. Juli: Massendemonstration am Flughafen gegen den Abflug von Präsident Reddy zur Königshochzeit in die frühere Kolonialmacht Großbritannien.

374000 Tonnen im Jahr 1980. 1978/79 war die Ernte, die einmal jährlich stattfindet, schwach und brachte lediglich 1,61 Milliarden Rupien. Durch die Verschlechterung der Nachfrage wird mit Einnahmen für 1981 von ca. 100 Millionen Rupien gerechnet, was gegenüber dem Vorjahr weniger als die Hälfte ausmachen würde (Angabe bezieht sich auf einen Erntemonat).

Die für die Juteindustrie zuständigen Gewerkschaften haben bereits beschlossen, den Streik auf alle Jutemühlen auszudehnen, um die Forderungen der Jutearbeiter durchzusetzen. Die Vereinigung der Juteartikelexportiere und der Jutemühlenbesitzer bezeichnete den Streik als das absichtliche Ziel „einer Erpressungstaktik“.

Durch das Streikverbot und die Möglichkeit der Ausdehnung auf andere Industriezweige ist es jetzt für die Arbeiter in diesen Branchen entsprechend erschwert, ihre Forderungen durchzusetzen. Bereits in den letzten Wochen haben die Gewerkschaften gemeinsam in verschiedenen kleineren und größeren Städten Aktionen und Demonstrationen gegen die Maßnahmen der indischen Regierung durchgeführt. So demonstrierten in Baroda und Kalkutta insbesondere die Hafenarbeiter und Industriearbeiter. Teilweise führen die jeweiligen Gewerkschaften auch eigene Streikaktionen und

Demonstrationen durch gegen das Streikverbot. Selbst innerhalb der Congress-Partei ist die Maßnahme umstritten. Einige Regierungsmitglieder von Unionstaaten haben das Streikverbot als undemokratisch bezeichnet und die Rücknahme der Maßnahme gefordert. Die Regierungen von Unionstaaten, die von anderen Parteien gestellt werden, haben die Beschlüsse abgelehnt.

Die indische Regierung und die nationalen Kapitalisten werden es schwer haben, mit Hilfe dieser Maßnahmen der Probleme, die sich für die indische Wirtschaft stellen, Herr zu werden. Ei-

ne Rolle mögen auch die verstärkten Rüstungsbemühungen Indiens spielen (die indische Presse fordert diese mit Blick auf Pakistan). Die Gewerkschaften jedenfalls sind entschlossen, das Streikverbot nicht hinzunehmen, und planen der Reihe nach größere Streikaktionen. Die All-India Railwaymen's Federation, die Eisenbahnergewerkschaft, hat für den 17. August zu einem Generalstreik aufgerufen, der mit Demonstrationen verbunden sein soll.

Tunesien

Gewerkschaft gegen Investitions-Eldorado

Zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit Tunesiens wird bei den Parlamentswahlen am 1.11. nicht nur die regierende Destur-Partei zur Wahl stehen. Als erste Oppositionspartei ist am 19.7. die seit 1963 verbotene revisionistische KPT wieder zugelassen worden; andere Gruppierungen, meist Abspaltungen von der Destur-Partei, warten auf ihre Legalisierung. Die „Islamische Richtung“, die unter der Jugend erheblichen Einfluß gewonnen hat, will die Wahlen boykottieren. Sie stützt sich auf den Widerwillen die

Überflutung des Landes mit Auslands-
kapital und westlicher „Kultur“.

Die Arbeiterbewegung hat die demo-
kratische „Öffnung“ erzwungen.
Nach dem Generalstreik im Januar
1978 waren die Führer des Gewerk-
schaftsbundes UGTT verhaftet wor-
den. Der Versuch, die Gewerkschaften
zu knebeln, ist an der anhaltenden
Streikbewegung zerbrochen. Ende
April trat ein frei gewählter Gewerk-
schaftskongress zusammen. Weil der
noch immer seiner politischen Rechte
beraubte frühere Generalsekretär
Achour nicht kandidieren durfte, zog
fast ein Viertel der Delegierten aus. Die
Beschlüsse des Kongresses zeigen aber,
daß sich auch die Mehrheit nicht in ei-
nen engen Aktionsraum von Regie-
rungs Gnaden einsperren läßt. In den
Dokumenten wird u.a. Aufhebung der
Investitionsgesetze für Auslandskapi-
tal gefordert, die der Vorsitzende der
(west)deutsch-tunesischen Handels-
kammer Rietz noch kürzlich als
„avantgardistisch“ bezeichnet hat.
Weiter wurden neue Tarifverträge,
Lohnerhöhungen, Preiskontrollen,
Senkung der Massensteuern, Maßnah-
men zugunsten der Bauern und volle
Rechte für Achour gefordert. Mit Tai-
eb Baccouche, der 1978 selbst inhaftiert
war, wurde erstmals ein Genera-
sekretär gewählt, der nicht der Destur-
Partei angehört.

Noch vor dem Kongress hatte die Re-
gierung Mitte März – nach einem
„wilden“ Streik der Verkehrsbetriebe
– die Mindestlöhne in Industrie und
Landwirtschaft um 20% bzw. 22,6%
erhöht. Die Inflation liegt knapp über
10%. Gleichzeitig wurden Preiskon-
trollen eingeführt. Im Juli hat Mini-
sterpräsident Mzali die mörderischen
Kreditbedingungen (13% und mehr
Zinsen, Rückzahlung in acht oder
neun Jahren) kritisiert, die die US-Im-
perialisten für Waffenlieferungen dik-
tieren wollen. Die Durchsetzung demo-
kratischer Rechte kann einer unabhän-
gigeren Politik gegen dem Imperialis-
mus nur nutzen.

Australien Lohnpakt an Streik- bewegung zerbrochen

Am 31.7. mußte die australische Rege-
lung offiziell die staatliche Lohninde-
xierung aufheben. Seit 1965 hatte die
staatliche Sehlichtungskommission die
Rate der Lohnerhöhungen auf 80%
der Inflationsrate für alle Wirtschafts-
zweige verbindlich festgelegt, jeweils
im April und Oktober des Jahres. Die
durch die Lohnindexierung erzwungenen
Lohnsenkungen haben nach Anga-
ben der oppositionellen Labour-Partei



allein in dem Zeitraum von 1975 bis
heute zu einem Kaufkraftverlust von
ca. 35 DM wöchentlich bei einer
Durchschnittsfamilie geführt.

Streiks der LKW-Fahrer, der Hafenar-
beiter, der Postbeschäftigte hatten
in den letzten Jahren die Lohnindexie-
rung immer wieder durchbrochen.
Aber die australische Gewerkschafts-
bewegung, in 350 Einzelgewerkschaf-
ten zersplittert bei insgesamt nur 6,6
Mio. Lohnarbeitern, konnte die staatlichen
Lohnfestsetzung bislang nicht
vollständig zu Fall bringen. Die großen
Streiks der letzten Monate für Lohner-
höhungen über den staatlichen Lohn-
rahmen hinaus und für die Einführung
der 35-Stunden-Woche, die immer wie-
der das Wirtschaftsleben lahmlegten,
erzwangen jedoch die Aufgabe der
staatlichen Lohnpolitik. Streiks der
Hafenarbeiter blockierten den Außen-
handel, der inneraustralische Flugver-
kehr war zeitweilig unterbrochen. Die
Beschäftigten der Post und des Nach-
richtenwesens streikten erfolgreich für
eine Angleichung der Löhne an die in
der Privatwirtschaft und für 12% mehr
Lohn; die Preissteigerungsrate beträgt
gegenwärtig 8,8%. Der zehntägige
Streik der 50000 Transportarbeiter der
Gewerkschaft TWU, die 57 DM mehr
pro Woche durchsetzen, führte in
Westaustralien zu Nahrungsmittelknap-
ptheit und in Südaustralien zum
Stillstand vieler Betriebe wegen fehlender
Zulieferungen.

Der gegenwärtige spekulative Wirt-
schaftsboom in Australien – 19 Mrd.
DM Auslandskapital flossen von Juli
1980 bis Juni 1981 ins Land, dreimal
soviel wie im Vorjahr – hat den Ge-
werkschaften die Durchsetzung ihrer
Forderungen und die Außerkraftset-
zung der Lohnindexierung erleichtert.
Die ausländischen Monopole, die Au-
stralien's Wirtschaft kontrollieren und
vor allem die riesigen Rohstoffzu-
kommen plündern, schreien nach
Facharbeitern. Der Einwandererzu-
strom kann gegenwärtig den Fachar-
beiterbedarf nicht decken. Unter die-

sen Bedingungen wurde die Lohninde-
xierung auch für die Kapitalisten zum
Hemmnis, weil sie „die Mobilität der
Arbeitskräfte von ineffizienten zu effi-
zienten Sektoren der Wirtschaft behin-
det“ habe und außerdem ständig
Streiks provoziere. Die beabsichtigte
Vertiefung der Lohnspaltung soll diese
Hemisse abbauen. Der Australische
Gewerkschaftsbund ACTU will dagegen
bei den jetzt anstehenden Tarifver-
handlungen, vor allem in der Metallindus-
trie, eine Anhebung der Niedrig-
löhne erzwingen.

VR Polen Zweifache Verluste im Außenhandel

Trotz des im ersten Halbjahr 1981 ge-
genüber dem Vorjahr gesunkenen Au-
ßenhandels der VR Polen kann man
feststellen, daß er im Verhältnis zur
Produktion weniger gesunken ist. Das
bedeutet, daß die Empfängerländer
insbesondere solche Güter, die in der
VR Polen nicht ausreichend vorhan-
den sind, wie Kohle und von den Nah-
rungsmitteln vor allem Fleisch, fühlbar
denn je aus der polnischen Volks-
wirtschaft herausgezogen haben. Bei
seinen Exporten in sogenannte Hart-
währungsländer (z.B. USA, Westeu-
ropa) hat Polen starke Nachteile gehabt.
Die Preise für seine Exportprodukte
sind allein im ersten Quartal dieses
Jahres um 4,6% gestiegen, während es
die importierten Produkte um 7,6%
teurer bezahlen mußte.

Ganz wohl dabei befinden sich die
Kapitalisten in der BRD. Sie sind im-
mer noch der größte Handelspartner
Polens überhaupt nach der UdSSR. Sie
bezogen hauptsächlich lebende Tiere
und Tierprodukte, Fleischkonserven
und Fette, Kohle, Koks und andere
Brennstoffe, wobei sie bei diesen Wa-
renarten jeweils erheblich größere
Mengen importierten als exportierten.

Obwohl die VR Polen im ersten Quartal ihre positive Handelsbilanz gegenüber der BRD noch halten konnte, kann man sie förmlich dahinschwinden sehen. Die Ausfuhr der BRD an höherwertigen verarbeiteten Produkten überstieg die Einfuhr stark, bei Maschinen und Fahrzeugen 1979 etwa um das Vierfache, 1980 schon um das Fünffache. Bei den chemischen Erzeugnissen verläuft die Entwicklung entsprechend. 1980 exportierte die BRD bereits mehr als das Fünffache ihres Imports, obwohl Polen eine ausgedehnte chemische Industrie besitzt.

Vergleicht man die polnischen Exporte nach Ländern, so stellt man fest, daß sie in zunehmendem Maße in ärmere Länder verkauft werden, während Polen dort kaum diejenigen Güter erhalten kann, die zur Entwicklung seiner Industrie und Landwirtschaft notwendig sind. Polen exportiert elektrische Geräte und Maschinen in 18 asiatische Länder. Die größten Abnehmer sind Irak, Iran und die Türkei, während es von ihnen hauptsächlich Erdöl und andere Brennstoffe bezieht.

Produkte der metallverarbeitenden Industrie werden in Afrika kaum abgesetzt, wohl aber Produkte der elektrotechnischen und der chemischen Industrie. Die Einfuhr insgesamt aus Afrika ist praktisch gleich Null. Die Ausfuhr in die südamerikanischen Länder liegt ähnlich wie die in die asiatischen Länder. Aus Südamerika werden nur Landwirtschaftsprodukte und andere Lebensmittel bezogen.

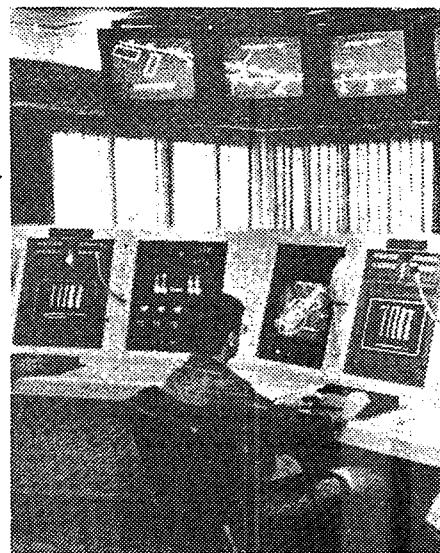
Bei der starken Bindung des polnischen Außenhandels an die UdSSR (60%) schöpfen die westlichen Imperialisten ihre Möglichkeiten, Extraprofite zu machen, aus, allen weit voraus die Kapitalisten der BRD. Sie waren eine treibende Kraft bei den Umschuldungsverhandlungen, bei denen sie versucht haben, Polen auch ohne Mitgliedschaft im IWF unter Vormundschaft zu stellen.

Ägypten VW baut Montagewerk: 80 DM Mindestlohn

Im letzten Jahr haben die westdeutschen Kapitalisten den Waren- und Kapitalexport nach Ägypten um jeweils fast ein Viertel gesteigert. Bei der Internationalen Kairoer Messe im März hatten westdeutsche Aussteller die meisten Stände; bisher ist die BRD nach den USA und Frankreich drittgrößter Lieferant. Um die Konzerne beim Kampf um den bevölkerungsreichsten arabischen Markt zu unterstützen, hat der Bund den Rahmen für Exportkreditbürgschafter im Frühjahr um 50 auf 400 Mio. DM erhöht, Siemens, das zu-

sammen mit Siemens Österreich und dem französischen Elektromonopol Thomson das ägyptische Fernmeldewesen für insgesamt 3,5 Mrd. DM modernisieren soll, hat im Oktober einen ersten Auftrag für 120000 Anschlüsse erhalten. Nach einer „Absichtserklärung“ Genschers und des ägyptischen Außenministers wird die BRD, sprich: die Siemens-Tochter KWU, zwei Kernreaktoren liefern. Tochtergesellschaften von Krupp und Hoesch bauen Metall- und Zementfabriken.

Im Kapitalexport liegen die Öl-Gesellschaft Gelsenberg (VEBA) und VW vorn. Das Automonopol wird Ende 1981 mit dem Bau eines Montagewerkes für 20000 Autos jährlich beginnen. An der Fabrik wird VW selbst mit 40%, die bundeseigene DEG mit 11%



Moderner Kontrollraum für den kürzlich verbreiterten Suez-Kanal.

beteiligt sein. Daimler Benz plant ein Autobus- und ein LKW-Werk. 1980 betrug der westdeutsche Anteil an den neuen ausländischen Direktinvestitionen noch kaum 3%. Das soll sich ändern: Niedrigstlöhne (Mindestlohn umgerechnet 80 DM/Monat) und Investitionsgesetze, die u.a. mindestens fünf Jahre Steuerfreiheit vorsehen, locken.

Ein Großteil der Anlagenimporte wird durch Auslandskredite finanziert. Ende 1980 betrug die Auslandsverschuldung bereits 13 Mrd. \$. Allein im laufenden Haushaltsjahr sollen 4,34 Mrd. \$ bereits früher vereinbarte Kredite und 2,95 Mrd. \$, die der Ausschuß der Hauptgläubigerländer, darunter der BRD, im Januar angekündigt hat, ausgezahlt werden. Bei diesem Tempo der Neuverschuldung wird bald ein immer größerer Teil der Exporterlöse für Schuldendienst weggezahlt werden müssen (1980: 17,8%). Der Gläubigerausschuß gibt auf seinen Tagungen regelmäßig „Empfehlungen“ zur Niederreißung der Schranken, die Ägypten

tens Wirtschaft noch vor völliger Unterwerfung unter imperialistisches Kommando schützen. Im Januar z.B.: „Revision“ der staatlichen Industriepreispolitik – freie Bahn für Preiserhöhungen also – und „Wiederbelebung der Börse“.

Die ägyptische Bourgeoisie hatte sich von dem Separatfrieden mit Israel rasche wirtschaftliche Entwicklung mit Kapital der arabischen Ölländer und unter eigener Kontrolle versprochen. Stattdessen akkumulieren die imperialistischen Konzerne jetzt in eigener Regie, während Ägypten in der arabischen Welt isoliert ist. Nach den zionistischen Luftangriffen auf Beirut und Bagdad forderten auch Abgeordnete der Regierungspartei – vergeblich – die „Einfrierung“ der Beziehungen mit Israel.

Zimbabwe

Maßnahmen gegen ausländisches Kapital

Der frühere Premier der Kolonie Rhodesien Ian Smith kräht wieder lauter. Ende Juli war er der Regierung vor, sie sei undankbar. „Sie sollten uns (den Weißen) dankbar sein für das Erbe, das wir ihnen hinterlassen haben.“

Gerade vier Wochen vorher war der Bericht der von der Regierung eingesetzten Riddell-Kommission zur Untersuchung der sozialen Verhältnisse veröffentlicht worden. Aus ihm geht u.a. hervor, daß ein weißer Siedler in Städten im Schnitt 39mal soviel verdient wie ein schwarzer Bauer; daß als Folge des Landgesetzes unter Smith 780000 Bauernfamilien auf Land leben müssen, das gerade für die Ernährung von 325000 ausreichen würde; daß ein Großteil der Arbeiter unter der offiziellen Elendsgrenze verdient.

Finanzminister Nkala, den Smith 14 Jahre im Gefängnis sitzen ließ, erklärte, er habe „die Nase voll, und wenn er (Smith) nicht den Mund hält, werden einige von uns in der Regierung eine Kampagne für seine Verhaftung oder seinen Rausschmiss starten.“

Die Hindernisse beim Aufbau sind groß. Südafrika läßt zur Zeit kaum Diesel durch, also kann die Rekord-Maisernte nicht bewegt und nicht exportiert werden, weiße Manager der ausländischen Firmen weigern sich, rassistische Unterdrückung in den Fabriken zu beenden, auf staatlich verordnete Lohnerhöhungen antworten sie mit Entlassungen. Erst wenige tausend Bauernfamilien wurden auf das nötige Land umgesiedelt, weil nach der von Großbritannien dem Volk Zimbabwes aufgezwungenen Unabhängigkeitsverfassung die weißen Farmer bei Enteignung bezahlt werden müssen,

dafür versprochene Gelder von Großbritannien und den USA aber nicht überwiesen werden. Viele Bauern haben deshalb „weißes“ Land besetzt und bebauen die vielfach verlassenen Farmen.

Die erwähnte Riddell-Kommission (nach ihrem Leiter Roger Riddell, einem früheren Mitarbeiter des katholischen Instituts für Internationale Beziehungen) macht in ihrem Bericht folgende Vorschläge:

- Statt der bisher für die nächsten drei Jahre geplanten 34500 Umsiedlungen sollten mindestens 220000 Bauernfamilien Land erhalten;
- Erhöhung des Mindestlohns auf die Armutsgrenze innerhalb von drei Jahren, das bedeutet Lohnerhöhungen zwischen 35% (Industrie) und 130% (Landwirtschaft);
- Auslaufen der staatlichen Lebensmittelzuschüsse, die dem ausländischen Kapital Niedrigstlöhne und damit hohe Profite ermöglichen;
- Erhöhung des Bauerneinkommens

durch höhere Erzeugerpreise;

- Unterkünfte für 235000 Wanderarbeiter, so daß ihre Familien vom Land nachkommen können;
- langfristig die Einführung der Sozial- und Rentenversicherung (kostenlose Krankenversorgung hat die Regierung bereits eingeführt).

Einige Empfehlungen der Kommission will die Regierung schon im Haushalt aufnehmen, z.B. das Auslaufen der Lebensmittelzuschüsse. Auch wenn die Regierung die dazugehörigen Lohnerhöhungen beschließt, durchsetzen werden sie nur die Gewerkschaften Zimbabwes können, die gerade mit der Gründung eines einheitlichen Gewerkschaftsdachverbandes ihre Kampfposition erheblich verbesserten.

Präsident Banana kündigte bei der Parlamentseröffnung erste Maßnahmen gegen das ausländische Kapital an – u.a. die Errichtung eines Staatsmonopols für den Verkauf von Bergbauprodukten und erste Schritte zur Nationalisierung der Bergbauindustrie.

BRD mit 11,82%. Die Sowjetunion hat ihre Kredite in zwei Projekten, einmal in einer Aluminium-Fabrik mit insgesamt 200 Mio. US-Dollar Kredit, außerdem im Eisen- und Stahlwerk Iskenderun mit 263 Mio. US-Dollar. Das Eisen- und Stahlwerk Iskenderun liegt dicht an der nördlichen Grenze von Syrien am Mittelmeer, und eine Ölleitung führt vom Inneren der Türkei in den Hafen von Iskenderun. Die Sowjetunion hat sich die riesige Kreditsumme mit einem Zinssatz von 2,5% erkaufen können, während die anderen Länder in der Regel zwischen 7 und 10% Zinsen verlangt haben.

Ein anderer Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik der Sowjetunion gegenüber der Türkei liegt im Energiesektor. Bis 1986 liefert die UdSSR an die Türkei 100 Mio. kWh Strom jährlich, seit 1978 jährlich 300 Mio. t Öl. Investitionen der UdSSR stecken in einer Öl-Raffinerie in Izmir in der Westtürkei am Mittelmeer und in Öl-Suchprogrammen im Schwarzen Meer.

Mit diesen beiden Schwerpunkten der Wirtschaftspolitik nutzt die UdSSR einmal die Energieknappheit der Türkei aus, auf der anderen Seite, daß die westlichen Imperialisten immer absichtlich vermieden haben, Investitionen und Kredite in Projekte zu stecken, die den wirtschaftlichen Aufbau des Landes fördern, die Entwicklung der Grundstoffindustrie spielt hierbei ja eine wichtige Rolle. Daß die jeweiligen Standorte dieser Industrien sich am Mittelmeer befinden, ist sicher nicht ohne Absicht.

Militärisch kann die Sowjetunion ausnutzen, daß es seit Beitritt der Türkei in die Nato Widerstand dagegen gegeben hat. In den fünfziger Jahren erklärte die türkische Regierung ihre

Türkei

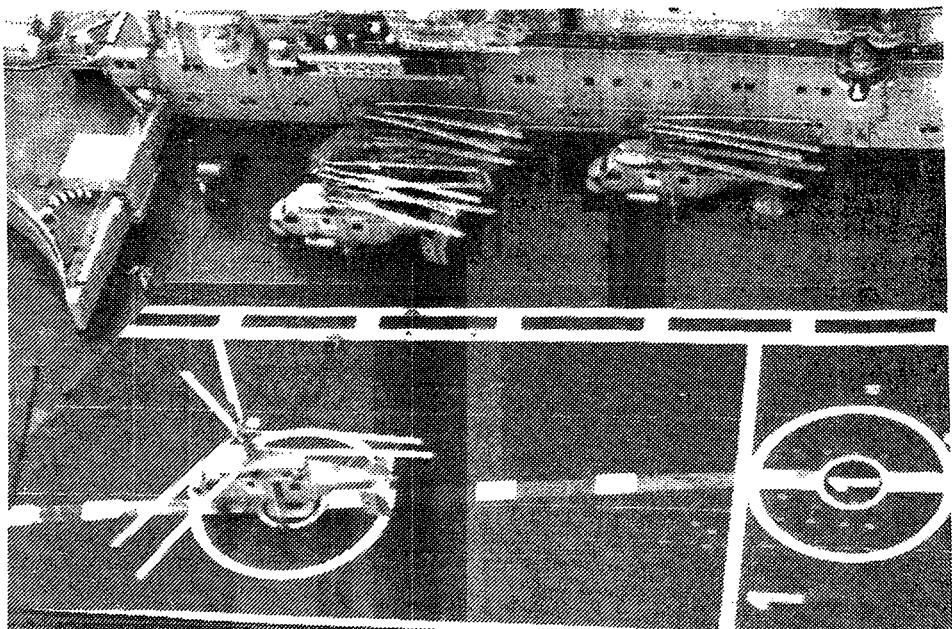
Die SU nutzt die Unterdrückung durch die Nato für eigene imperialistische Ziele

Die Türkei ist das einzige Nato-Land, das direkt an die Sowjetunion angrenzt. Die türkische Armee, die zahlenmäßig die größte Armee der europäischen Nato-Länder ist, ist im wesentlichen an der 610 km langen Grenze zur Sowjetunion (Grusinien, Armenien) stationiert. Das letzte Nato-Manöver im Frühjahr 1981 hat in der Osttürkei, also in der Nähe dieser Grenze, stattgefunden, unter Beteiligung von westdeutschen Truppeneinheiten. Die Sowjetunion hat eine ihrer vier Flottenverbände im Schwarzen Meer stationiert. Da sie im Mittelmeer keinen Stützpunkt hat (nur in Malta können die Kriegsschiffe bunkern), ist sie darauf angewiesen, durch den Bosporus über das ägäische Meer ins Mittelmeer zu gelangen. Ihre strategischen Interessen im Kampf um die Weltherrschaft verfolgt sie gegenüber der Türkei, die seit 1952 in der Nato ist und in die im wesentlichen die westlichen Nato-Länder Kapital- und Warenexport in der Hand haben, notwendig verhalten, aber mit bewußten Schwerpunkten.

Die türkischen Exporte in die Sowjetunion haben 1976 nur einen Anteil von 4,1% am Gesamthandelsvolumen betragen, während der Export an die OECD-Länder 75,7% ausgemacht hat. Die Importe aus der Sowjetunion haben nur 1,7% betragen, während sie aus den OECD-Ländern immerhin 69,5% betragen haben. Zwar haben beide Länder seit damals Anstrengungen unternommen, das Handelsvolu-

men auszudehnen, aber im Verhältnis zu den OECD-Ländern wird der Handel sich immer noch bescheiden ausnehmen.

Anders sieht es bei der Kreditvergabe für Projekte des türkischen Staates aus. Hier hat die Sowjetunion mit 25,8% den größten Anteil von allen Kreditgebern. Die IBRD, eine Organisation der Weltbank, hat in 44 Projekten dagegen nur 14,47% der Kredite an dritter Stelle steht die



Der sowjetische Flugzeugträger Kiew ist im Schwarzen Meer stationiert

Beziehungen SU – Türkei vor dem zweiten Weltkrieg

„Die sowjetische Regierung verfolgt mit lebhaftem Interesse den heroischen Kampf, den das türkische Volk um seine Unabhängigkeit und Souveränität führt, und sie ist in diesen, für die Türkei schweren Tagen glücklich, ein dauerhaftes Fundament für die Freundschaft zu legen, die das türkische und russische Volk vereinigen soll.“ (Lenin am 26.4.1920 an Kemal Ataturk) In der jungen Sowjetmacht, selbst Opfer jahrelanger imperialistischer Aggressionen, hatte der türkische Unabhängigkeitskampf seinen festesten Verbündeten, als nach dem Untergang des Osmanenreiches im 1. Weltkrieg die imperialistischen Siegermächte über die Türkei herfielen und sie aufteilen wollten. An der Lausanner Konferenz 1923, auf der die imperialistischen Mächte Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan der Türkei die Unabhängigkeit zugestehen und ihre alten Ansprüche gegenüber dem halbkolonialen Osmanenreiche weitgehend streichen mußten, nahm auch die SU teil. Entgegen den türkischen und sowjetischen Forderungen blieb die türkische Souveränität allerdings insofern begrenzt, als die Kontrolle des Seeweges durch die Dardanellen und den Bosporus ins Schwarze Meer einer internationalen Kommission unterstellt wurde und es der Türkei untersagt war, Truppen in diesem Gebiet zu

stationieren und Befestigungen anzulegen. Damit konnten die Kriegsflotten der Imperialisten weiterhin die Türkei und die sowjetische Schwarzmeerküste bedrohen.

1925 schlossen die Türkei und die SU einen Vertrag über Freundschaft und Neutralität ab. Durch wirtschaftliche Zusammenarbeit, Entwicklung des gegenseitigen Handels förderten sie den Aufbau ihrer Volkswirtschaften. Spätere Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Industrialisierung schufen für die Türkei günstigere Bedingungen für die Erkämpfung der ökonomischen Unabhängigkeit gegenüber dem Imperialismus.

1936, als die Aggressionen der italienischen und deutschen Faschisten die Kriegsgefahr im Mittelmeerraum enorm verschärften, lud Ataturk die Teilnehmerstaaten der Lausanner Konferenz zu Verhandlungen über die „Wiederherstellung voller türkischer Souveränität im Bereich der Dardanellen und des Bosporus“ ein. Mit Unterstützung der Balkanstaaten und der SU konnte die Türkei ihre Forderungen weitgehend durchsetzen. Nach dem jetzt noch gültigen Abkommen, das von Italien 1936 allerdings nicht unterzeichnet wurde, hat die Türkei die volle Souveränität über die Meerengen. In Friedenszeiten dürfen Nichtanliegerstaaten maximal drei 10000-t-Kriegsschiffe, aber z.B. keinerlei U-Boote ins

Schwarze Meer schicken. Vorher muß die türkische Regierung darüber informiert werden. In Kriegszeiten hat die Türkei das Recht, die Meerengen für Schiffe kriegsführender Parteien zu sperren. Für die Anliegerstaaten des Schwarzen Meeres gelten Ausnahmen: Kriegsschiffe über 15000 t dürfen einzeln die Meerengen passieren, U-Boote dürfen bei Tag und über Wasser passieren, sofern sie außerhalb des Schwarzen Meeres gebaut oder gekauft sind oder Reparaturdocks anlaufen müssen. SU-Außenminister Litwinow erklärte zum Abschluß der Konferenz: „... Die Konferenz mußte begreifen, daß der Platz des sterbenden Osmanenreiches, das nur eine Figur auf dem Schachbrett der imperialistischen Mächte war, heute von der jungen türkischen Republik eingenommen wird ... Die Konferenz mußte begreifen, daß die enge Freundschaft, die seit 15 Jahren die zwei neu entstandenen Länder Sowjetunion und Türkei verbindet, unauflöslich ist und nicht eine vorübergehende Verbindung. Wenn auch ungenügend, hat die Konferenz die besonderen Rechte der Anliegerstaaten in diesem Meer und im Hinblick auf die Passage der Meerengen anerkannt ebenso wie die besondere geographische Lage des Schwarzen Meers, auf das allgemeine Regeln über die uneingeschränkte Freiheit der Meere nicht voll angewandt werden können.“

Pro-Nato-Politik zur nationalen Politik, jede Art von Kritik wurde unterdrückt. Es ist sicher kein Zufall, daß 1951, also vor und während der Nato-Aufnahme, die Nationalversammlung die Todesstrafe für Kommunisten einführte. Damals wurden auch die Strafparagraphen 141 – 142 verschärft, die heute gegen z.B. die Funktionäre der DISK angewendet werden. Der Beitritt der Türkei in die Nato brachte ihr 26 US-amerikanische Militärstützpunkte ein und eine Armee, die vollständig mit US-Waffen bestückt und somit vollständig abhängig von den USA war. Die Regierung Ecevit und auch die Regierung Demirel erklärten wiederholt, daß sie starkes Interesse an gutnachbarlichen Beziehungen zur Sowjetunion hätten. Sie nutzten diese Erklärungen als Druckmittel gegen die Nato und forderten von der Nato die Senkung ihrer finanziellen Beitragspflichten und eine Ausrüstung der Armee, die unabhängig von den USA sein sollte.

Gleichzeitig verlangte Ecevit 1978, daß türkische Truppen von der Grenze zur UdSSR abgezogen und ans Ägä-

ische Meer verlegt werden sollten. Die UdSSR konnte schon 1976 gegenüber der türkischen Regierung durchsetzen, daß sowjetische Kriegsschiffe in unbegrenzter Anzahl, allerdings nach Registrierung, den Bosporus passieren durften, ebenso wurde vereinbart, daß sowjetische Militärmaschinen den türkischen Luftraum überfliegen könnten. Allerdings setzte die UdSSR keinen Nichtangriffspakt durch, wie sie es geplant hatte.

Im Juni 1978 wurde dann zwischen Premierminister Ecevit und der sowjetischen Regierung vereinbart, daß beide Staaten die Grundsätze der Nichtanwendung von oder Drohung mit Gewalt anerkennen, und gleichzeitig wurde ausgehandelt, daß jedes der beiden Länder sein Territorium nicht für Vorbereitung von Aggressionen und subversiven Aktionen gegen andere Staaten zur Verfügung stellen würde.

Als Reaktion hoben die USA ihr Waffenembargo, das sie 1975 gegen die Türkei wegen der Zypern-Krise verhängt hatte, auf, und als Gegenleistung durften die USA wieder sechs Militär-

stützpunkte, die die Türkei geschlossen und unter türkisches Kommando gestellt hatte, benutzen, allerdings weiter unter dem Oberkommando der Türkei.

Die Türkei hat versucht, durch Verbesserung der Beziehungen zu Bulgarien, Rumänien, Iran, Irak und den Mittelmeerlandern die nationale Wirtschaft zu stärken. Durch die Machtergreifung der Militärjunta, die während eines Manövers von Nato-Truppen in der Türkei stattfand, hat sich die Lage des Landes verschlechtert. Die Militärjunta erklärte gleich bei der Machtergreifung, daß sie „treu gegenüber ihren internationalen Verpflichtungen ... einschließlich der Nato“ bleiben werde. Den Militärhaushalt hat sie für 1981 gleich um 65% erhöht. Er beträgt 6 Mrd. DM, das ist etwas mehr als ein Fünftel des Gesamthaushaltes. Die BRD, die schon 1978 Waffen für 1,2 Mrd. DM an die Türkei lieferte (erstmals konnten die Waffenkapitalisten die Hermes-Versicherung für militärische Lieferungen in Anspruch nehmen), gewährte Anfang 1981 eine 600-Mio.-DM-Sonderrüstungshilfe.



Skinheads („Hautköpfe“) bei einer Schlägerei (links), mit der Fahne der US-Südstaaten (rechts).

„Oi-Musik“

Reaktionäres aus der englischen Punkmusik-Scene Faschisten suchen Zugang zur Jugendkultur

Als die Punk-Musik 1975/76 die Jugendlichen der englischen Arbeiterviertel begeisterte, hatte sie ein Motto: Wer eine Gitarre halten konnte, sollte auch spielen und angehört werden, und wer drei Griffe spielen konnte, trat auf. Natürlich waren die führenden Gruppen wie die „Sex Pistols“ musikalisch etwas weiter, aber die Basis der Popmusik machten die jungen, schlecht ausgebildeten und ausgerüsteten Gruppen aus, die mit wenig Melodie und meistens im Stampfrythmus laut und aggressiv mit selbstgemachten Liedern und Texten in Clubs und Kneipen vor Arbeiterjugendlichen auftraten.

Die Punk-Musik hat seitdem eine bedeutende Entwicklung durchgemacht, Gruppen wie Police, Clash und vor ihrer Auflösung auch die Sex Pistols entwickelten sich musikalisch, kamen von der ursprünglichen einfachen Besetzung weg und setzten Blasinstrumente und elektronische Synthesizer ein; die Texte aber verloren dabei an Offenheit und Direktheit, beschäftigen sich mehr mit dem einzelnen als mit „uns“. Die bekannteren Gruppen spielen mit komplizierten Bühnenshows in den großen Konzerthallen. Ihr Publikum veränderte sich, sowohl altersmäßig wie sozial, nach oben.

Die Punk-Musik hatte von Anfang an politische Bedeu-

tung. Viele der Lieder waren rebellisch, Punk-Gruppen beteiligten sich an den Konzerten des „Rock against Racism“, Rock gegen Rassismus. Aber seit den Anfängen des Punks gibt es auch eine sich entwickelnde Spaltung, die in den letzten Monaten mit dem Aufkommen der sogenannten „Oi“-Musik einen offenen Ausdruck fand.

„Oi“-Musik wurde von der britischen Musikzeitschrift „Sounds“ so getauft, weil der Refrain vieler Lieder einfach aus „oioioioi“ besteht. Beim ersten Anhören wirken die Aufnahmen der Oi-Musiker wie den „4 Skins“, den „Cockney Rejects“ oder „Last Resort“ wie Neuauflagen der 1976er Punk-Musik. Aber was damals eine spontane Begeisterung für das eigene Musik-Machen und das Herausschreien der Lieder über die Wirklichkeit des Lebens der Arbeiterjugend war, wird bei „Oi“ zum dumpfen musikalischen Prinzip gemacht, die Monotonie, das einfache Stampfen, zur ausreichenden Musikform erklärt.

Das Publikum der Oi-Gruppen sind vor allem die Skinheads, ein Teil der Arbeiterjugendlichen, die es als besondere Gruppe seit Ende der 60er Jahre gibt. Sie laufen mit kurzgeschorenem Kopf herum, die Leder- bzw. Jeans-Jacke oft geschmückt mit der britischen

Flagge, der Südstaatenflagge aus dem US-Bürgerkrieg wie auch mit Hakenkreuzen. Unter den Skinheads haben die faschistische National Front und das British Movement (Britische Bewegung) einen gewissen Anhang.

Diese Organisationen versuchen auch, die Oi-Musik auf ihre Mühlen zu lenken. Der Manager der „4 Skins“ ist Ex-Mitglied der „Führergarde“ des British Movement. BM- und NF-Gruppen besuchen geschlossen Oi-Konzerte, vor allem wenn diese provokativ in Vierteln der Einwanderer durchgeführt werden, wie vor wenigen Wochen in Southall.

Dabei sind die Texte in der Oi-Musik noch widersprüchlich. Reaktionär sind sie gegenüber Einwanderern, vor allem aus Indien und Pakistan. Seltener sind sie offen für den Staat, aber für „Britain“. Es gibt auch fortschrittliche Oi-Texte, wie die Gedichte von Gary Johnson, die auf den Oi-Platten „Strength thru Oi“ und „Oi – the album“ veröffentlicht wurden. In einem („Wehrdienst“) heißt es: „Soldaten in Nadelstreifenanzügen wollen, daß wir Marschstiefel tragen, das Leben in der Armee macht Spaß, sagen sie, und holen alle jungen Leute von der Straße, wir wollen, daß ihr in den Krieg zieht und die Armen eines anderen Landes umbringt.“

Kiplings „Kim“ neu aufgelegt

Der dtv-Verlag hat 1981 das Buch „Kim“ von Rudyard Kipling, der auch Autor des „Dschungelbuchs“ ist, neu aufgelegt. Das Buch ist ein Kolonialroman, 1901 zuerst erschienen. Kipling, der selber in Indien geboren ist, beschreibt, wie die britischen Kolonialisten zusammen mit der indischen Regierung den 13jährigen Kim als Spitzel gegen die einheimische Bevölkerung ausbilden. Kim ist der Sohn eines heruntergekommenen irischen Soldaten, der in Indien für Großbritannien kämpfte und starb. Kim wächst wie ein Indianer auf und ist deshalb so nützlich für die Kolonialisten. Die Handlung des Buches spielt in der Gegend nördlich von Dehli (Mogulreich) und Benares (Oudh), in der sich die britische Ostindische Handelskompagnie seit 1805 festgesetzt hat. 1856 wird Oudh von den Briten annektiert, was zu einem Aufstand der einheimischen Bevölkerung führt. Kim wird als Spitzel gegen fünf indische Könige eingesetzt, die sich gegen die britischen Kolonialisten erheben wollen. Das Buch verkleistert mit romantischen Schilderungen über das Leben der Indianer, ihre Religion, ihre Auffassungen über gute und schlechte weiße „Sahibs“ die tatsächlichen Begebenheiten, deutet sie aber immer wieder dunkel und schicksalhaft an. Kipling geht in diesem Buch wie auch in anderen Werken von der „politischen Sendung“ des englischen Volkes aus.

BRD-Botschafter schreibt China-Roman

Die 1847 in Südwestchina entstandene Taiping-Bewegung („Reich des Friedens“) kämpfte für den Sturz des Kaiseriums und die Vernichtung der Feudalverhältnisse, für Landreform und Gleichberechtigung der Frauen. Versatzstücke des Christentums, vor allem die Idee der Gleichheit vor Gott, gaben den ideologischen Rahmen für diese Ziele ab. Millionen Bauern, deren Lage sich nach dem Opiumkrieg 1840 durch noch höhere Geldsteuern und Pachten weiter verschlechtert hatte, schlossen sich der Taiping-Revolition an, die zeitweilig 18 Provinzen in Südwest- und Ostchina kontrollierte und von 1853 bis 1864 ein Reich mit der Hauptstadt Nanjing am Yangtse errichtete. Von den

zahllosen Aufständen, in denen seit Jahrhunderten die Bauernmassen gegen Grundherren und Steuereintreiber rebelliert hatten, unterschied sich die Taiping-Bewegung durch ihre sozialrevolutionären Ziele, die unter dem Druck des Bürgerkriegs nur in Ansätzen verwirklicht wurden. Erst 1868 konnten die kaiserlichen Truppen, gestützt auf Söldnerverbände und Kriegsschiffe der europäischen Länder, diesen Vorläufer der demokratischen Revolution in China vernichten. Über 30 Mio. starben im Bürgerkrieg, meist hingemordet von den Kaiserlichen. — Dem früheren BRD-Botschafter in der VR China Wickert dient die Taiping-Revolution in seinem Roman „Der Auftrag des Himmels“ als Hintergrund für die psychologisierende Beschreibung des Taiping-Führers Hong Xiuquan, der sich als Bruder Christi und Retter Chinas bezeichnete. Über die Ausmalung ihrer irrationalen Züge, des Kults um Hong Xiuquan, der Intrigen in der Führung verbllassen die Ziele dieser Revolution, wird wenig gesagt über die ausländische Aggression. Übel ist die unterschwellige Kritik an Mao Zedong, die anklingt, wenn Wickert die Bewegung als utoatisch und in ihren Konsequenzen als reaktionär beschreibt (so lautet auch die gängige Kritik an der Kulturrevolution), wenn er „Massenwahnsinn“ und Personenkult zur Erklärung des Einflusses der Taiping-Ideen bemüht.

Erwin Wickert: Der Auftrag des Himmels, Ullstein-TB 20102, DM 7,80

André Hellers FLIC FLAC

„FLIC FLAC – ein poetisches Varieté von André Heller“ gastierte mehrere Wochen im Münchner Cirkus Krone Bau. Die Vorstellungen waren immer ausverkauft – wegen des großen Zuschauerandrangs wurde einige Male verlängert.

Die Begeisterung des Publikums findet man wohl am besten in den Worten des Verwandlungskünstlers Arturo Braghetta erklärt: „Was aber ist unsere tiefste Hoffnung? Was aber ist unser Wollen von Anbeginn? Inmitten von Wundern selbst ein Wunder zu sein! Hier und jetzt und Du und Du und Wir! Meine Zuhörer! Und keiner gleicht dem anderen! Wir bitten um Wunder! Das Wunder, fliegen zu können! Das Wunder, unsichtbar zu sein! Das Wunder

Schönheit! Das Wunder, lieben zu können! Das Wunder Erbarmen! Das Wunder Demut! Das Wunder immerwährender Wunder!“

Wenn Arturo Braghetta dies in der letzten Szene verkündet, hat FLIC FLAC in den vorangegangenen zwei Stunden bereits einen großen Teil dieser Wünsche erfüllt. Da ist der Mann, der sich so zusammenfalten kann, daß er in einen winzigen Glaskasten paßt, Artisten, die durch die Luft fliegen – eben jenen Flic-Flac vorführen, der Schattenspieler, der einen weißen Schatten zeigen kann, die Zopfhangzwillinge, die an ihren Haaren aufgehängt durch die Luft schwingen, der Lichtschlucker, Jongleure, – denen allen gemeinsam scheint, nicht ihre akrobatische Leistung, sondern das Spielerische hervorzuheben. Die Akrobaten sind umgeben von seltsamen Gestalten wie der jodelnden Kreuzspinne; Schwarze, die einen Schuhplattler tanzen; dem Mann in Lederhosen mit seinen Krokodilen, denen er seinen Kopf ins Maul steckt; der Frau, die plötzlich von Kopf bis Fuß in Flammen steht, usw. usf. Zwischendurch sorgt der Verwandlungskünstler dafür, daß der Zuschauer aus den Überraschungen nicht herauskommt. Musik und Beleuchtung tun ein übriges, um das Ganze in eine märchenhafte Atmosphäre zu hüllen.

André Heller zu FLIC FLAC: „Die poetische Erneuerung dieser alten Massenpublikumskünste interessiert mich unter anderem wegen ihres hohen Gehalts an Irrationalem, an Traumnähe, an unverheimlichter Angst, an prachtvollen Geschmacklosigkeiten und bizarren Hysterien. Zirkus, Varieté und Feuerwerk sind in meiner Forderung Feste zu Ehren unserer Sinnlichkeit, erotischer Wallfahrten zum Allerheiligsten der Phantasie.“



Strategiediskussion der SPD

Epplers wertkonservative Position soll die SPD stärken

Erhard Eppler Buch „Wege aus der Gefahr“ ist im April dieses Jahres erschienen. Der Autor erhebt den Anspruch, eine Alternative zur Politik der Bundesregierung aufzuziagen. Damit will er gleichzeitig eine Erklärung für die verlorene Landtagswahl in Baden-Württemberg finden, bei der Eppler Anfang 1980 Spitzenkandidat der SPD war. Die SPD war der einzige Verlierer. Sie erhielt 32,5% (1976: 33,3%) der Stimmen. Die CDU behielt die absolute Mehrheit, obwohl die FDP Stimmen gewann und die Grünen in den Landtag einzogen. Damals kommentierte Eppler: „Die Grünen meinen Helmut Schmidt und bestrafen mich.“ Schmidt erhielt wenige Monate später bei den Bundestagswahlen 37,2% der Stimmen. Auch wenn Bundes- und Landtagswahlen schlecht vergleichbar sind, ist interessant, daß die SPD und FDP ihren Stimmenanteil verbesserten, die CDU 48,5% der Stimmen erhielt und die Grünen 1,8%. Eppler will eine politische Erklärung für Schwankungen bei einer Schicht von Wählern finden. Er schreibt in seinem Buch:

„Es gibt heute eine nicht ganz kleine Zahl von Menschen, die sich selbst als wertkonservativ verstehen, als Menschen, die, um Werte zu bewahren, Reformen durchsetzen wollen oder gar revolutionär zu handeln bereit sind. Die meisten Bürgerinitiativen – und sie können heute mehr Menschen mobilisieren als alle Parteien zusammengenommen – verstehen sich als wertkonservativ, dies gilt auch für alle Gruppen, die sich um einen neuen Lebensstil bemühen oder – innerhalb und außerhalb der Kirchen – Friedensarbeit leisten.“

Eppler kritisiert in seinem Buch Auswüchse der „Wachstumsgesellschaft“. Umweltzerstörung, Energieverschwendungen, Zerstörung menschlicher Arbeits- und Lebensformen. Eppler meint, daß sich eine politische Bewegung entwickelt, die für bestehende Lebensformen und den Erhalt sozialer und demokratischer Rechte eintritt. Er erklärt, daß dies schon längere Zeit erkennbar ist und daß die Bundesregierung diese politischen Interessen mit der Politik des „Krisenmanagement“ nicht einbezieht.

„Der Strukturkonservativismus gerät in Konflikt mit einem Konservativismus, der beharrt auf dem unaufhebbaren Wert des einzelnen Menschen, was immer er leiste, der Freiheit versteht als Chance und Aufruf zu solidarischer Verantwortung, der nach Gerechtigkeit sucht, wohl wissend, daß sie nie zu erreichen ist, der Frieden riskiert, auch wo er Opfer kostet. In dieser Tradition haben Werte wie Dienst oder Treue, Tugenden wie Sparsamkeit oder die Fähigkeit zum Verzicht noch keinen zynischen Beigeschmack. Dieser Konservativismus veracht die Würde der Leidenden und fordert die Würde des Sterbens zurück. Vor allem aber geht es ihm heute um die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Im folgenden sei daher von Wertkonservativismus die Rede.“ (E. Eppler, Ende oder Wende, Stuttgart 1975, S. 29)

Eppler versucht, politische Positionen, die sich gegen die Willkür des bürgerlichen Staates wenden oder die zunehmende Ausbeutung und Ausplünderung angreifen, als wertkonservativ darzustellen. D.h. die bürgerlichen Grundwerte sollen *konserviert*, aber die derzeitigen Bedingungen angegriffen werden. Epplers Gegner sind also alle diejenigen, die Werte *strapazieren*. Epplers Position läßt auch richtige Kritikpunkte zu, wenn er „die Abschaffung der unteren Lohngruppen“ fordert. Seine Position geht davon aus, daß es Werte in dieser Gesellschaft gibt, die von allen Schichten und Klassen geteilt werden können. Somit spielt der „Kapitalismus“, wie die Zeitschrift „Vorwärts“ kritisiert, keine Rolle und der Klassenkampf auch nicht. Der Klassenkampf und die Rolle der Gewerkschaften in der Veränderung der Gesellschaft wird von Eppler nicht beachtet oder der Versuch gemacht zu beweisen, daß das DGB-Grundsatzprogramm „wertkonservativ“ ist. Ein Sozialist ist in Eppplers Sicht ein „utopieloser Typ“.

Wenn Eppler in seinem Buch davon schreibt: „Natürlich läßt sich nicht immer eine säuberliche Trennungslinie zwischen Strukturen und Werten ziehen“, zeigt er Mängel seiner „Überlegungen“ auf.

Dieser Mangel schlägt sich in undurchdachten und konservativen Vorschlägen oder „Trampelpfaden“ nieder. Der Unterschied der Alternative zur Politik der Bundesregierung ist nicht groß. So bleibt z.B. bei Epplers Steuervorschlag völlig unklar, ob die Kapitalisten die Steuer vom Profit zahlen sollen oder ob sie die Steuer auf die Produkte überwälzen können: „Und wenn eines Tages wieder über eine generelle Erhöhung der Mehrwertsteuer gespro-

chen wird, wäre es zu erwägen, ob dem nicht doch eine allgemeine Energiesteuer vorzuziehen wäre.“

In der Außenpolitik macht Eppler Vorschläge, die Schmidt zur Zeit praktiziert und die Interessen der westdeutschen Monopolbourgeoisie verfolgen:

„Deutsche Politik muß auch künftig europäisch und atlantisch sein, aber das europäische Hemd muß ihr näher sein als der atlantische Rock.“

In der Verteidigungspolitik fordert Eppler weder Austritt aus der NATO noch Neutralität der Bundesrepublik. Er fordert „Umrüstung“: „... die Taktik des Kleinkrieges (Guerilla) und die Technik der neuesten zielsuchenden Waffen ... Alle leichten Techno-Kommandos bilden ein Netz, das die gesamte Bundesrepublik lückenlos überzieht ... ergibt sich ein Bedarf von rund 10000 leichten Kommandos.“

Eppler spricht mit seinem Buch bestimmte kritische Mittel- und Oberschichten an, mit dem Ziel, seinen „Trampelpfaden“ in die SPD zu folgen. Mag sein, daß Eppler somit eine bestimmte Gruppe in der SPD stärkt. Nur sind Epplers Grundsätze mit keiner Strategie gegen die CDU/CSU verbunden. Das braucht die SPD aber dringend.

Erhard Eppler, *Wege aus der Gefahr*, Rowohlt-Verlag, 24 DM

großartigen Regelungen für die Einreise von Nichtdeutschen bestanden. Mehr als die Kontrolle der Einreise interessierte den Staat oft die Verhinderung der Ausreise, soweit dies Handwerker und andere Kleinbürger betraf, deren Fähigkeit, durch Schaffung von bestimmten Produkten und durch Zahlung von Steuern den Reichtum des Landes zu vergrößern, erhalten werden sollte.

Erst mit dem Aufkommen der Arbeiter in der großen Industrie und der lohnabhängigen Landarbeiter entwickelte sich das Streben der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, möglichst billige Arbeiter aus bestimmten Gebieten zu erhalten. Die Bourgeoisie spürte das Bedürfnis nach einem speziellen Aufenthaltsrecht. Sie schuf sich damit ein Instrument, angewendet durch ihre Polizei, mit dem sie die Zu- und Abfuhr vom Arbeitsmarkt je nach Wertungsmöglichkeit regulieren konnte.

Die Entfaltung dieses Mittels ist gekennzeichnet durch die Abtrennung von der Entwicklung des bürgerlichen Rechts, soweit es durch Gesetze fixiert ist mit der Folge, daß Tätigkeiten des bürgerlichen Staates auf Grundlage der Gesetze durch Gerichte überprüft werden können und daß seine Aktionen vorhersehbar sind, also Dinge, die die Bourgeoisie selber braucht und als „Rechtsstaatlichkeit“ faßt.

Innenminister Genscher und Kommentatoren behaupteten bei der Verabschiedung der Ausländergesetze 1965, diese seien äußerst liberal und stellten den Gipfel der Freiheit in der Welt dar. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die bundesdeutschen Behörden schlichtweg nach der 1936 von den Faschisten geschaffenen Ausländerpolizeiverordnung gehandelt. Im Gemenge mit den Prinzipien des bürgerlichen Rechtsstaats störte die Behörden die Unsicherheit des Bestandes ihrer Maßnahmen, sollte doch die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis davon abhängen, daß die Ausländer „nach ihrer Persönlichkeit und dem Zweck ihres Aufenthaltes im Reichsgebiet die Gewähr dafür bieten, daß sie der ihnen gewährten Gastfreundschaft würdig sind“. Rechtsstaatlich hätte also einem Ausländer persönlich nachgewiesen werden müssen, daß er schuldhaft gegen die Gastfreundschaft verstößt, um die Versagung des Aufenthalts zu begründen. Einige Juristen folgerten daraus sogar zwar nicht direkt das Recht, sich in der BRD aufzuhalten, wohl aber eine „Anwartschaft“, die nach Einreise geltend gemacht werden konnte.

Das Bundesverwaltungsgericht änderte 1956 diese Interpretation und entschied, daß es sich um eine bloße Ermessensrichtlinie handle. Das Ausländergesetz schuf Klarheit. Der Wortlaut, daß der Aufenthalt erteilt „wird“, wurde abgeändert in eine Kann-Bestimmung. Darüber hinaus wurde die Bestimmung des Sichwürdigerweisens, nach der Entscheidungen immer an das Verhalten des bestimmten Ausländer gebunden waren, ersetzt durch die Formulierung, der Aufenthalt müsse versagt werden, wenn die Anwesenheit des Ausländer „Belange der Bundesrepublik beeinträchtigt“.

Damit war ein gewisses Zögern der Behörden beseitigt, und ihre Freiheit wurde gehoben. Sie konnten nach von ihnen angelegten Kriterien, z.B. der Arbeitsmarktlage oder den Beziehungen der BRD zu anderen Staaten, handeln. Sie vergrößerten ihren Ermessensspielraum und gewannen an Sicherheit, daß ihre Entscheidungen so gut wie unanfechtbar waren. Die reine Willkür und der Terror, mit denen die Ausländerpolizeiverordnung von den Faschisten gehandhabt werden konnte, wurde kompensiert durch die Objektivierung der Gründe und Verlagerung der Nachweislast, die nach der alten Formulierung die Behörden unter rechtsstaatlichen Bedingungen hätten tragen müssen, auf die Ausländer selber.

Entsprechend wurde in die rechtliche Grundlage für die Ausweisung der Begriff der „erheblichen Belange der BRD“ eingeführt. Sieht man sich nur kurz an, was an Gründen für die Ausweisung je nach Opportunität genommen wurde, so wird die Aussichtslosigkeit des Versuchs nachzuweisen, daß solche Belange nicht beeinträchtigt würden, deutlich. Gründe waren u.a.: Beeinträchtigung der Entwicklung der BRD, Beeinträchtigung der Volkswirtschaft, Störungen der Beziehungen zum Herkunftsland, querulantenhafte Beschwerden bei Behörden, Störungen des Arbeitsfriedens an der Arbeitsstätte, Verstöße gegen das Verkehrsrecht, unsteter Lebenswandel.

So konnte der Verkauf der Arbeitskraft des Ausländer unterbunden werden durch Entzug der Aufenthaltserlaubnis auch bei fortbestehendem Arbeitsverhältnis und Nachweis einer Wohnung. Die Bourgeoisie sah dies nicht als Verstoß gegen die Gewährung der Grundrechte an. Denn solange der Ausländer nicht zwangsweise über die Grenze gebracht war, genoß er sie. War er weg, waren die Rechte immer noch da. Dieser idealistische An-

Ausländerpolitik

Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zur Regelung des Arbeitsmarktes

In der BRD ist der Kampf für gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche von der Linken meist beschränkt geführt worden als Kampf gegen die besondere Entrechtung der ausländischen Arbeiter und Studenten. Leicht konnte der Eindruck entstehen, als bestünde das Problem einfach darin, daß ursprünglich die in der Verfassung genannten Grundrechte allgemein bestanden hätten, dann Stück für Stück für Ausländer eingeschränkt worden seien und nun wiederhergestellt werden müßten, damit die Rechtsgleichheit wiederhergestellt würde. Um die Probleme richtiger zu erfassen, lohnt es sich, der rechtlichen Stellung der Ausländer historisch nachzugehen. Reichhaltiges und lehrreiches Material liefert dazu das in diesem Jahr im Verlag Anton Hain, Königstein-Taunus erschienene Buch von Knuth Dohse „Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat. Genese und Funktion von staatlicher Ausländerpolitik und Ausländerrecht. Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland.“

Bei der Entwicklung des Ausländerrechts haben wir es im wesentlichen mit dem Aufenthaltsrecht und dem Arbeitserlaubnisrecht zu tun. Die Definition des Ausländer wurde erst gebildet mit der Auflösung der Feudalordnung. Zuvor war die Zugehörigkeit zu einer Grundherrschaft, zu einem Adligen oder zu einer Stadt meist klar. Damit stand auch fest, wer für Kranke, Verarmte aufzukommen hatte.

Diese Beziehungen wurden aufgelöst mit der Herausbildung des Kapitalismus und der von Produktions- und Subsistenzmitteln freien Arbeiter, die nicht mehr an einen bestimmten Ort gebunden waren. Die Kommunen entwickelten Abwehrmechanismen gegen die umherziehende Armut, für deren Unterhalt sie nicht aufkommen wollten. Sie entschieden darüber, wer sich auf ihrem Gebiet aufzuhalten durfte und wer unerwünscht war und über die Grenze geführt wurde. Die zahlreichen Versuche der Landesherren, den Kommunen Bedingungen zu diktieren, zu denen sie Ortsfremde aufnehmen und gegebenenfalls versorgen mußten, dienten der Nutzbarmachung der umherwandernden Arbeitskraft für die aufkommende Industrie, sollten der Bildung von Räuberbanden entgegenwirken. Gleichwohl übten die Landesherren für ihr Gebiet die gleiche Praxis, um die Kosten für den Unterhalt eines Heeres von Besitzlosen zu vermeiden. Diese verschwanden davon natürlich nicht. Das Umhergeschiebe bis in die Herkunftsänder störte aber die von den Kapitalisten gewünschte Konkurrenz unter den Arbeitern.

Befriedigend wurde die Arbeitsmarktlage für die industriellen Kapitalisten erst im Kaiserreich unter dem Kanzler Bismarck geregelt, als die einzelnen Länder verpflichtet wurden, jedem bisherigen Untertan in einem Land das Aufenthaltsrecht auch in allen anderen automatisch zu gewähren. Betroffen waren also hauptsächlich die Verhältnisse verschiedener Deutscher gegenüber dem Staat, der die Kompetenz an sich zog, mit Arbeitslosen und nicht Arbeitsfähigen einheitlich zu verfahren. Bis dahin hatten keine

satz der Trennung von Rechten und Arbeit erklärt die Rechte, nicht etwa die Arbeiter zu selbständigen Wesen. Diese Fiktion wurde erst ermöglicht durch die bereits entwickelte Form des Nebeneinanderbestehens von Gesetzen und Verwaltungspraxis, die gesetzlich nur insofern zu nennen ist, als die Behörden gesetzlich ermächtigt sind, nach Ermessen zu verfahren.

Besonders gewürdigt werden müssen die Effekte, die dadurch erreicht werden, daß die Aufenthaltserlaubnis und die Arbeitserlaubnis wechselseitig sowohl als Voraussetzung als auch als Folge des Vorliegens der jeweils anderen Erlaubnis verwendet werden können. Da haben die Behörden schon wirklich viel Freiheit, die Kapitalslogik durchzusetzen, daß der Arbeiter bloß als Arbeitskraft existiert. Kann diese nicht angewendet werden, sei es, weil sie defekt ist, sei es, daß sie zwar intakt ist, aber durch den Gang der kapitalistischen Produktion überschüssig gemacht wurde, so darf sich die physische Hülle der Arbeitskraft nicht als Mensch erweisen, der trotzdem essen will. Schon der Antrag auf Sozialhilfe wird zum Grund für sofortige Ausweisung.

Entsprechend regelten die Arbeitsämter ihr Ermessen. Wurde ein Ausländer als vertragsbrüchig angegeben, etwa weil der Kapitalist ihn schon vor Ablauf der im Arbeitsvertrag festgelegten Frist überschüssig gemacht hatte, ihn loswerden und sich zudem die Anwerbeprämie erstatten lassen wollte, ohne daß diese Methode durch Arbeitsaufnahme des Ausländers bei einem anderen Kapitalisten aufflog, so erhielt er einen Vermerk in den zentral in München geführten Schwarzen Listen, deren Existenz von der Bundesregierung gelehnt wurde. Das Arbeitsamt handelte den Arbeiter als unvermittelbar. Dann ermaß die Arbeitsverwaltung, daß bei einem Unvermittelbaren die Anspruchs voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld fehlten. Ergriff der Ausländer den Ausweg der Schwarzarbeit, um leben zu können, so lieferte er gleich mehrere Ausweisungsgründe. Denn wurde nicht die Entwicklung der BRD geschädigt, mußte nicht die Volkswirtschaft vor ihm geschützt werden, und galt es etwa nicht, die öffentliche Ordnung zu verteidigen?

Die Aufzählung der Methoden, mit denen der bürgerliche Staat immer wieder leichte Verbesserungen der Lage der ausländischen Arbeiter und Studenten wirkungslos machte, liest sich schauerlich. Mußte zunächst zugestanden werden, daß Ausländer nach zehnjährigem ununterbrochenem Aufenthalt in der BRD oder nach fünfjähriger ununterbrochener Beschäftigung ein Anrecht auf unbefristete Aufenthaltserlaubnis bekamen, so wurden schnell die Präzedenzfälle geschaffen, mit denen der Verfall der angesammelten Zeit begründet wurde: Aufenthalt von mehr als drei Monaten im Ausland, längere Krankheit, längere Arbeitslosigkeit.

Man sieht, wie einerseits die Handhabung des Aufenthaltsrechts zur Vernichtung der Sozialversicherung für die ausländischen Arbeiter führt, wie andererseits privatrechtliche Verhältnisse, wie sie Arbeitsverträge darstellen, kontrolliert werden und als Gründe für Versagung oder Entzug der Aufenthaltserlaubnis und für die Ausweisung benutzt werden.

Eine noch „liberalere“ Gestaltung des Aufenthaltsrechts würde zu keiner Änderung führen. Weder Verlängerung der Fristen noch überhaupt der Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis würde prinzipiell etwas daran ändern, daß sie immer zur Disposition steht und uferlose Möglichkeiten zur Regulierung des Arbeitsmarktes bietet. Auch die Möglichkeit der Einbürgerung auf Antrag des Ausländers, die besteht, und ihre erleichterte Form für die Generation, die bereits in der BRD geboren und aufgezogen worden ist, die die Bundesregierung plant, nützen nicht gegen die Spaltung, die der bürgerliche Staat mit dem Aufenthaltsrecht innerhalb der Arbeiterklasse betreibt. Nur die obligatorische Einbürgerung ohne Ausnahme verstopft diese Quelle der Spaltung. Selbst die Durchsetzung der Forderung nach Verbot der Ausweisung allein wäre unzureichend, da sie bloß Sinn hat bei weiter bestehendem Aufenthaltsrecht. Mit der obligatorischen Einbürgerung würden auch die vielen Möglichkeiten des bürgerlichen Staates hinfällig, sich der Zahlung notwendiger Kosten der Arbeiterklasse wie Kindergeld zu entziehen.

Gegen die ausnahmslose und von der Entscheidung des einzelnen Ausländers unabhängige Einbürgerung kann nicht eingewendet werden, sie beschneide seine Möglichkeiten, in sein Heimatland zurückzukehren. Würde die obligatorische Einbürgerung durchgesetzt werden, so wäre auch die Arbeiterklasse ausreichend stark, gegenüber dem bürgerlichen Staat durchzusetzen, daß er mit anderen Staaten die nötigen Verträge schließt, die den unerwünschten Verlust der ersten Staatsbürgerschaft ausschließen und keine Hindernisse für die Rückkehr schaffen.

Kampfgas CS

CSU-Vorstoß zwecks geschärfter Polizeiausrüstung

Nach einer für die Presse inszenierten Vorführung des Kampfga ses CS am 7.7.81 auf dem Gelände der ehemaligen SS-Kaserne in Dachau beschloß die bayerische Staatsregierung am 14.7.81, CS als neues „Distanzmittel“ für die Polizei des Freistaates einzuführen.

CS, chemische Bezeichnung o-Chlorobenzalmalonitril, wurde zuerst 1928 von den amerikanischen Chemikern Corson und Stoughton synthetisiert, nach deren Initialen es auch benannt wurde. Es ist eine annähernd farblose, feste Substanz mit stechend pfeffrigem Geruch. Es verursacht Tränenreiz, starkes Niesen und Brennen hinter dem Brustbein bei der Ein- und Ausatmung. CS wird durch Brand-Hitze-Wirkung zerstäubt – Tränengasgranaten – oder als Aerosol versprüht. Die mikropulverisierte Form kann in die Endabschnitte der Lunge eindringen. Zur Entgiftung werden alkalische Mittel, z.B. Natriumbikarbonat, gebraucht. CS wurde zuerst 1964 in Süd-Vietnam eingesetzt und wurde dort praktisch von jedem Waffensystem verschossen; angefangen von der Handgranate bis zum Chinook-Hubschrauber.

Aus dem Einsatz in Vietnam liegen medizinische Daten vor, die von der Schweizer Ärztevereinigung Centrale Sanitaire Suisse in Zürich zusammengestellt wurden. Die Wirkung von CS tritt schneller ein als die des Tränengases CN, das z.B. in der Chemical Mace (Chemische Keule) verwendet wurde. Tränen- und Nasenfluss, v.a. aber Brennen der Zunge und hinter dem Brustbein führen zur schnellen „Außergefechtsetzung“, da der Betroffene versucht, die Ein- und Ausatmung zu unterdrücken. Als notwendige Konzentration zur Außergefechtsetzung werden bei CN 3 mg pro m³, bei CS 1 bis 6 mg pro m³ angegeben. Die tödliche Konzentration liegt bei CS bei 11 bis 25 mg pro m³ oder absolut bei etwa 150 mg. Tandler will 300 mg CS pro l Wasser einsetzen. Bei Versuchen zeigte sich CS als eine der wirksamsten Substanzen zur Verlangsamung der Atemfrequenz. Nach Untersuchungen im Forschungsinstitut von Huntingdon, USA, besteht der dringende Verdacht, daß CS ein hautkrebszerzeugender Stoff ist.

Das Genfer Protokoll von 1925 verbietet die Anwendung von „erstickenden, giftigen und anderen Gasen“. 1969 wurde in einer UNO-Resolution unzweideutig festgehalten, daß Tränengase und Pflanzengifte unter das Verbot des Genfer Protokolls fallen. Die Resolution wurde mit 80 Für- bei drei Gegenstimmen von USA, Portugal und Australien angenommen.

Auf der Suche nach einer Waffe zwischen Gummiknöppel und tödlichem Geschoß will Bayern CS als erstes Bundesland einsetzen. Innenminister Tandler und Chemieoberrat Fehn von der Bereitschaftspolizei behaupten, CS sei weniger giftig als CN. Die Presse verwickelt sich derzeit in Widersprüche. „CS ist zwei- bis dreimal weniger giftig als CN, verflüchtigt sich schneller und ist dennoch weit wirkungsvoller.“ (Spiegel Nr. 28/1981) Wie soll aber CS „dennoch“ wirkungsvoller sein, wenn weniger giftig? Für die Polizeikräfte jedenfalls wird die größere Giftigkeit bereits voll einkalkuliert. Die Beamten müssen beim Versprühen eine Gasmaske tragen, während beim CN-Gas bisher nur die Reizgas schutzbrille getragen wurde. Wollte man überhaupt vergleichend die Gefährlichkeit messen, müßte die Spanne zwischen wirksamer Dosis und tödlicher Dosis verglichen werden. Diese liegt beim CS nach den obigen Zahlen nicht sehr weit auseinander. Stärkere Konzentration in abzugloren Räumen wird für Menschen mit Atemwegserkrankungen leicht zur Lebensgefahr. Als vorbeugende Maßnahme muß ein Cortison-Spray, z.B. Auxiloson, inhaliert werden. Mit dem CS ist der Weg zur tödlichen Waffen in der Tat nicht weit. Wie die jetzigen Einsätze in England zeigen, besteht noch eine weitere Gefährdung. Als Distanzwaffe muß CS auf Distanz gebracht werden. Dazu wurde in Dachau der neue Wasserwerfer WaWe 9 vorgeführt. Wird CS mit einem Projektil verschossen, ist die Wucht des Geschosses so groß, daß, wer in der Distanzzone der Polizei getroffen wird, sich schwerste innere Verletzungen zuziehen kann. Der Vorsitzender der Gewerkschaften der Polizei zu den neuen Einsatzmitteln: „Krawalle auf unseren Straßen können auf keinen Fall gelöst werden, indem man der Polizei lediglich neue Einsatzmitteln in die Hand gibt.“ Literatur: J.B. Neilands; Survey of Chemical and related Weapons; Naturwissenschaften 60, 177 - 183 (1973)

Änderungen bei Beschäftigten und Arbeitslosengeldempfängern

Die Untersuchung der Beschäftigungsänderung in der Metallindustrie (siehe vorige Ausgabe der Politischen Berichte) ergab, daß in praktisch allen Branchen im Bereich unterhalb der höchsten Arbeiterlöhne Entlassungen stattfanden, darüber aber Einstellungen. Die jetzige Untersuchung zeigt dasselbe Bild für den ganzen Industriebereich und für den Zeitraum von Januar 1980 auf Januar 1981, einen Zeitraum also, in dem saisonale Schwankungen ausgeschlossen werden können und einen so breiten Bereich, daß einzelne technische Ursachen, wie sie branchentypisch auftreten, nicht als Erklärung taugen. Zumal schon für frühere Beschäftigungskrisen ähnliche Vorgänge nachzuweisen waren (siehe Politische Berichte 13/81), empfiehlt sich, derartige Vorgänge als allgemeines Merkmal von Beschäftigungskrisen anzunehmen.

Da seit dem Januar 1981 die Arbeitslosigkeit weiterhin zunimmt, wäre die eigentlich spannende Untersuchung nun, ob dieser Trend weitergeht, oder ob und wann der Beschäftigungsrückgang auch die höheren Lohnzonen erfaßt. Eine einwandfreie Untersuchung dessen wird vielleicht erst gegen Jahresende möglich sein, wenn die geeigneten Daten vorliegen. Zu vermuten ist: Wenn der Beschäftigungsrückgang weitergeht und nicht eine allgemeine Erholung einsetzt, so wird der Entlassungsdruck auf die höheren Lohn- und Gehaltsklassen spürbar zunehmen. Wenn eine gewisse Erholung einsetzt, wird sie in den niedrigsten Entlohnungsklassen zu einer sehr schnellen Zunahme der Beschäftigung führen. Dies sind Vermutungen. Gewiß ist jedoch, daß die Zunahme in den höheren Entlohnungsklassen, die bis letzten Januar einwandfrei stattfand, auch in diesem Fall zu extremen Rationalisierungsbemühungen der Kapitalisten gerade bei den von diesen Arbeitskräften zu verrichtenden Arbeiten führen wird. Sie sollten deswegen durch die Gewerkschaftsbewegung für Forderungen in Richtung Rationalisierungsschutz zu gewinnen sein.

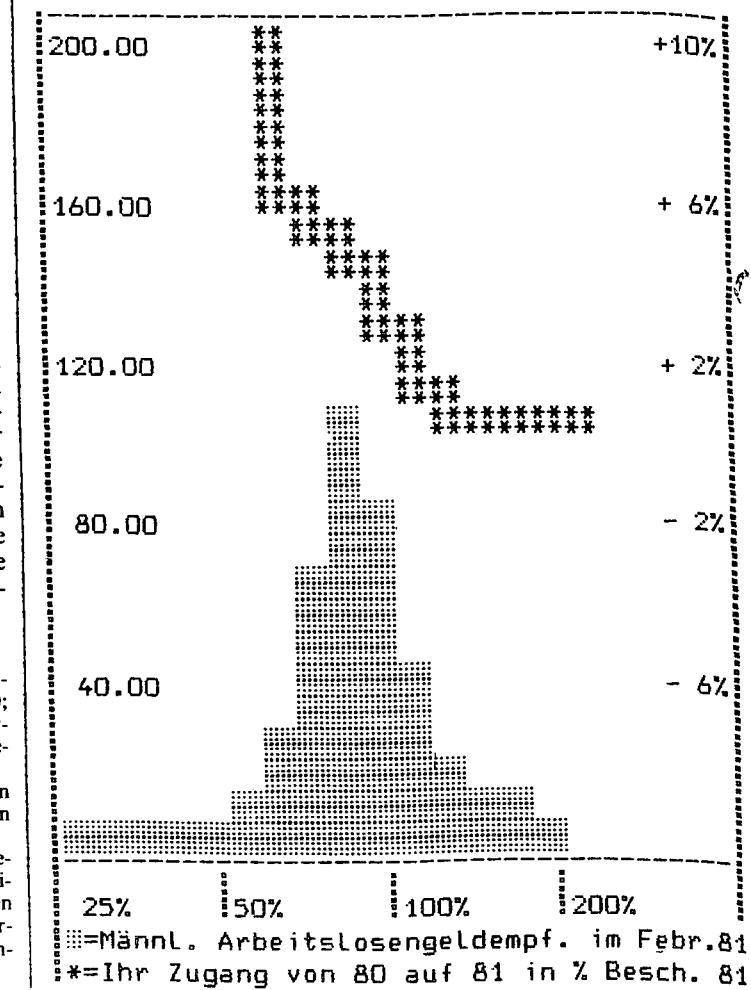
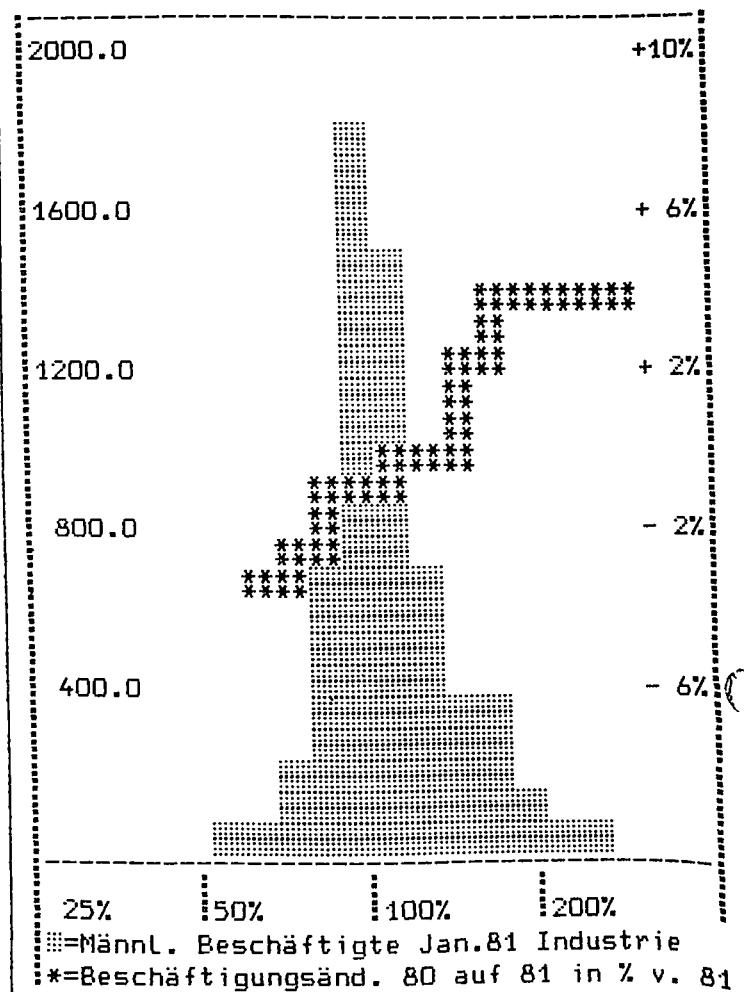
Dafür spricht auch die Untersuchung des Arbeitslosenbestandes. Daß der auf den jeweiligen Lohnklassen lastende Arbeitslosenbestand umso höher ist, je niedriger die Lohnklasse, ergibt schon der freie Augenschein. Aktuell interessant ist jedoch, daß die zweifelsfreie Beschäftigungszunahme in den höheren Lohnklassen *nicht* mit einer entsprechenden Abnahme des Arbeitslosenbestandes Hand in Hand ging, während die Beschäftigungsabnahme in den niedrigeren Entlohnungsklassen sehr wohl sich als Zunahme des Arbeitslosenbestandes wiederfinden läßt. Das deutet darauf hin, daß die Kapitalisten in den höheren Entlohnungsklassen auch einen Austausch von älteren Arbeitskräften gegen jüngere, die nach Hochschul-, Fachschul- und Technikerausbildung zur Verfügung stehen, vornehmen, das schafft weitere glänzende Voraussetzungen für eine Beschleunigung des Arbeitstempos in diesem Bereich.

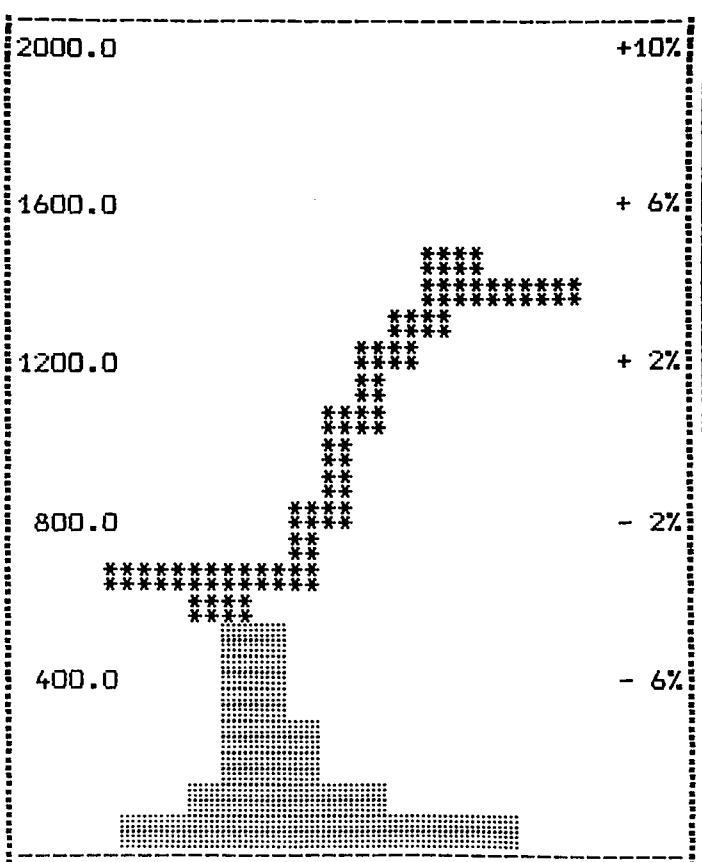
Für die Vorbereitung der Lohnbewegung in der Industrie ist deswegen ein gesteigertes Interesse dieser Beschäftigengruppen anzunehmen. Der Schutz, den Tarife bieten, mag für sie zunehmend von praktischer Bedeutung werden. Für den Bereich der unteren Entlohnungsklassen ergibt sich praktisch eine sehr große Bedeutung des Kampfes gegen das Überstundenunwesen. Die Belegschaften müssen jetzt schon weithin so, wie die Kapitalisten das nennen, „abgespeckt“ sein, daß ohne Überstunden große Terminschwierigkeiten entstehen sollten. Nicht etwa die Masse der Überstunden ist da wirksam, sondern die jederzeitige Verfügbarkeit der Belegschaft für Überstunden.

Angaben zu nebenstehenden Bildern: Skala links Beschäftigte bzw. Arbeitslose in Tsd.; Skala rechts Änderung in % der Beschäftigten 1980; Skala unten Bruttolohn der Beschäftigten bzw. letzter Bruttolohn der Arbeitslosen vor Arbeitslosigkeit in % des Durchschnitts der Löhne und Gehälter in der Industrie (100% Jan. 1981 = 2709 DM/Monat).

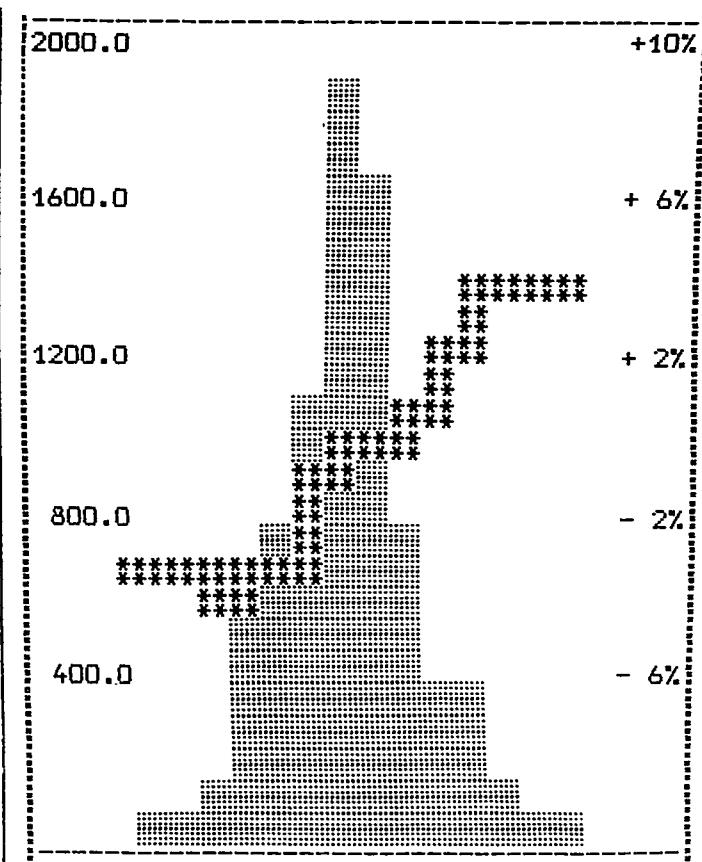
Die Beschäftigungsänderung Jan. 80 auf Jan. 81 und der Zugang von Arbeitslosen Febr. 80 auf Febr. 80 sind jeweils als Bestandsänderung in Ermangelung anderer statistischer Auskünfte gemessen.

Quellen: Für die Beschäftigungsdaten und Löhne Produzierendes Gewerbe, Fachserie 4, Reihe 4.1.1; Löhne und Gehälter, Fachserie 16, Reihen 2.1 und 2.2; jeweils Jan. 80 und Jan. 81; beides hrsg. v. Statistischen Bundesamt. – Für die Arbeitslosengeldempfänger nach dem Wochenarbeitsentgelt: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, Nr. 6/80 und 7/81.

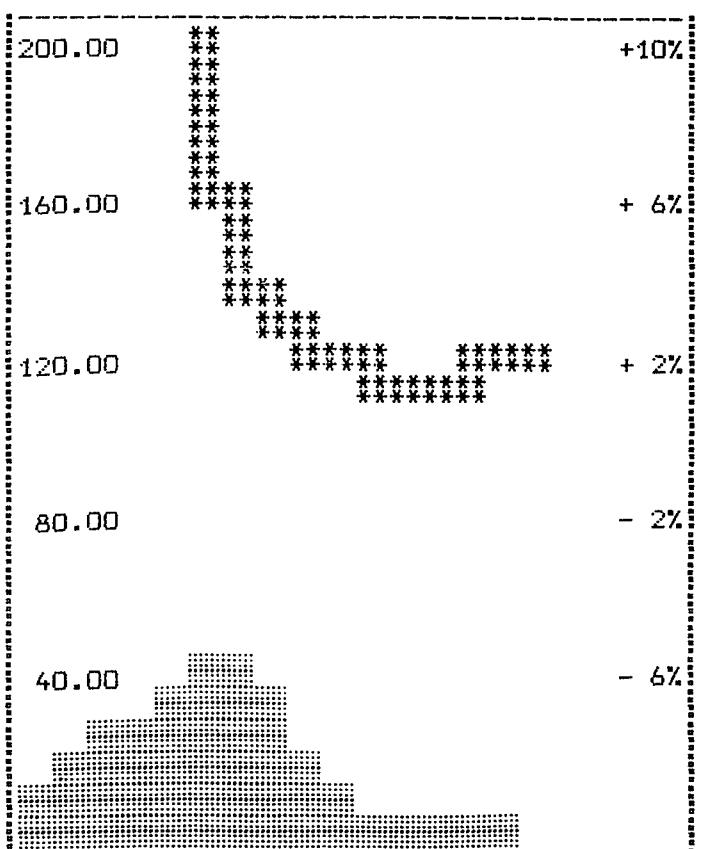




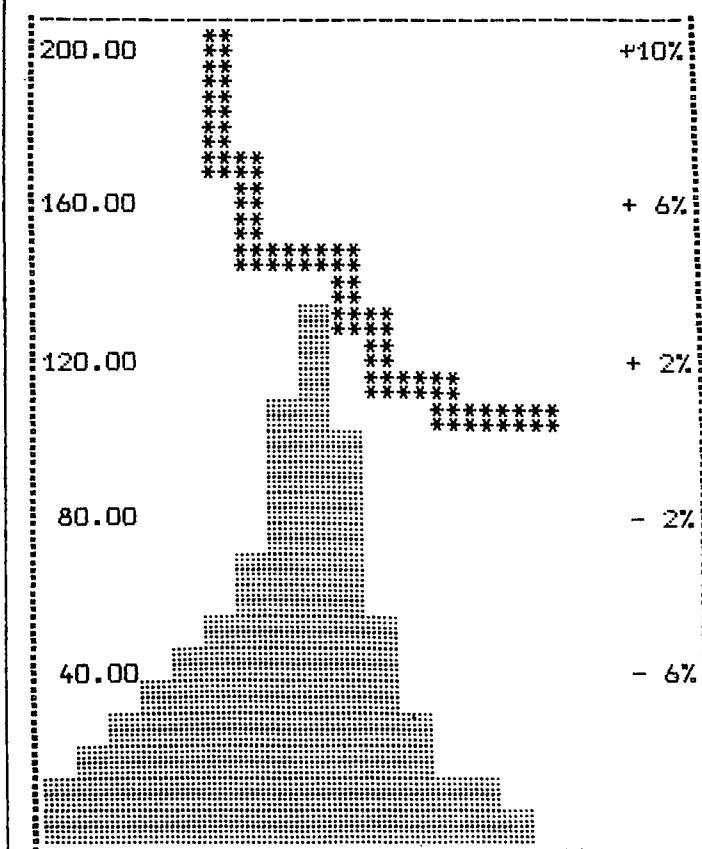
25% 50% 100% 200%
 ***=Weibl. Beschäftigte Jan.81 Industrie
 **=Beschäftigungsänd. 80 auf 81 in % v. 81



25% 50% 100% 200%
 ***=Alle Beschäftigten Jan.81 Industrie
 **=Beschäftigungsänd. 80 auf 81 in % v. 81



25% 50% 100% 200%
 ***=Weibl. Arbeitslosengeldempf. im Febr.81
 **=Ihr Zugang von 80 auf 81 in % Besch. 81



25% 50% 100% 200%
 ***=Alle Arbeitslosengeldempf. im Febr. 81
 **=Ihr Zugang von 80 auf 81 in % Besch. 81

Im nächsten Heft

US-Arbeiterbewegung

Reagans Angriffe stoßen auf Gegenwehr der Gewerkschaften



„Friedensdiskussion“

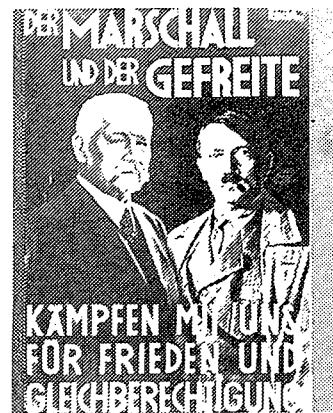
CDU/CSU bereitet Kampagne zur Rüstungspolitik vor

Obwohl die CDU/CSU an den Zielen ihrer Rüstungspropaganda keinerlei Zweifel lässt, würde sie gegenwärtig über 50% der Wählerstimmen erhalten. Ihre Kampagne zur Rüstungspolitik bereitet sie als „Dialog mit wirklichen Pazifisten“ vor (CDU, „Zum Thema Frieden und Freiheit“) Worauf kann sich ihre Propaganda stützen, die unter der Fahne der „Sicherheitspo-

politik“ Kriegsvorbereitungen propagiert, die die SPD/FDP-Koalition auch gegen Widerstand in den eigenen Parteien dann durchführt.

Eine Frage, der sich die Bewegung gegen den Krieg stellen muß. Ganz falsch wäre dabei zu glauben, die Vorbereitungen des 1. und 2. Weltkriegs hätten die imperialistischen Bourgeoisien mit offener Angriffspropaganda eingeleitet.

Vermutlich hatte US-Präsident Reagan geglaubt, die streikenden Fluglotsen durch rücksichtslose Unterdrückung isolieren und in die Knie zwingen zu können. In der Tat wäre dies in seinem Feldzug gegen die Arbeiterbewegung eine wichtige Vorentscheidung gewesen. Doch er hat sich getäuscht. Trotz Gefängnis- und hohen Geldstrafen, trotz Entlassungen halten die Fluglotsen durch, und sie erhalten Unterstützung. Auch das ist eine Vorentscheidung.



Fortsetzung Wyhl-Prozeß

Richterliche Aufgabe: Baufreigabe noch 1981



Vor acht Jahren begann der Kampf gegen den Bau des KKW Wyhl. Die Baufreigabe soll jetzt im September durch das Verwaltungsgericht Mannheim erfolgen – jedenfalls nach dem Willen der baden-württembergischen Landesregierung. Den Weg geebnet haben die Mannheimer Richter durch ihre Prozeßtaktik, den Kaiserstühler Klägern die „Be-

weislast“ zuzuschreiben: sie müssen gegen die Gutachter der Badenwerk AG die Gefährlichkeit des KKW beweisen, statt die Badenwerk AG dessen Unbedenklichkeit. Die Frage der Auswirkung des KKW Wyhl auf die Landwirtschaft soll nun durch Nichtzulassung eines klimatologischen Gutachtens der Bürgerinitiativen ganz vom Tisch.

Zentralamerika

Wird Nicaragua seine Unabhängigkeit behaupten?

Zwei Jahre nach der Revolution hat die Regierung angekündigt, brachliegendes und „untergenutztes“ Land der Großgrundbesitzer werde beschlagnahmt und verteilt. Die Gewerkschaften fordern schon länger eine Agrarreform. In Florida bilden die USA Somoza-Söldner für eine Invasion aus. Entwicklung der Landwirtschaft hilft, der US-schürten Konterrevolution zu begegnen und neue Abhängigkeiten zu vermeiden.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten erscheint vierzehntäglich, Preis 2,- DM

- Nachrichtenhefte**
erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM
- 01 Stahl- und Metallindustrie
 - 02 Druckindustrie
 - 03 Chemie und übrige Industrien
 - 04 Handel, Banken, Versicherungen
 - 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
 - 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
 - 07 Studierende Jugend
 - 08 Kommunalverbände
 - Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1
Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 517376
Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1
Kamekestr. 19
Tel 0221/ 517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement incl. Versand 29,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 58,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement incl. Versand 40,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 80,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement incl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.
5000 Köln 1
Kamekestr. 19
Tel: 0221/ 517457